Cum-Ex-Skandal „Omertà“ an der Elbe? Seite 24

Preußische Allgemeine

Nr. 32 · 12. August 2022 | **Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt** | Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Wo bleibt Merz?

Die Sehnsucht einstiger Stammwähler und vieler Anhänger der CDU nach einer Rückkehr zur Vor-Merkel-Ära – und die politischen Realitäten im Deutschland der Gegenwart **Seite 3**

Energiekrise Bangen vor dem zu erwartenden Heizlüfter-Schock **Seite 5**

Übergewinnsteuer Grüne, SPD und Linke sind dafür, FDP dagegen **Seite 7**

FOTOS: PA (2); IMAGO IMAGES/NORDPHOTO

AUFGEFALLEN

Rücktritt nach Kritik an der Ukraine

Die Leiterin des Ukraine-Büros von Amnesty International (AI), Oksana Pokaltschuk, ist zurücktreten. Sie protestierte damit dagegen, dass ihre Organisation der vom Westen unterstützten Ukraine Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht vorgeworfen hatte.

Laut einem AI-Bericht gefährden ukrainische Truppen Zivilpersonen, indem sie im Kampf gegen die russische Invasion in besiedelten Wohngebieten, unter anderem in Schulen und Krankenhäusern, Stützpunkte einrichten und von dort Waffensysteme einsetzen. „Wir sehen hier ein Muster, mit dem die ukrainischen Truppen bei ihren Einsätzen aus Wohngebieten heraus die Zivilbevölkerung in Gefahr bringen und das Kriegsrecht verletzen“, so Agnès Callamard, internationale Generalsekretärin von AI. „Dass sich die Ukraine in einer Verteidigungsposition befindet, entbindet das ukrainische Militär nicht von der Pflicht, sich an humanitäres Völkerrecht zu halten.“

Das sehen Vertreter der ukrainischen Kriegspartei offenbar anders. Sie fordern ein, dass bei der Beurteilung der Taten beziehungsweise Untaten berücksichtigt werde, wer sie begehe. So lautete der Vorwurf des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj an die Adresse von AI, diese habe „Opfer und Angreifer gewissermaßen auf eine Stufe gestellt“. Trotzdem blieb Callamard vergangenen Freitag noch dabei, dass ihre Organisation „voll und ganz“ zu ihrem Bericht stehe. *M.R.*

(*siehe Kommentar Seite 8*)

KRISE

Die „Radikalisierung“ geht von oben aus

Politiker warnen vor einem „Heißen Herbst“ und diffamieren mögliche Demonstranten im Voraus als Extremisten. Das verrät ihre große Nervosität

VON HANS HECKEL

Die Nervosität der politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern steigt von Woche zu Woche, glaubt man den Verlautbarungen führender Repräsentanten. „Demokratiefeinde warten nur darauf, Krisen zu missbrauchen, um Untergangsphantasien, Angst und Verunsicherung zu verbreiten“, raunte Bundesinnenministerin Nancy Faeser in der „Welt am Sonntag“. Die Sozialdemokratin trifft damit den Tenor ähnlich lautender Warnungen, wie sie von Politikern, Wissenschaftlern und Angehörigen des Sicherheitsapparats (Polizei, Verfassungsschutz) sowie von regierungsfreundlichen Medien derzeit zahlreich zu hören sind.

Sie schließen an das Wort von Annalena Baerbock an. Die grüne Außenministerin sah im Falle einer harten Gas- und Energiekrise „Volksaufstände“ auf Deutschland zukommen.

Irritieren muss die Bereitschaft, die erst für den Herbst befürchteten Proteste schon jetzt maximal zu diffamieren. So behauptet Faeser: „Was schon Rechtsextremisten und unterschiedliche andere Szenen bei den Corona-Protesten verbunden hat, bleibt der gemeinsame Nenner: die Verachtung für die Demokratie und der Versuch, das Vertrauen in unseren Staat zu erschüttern.“ So viel Vorverurteilung war selten: Nicht nur „Rechtsextremisten“ (ein weithin inflationierter Begriff), sondern selbst „unterschiedlichen anderen Szenen“ wird pauschal unterstellt, die Demokratie zu verachten.

Wenn es hier überhaupt zu einer „Radikalisierung“ gekommen sein sollte, dann ist diese vor allem von oben provoziert worden. Schon während der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen sahen sich zigtausende gewöhnliche Bürger (mit unterschiedlichsten Weltanschauungen quer durchs politische Spektrum) als Extremisten verunglimpft. Wenn jetzt Experten erschrocken fragen, warum das Vertrauen in den Staat und dessen Repräsentanten so sehr geschrumpft sei, dann sollten sie hier nach Antworten suchen.

Alles auf Kante genäht

Die verantwortliche Politik befindet sich allerdings tatsächlich in einer Lage, die zu erheblicher Nervosität Anlass gibt. Sie hat nicht allein eine Energiepolitik betrieben, die nunmehr in eine katastrophale, nie gekannte Energiekrise münden könnte. Sie hat mit ihrer Währungspolitik auch unser Geld auf die Inflationsschiene gesetzt. Zudem hat sie den Sozialstaat zwecks Wählerkaufs über die Jahre viel schneller wachsen lassen als die Wirtschaftsleistung sowie eine Einwanderungspolitik betrieben, welche soziale Schieflagen und Spannungen noch weiter verschärft hat. Und sie hat das Land auf breiter Front verkommen lassen.

Auf diese Weise wurden sämtliche Systeme und Funktionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bis zum Anschlag ihrer Leistungsfähigkeit belastet, man näht seit geraumer Zeit gleichsam auf Kante.

In so einer Lage darf nichts Schlimmes mehr passieren, weil keine Zusatzreserven mehr vorhanden sind, um unerwartete Einschläge abzufangen. Bei der verantwortungslosen Energiepolitik im Zuge der „Energiewende“ wird dies nun am plastischsten sichtbar, da jener unerwartete Einschlag genau in diesem Feld niedergegangen ist.

Das Dilemma der Politik besteht darin, dass die herkömmlichen Methoden der Problem-Verkleisterung mit Geld kaum noch umzusetzen sind. So würde eine tatsächliche massive Entlastung der Bürger bei den Energiekosten ohnehin grassierende andere Probleme wie die exorbitant hohe Steuer- und Abgabenbelastung (so die Entlastung steuerfinanziert ist) oder die Inflation (im Falle von Schuldenfinanzierung) weiter eskalieren lassen.

Also setzt man offenbar auf ungehemmte Diffamierung möglichen Bürgerprotests und somit auf die Einschüchterung des unzufriedenen Volkes. Damit aber heizen die Regierenden die Stimmung zusätzlich an, während sie öffentlich vor einem „heißen Herbst“ warnen. Die Frage ist, ob die Einschüchterung Früchte trägt, oder ob die beschimpften Bürger das zynische Spiel durchschauen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Grüne Forstpolitik hat das Ausmaß der Waldbrände in Sachsen mitverursacht
Seite 2

Kultur
Dialektik der Minderheiten. Der Kulturkampf zwischen Wissenschaft und Wokeness
Seite 9

Geschichte
Es war eine Hinrichtung. Vor 60 Jahren verblutete in Berlin Peter Fechter
Seite 10

Das Ostpreußenblatt
Der Todestag des Politikers Magnus von Braun jährt sich zum 50. Mal
Seite 18

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 303404 32

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Waldbrände in Sachsen Auslöser der Feuer waren wohl rauchende Besucher des Prebischtors. Die Schuld für ihr verheerendes Ausmaß scheint allerdings eher bei der Politik zu liegen

„Haltet den Dieb!“

Grüne machen den Klimawandel zum Sündenbock. Hingegen ist das ihretwegen im Wald belassene Totholz tatsächlich brandgefährlich

VON LYDIA CONRAD

Politisches Handeln bleibt selten folgenlos. Dies musste jetzt auch der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) erleben. Im August 2019 berichteten Bürger aus Stollberg im Erzgebirge, der Politiker habe für den Fall, dass die CDU wegen zu vieler AfD-Stimmen bei den bevorstehenden Landtagswahlen keine absolute Mehrheit erringe, gedroht: „Die Grünen werden mit in der Regierung sein, und ihr werdet kotzen.“ Genauso kam es dann. Nun allerdings – knapp drei Jahre später – steht Kretschmer händeringend im Elbsandsteingebirge und barmt: „Es bricht mir das Herz.“

Der Grund hierfür sind die Waldbrände im Nationalpark Sächsische Schweiz und deren Folgen. Nachdem bereits am 18. Juli die Hänge unter der weltbekannten Basteibrücke in Flammen aufgegangen waren, brach am 24. Juli unweit des ebenso berühmten Prebischtors in der benachbarten Böhmischen Schweiz ein großes Feuer aus, das schließlich 1060 Hektar Wald vernichtete. Der dabei entstandene Funkenflug setzte am Folgetag 150 Hektar im Großen und Kleinen Zschand sowie den Affensteinen auf der bundesdeutschen Seite in Brand. Zum Schluss loderten die Flammen an insgesamt elf verschiedenen Stellen in der hinteren Sächsischen Schweiz. Wegen des extrem unwegsamen Geländes mussten bei der Brandbekämpfung bis zu 800 Feuerwehrleute sowie drei Wasserwerfer der Polizei und 16 Hubschrauber zum Einsatz kommen.

Unvorsichtige Raucher

Das dem Ganzen zugrunde liegende Feuer wurde aller Wahrscheinlichkeit nach von rauchenden Besuchern des Prebischtors ausgelöst. Dennoch verkündete Wolfram Günther, Sachsens im Dezember 2019 unter maßgeblicher Mitwirkung der CDU ins Amt gehievte grüne Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft Wolfram Günther sofort, der Waldbrand sei eine Folge des Klimawandels, denn „seit Menschengedenken hat sowas hier noch nicht stattgefunden“. Tatsächlich wütete aber am 30. August 1842 in derselben Region wie jetzt ein Feuer, dessen Flammen am Ende sogar 236 Hektar erfassten.

Darüber hinaus behauptete Günther, das überall im Nationalpark herumliegende, knochentrockene Totholz sei keinesfalls für das enorm schnelle Umsichgreifen des Feuers verantwortlich. Dabei erhielt er Rückendeckung von Hanspeter Mayr, dem Sprecher der Nationalparkverwaltung: Die aufgrund von Borkenkäferbefall oder Sturm umgestürzten Baumstämme hätten „die Ausbreitung der Brände nicht beschleunigt“.

Das widerspricht jedoch sämtlichen Erfahrungen aus anderen Teilen Deutschlands und der Welt sowie im übrigen auch dem gesunden Menschenverstand. So trafen die Feuerwehrleute am Boden wegen des allgegenwärtigen „Fichtenmikados“ erst viel zu spät am Brandherd ein.

Mit den irreführenden Verweisen auf den Klimawandel soll zum einen weiter Hysterie geschürt und zum anderen von der Gefährlichkeit des von dem grün geführten Umweltministerium gebilligten und forcierten Waldbewirtschaftungskonzeptes für den „Entwicklungs-Nationalpark“ Sächsische Schweiz abgelenkt werden. Dieses sieht vor, 4960 Hektar beziehungsweise 57 Prozent der Waldfläche in den Schutzzonen A (Naturzone) und B (Entwicklungszone) nicht mehr zu pflegen. Dort soll alles genau so bleiben, wie die Natur es will. Und daraus resultiert dann eben auch das Liegenlassen des Totholzes, wobei der staatseigene Sachsenforst ohnehin viel lieber gesunde Bäume in den ungeschützten Bereichen fällt, um deren Stämme gewinnbringend zu verkaufen, wie man an den riesigen Nutzholzstapeln am Rande des Elbsandsteingebirges sehen kann.

Schaden für den Tourismus

Neben der Brandgefahr sorgen die zahllosen umgefallenen Stämme gleichzeitig auch dafür, dass im Nationalpark Sächsische Schweiz immer mehr Wanderwege unpassierbar werden, wobei sich die Situation seit Amtsantritt des grünen Umweltministers noch deutlich verschärft hat. Und das schadet dem Tourismus, denn 80 Prozent der Besucher wollen das Gebirge zu Fuß erkunden. Dieser Zustand führte zu mehreren dringenden Hilferufen an Ministerpräsident Kretschmer, der dann jedes Mal beruhigend Abhilfe versprach. Zuletzt geschah dies im Juni 2021: „Wir werden alles dafür tun, die Wege wieder freizuschneiden.“ Passiert ist aber so gut wie gar nichts, während der Einschlag des Nutzholzes weiterhin auf Hochtouren läuft.

Nun erhält das Tourismusgewerbe im südlichen Sachsen nach zwei Corona-Jahren den vermutlich endgültigen Todesstoß, denn das von Kretschmers Parteifreund Michael Geisler geleitete Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge erließ am 26. Juli wegen der Brände ein flächendeckendes und zunächst auf unbestimmte Dauer geltendes Verbot, die 60.100 Hektar Wald zwischen der Lausitz und den Kämmen des Osterzgebirges zu betreten. Seitdem hagelt es unablässig Stornierungen, wobei viele der abgesprungenen Gäste auf die benachbarte Böhmische Schweiz ausweichen, wo es außer im Umfeld des Prebischtors keinerlei Waldsperrungen gibt.

An dem Imageschaden und dessen Folgen ändert auch nichts, dass Geisler das Verbot am 7. August auf die Zeit bis zum 4. September befristete und das Sperrgebiet insofern reduzierte, als es nun „nur“ noch die halbe Sächsische Schweiz umfasst.

Konsequenz aus den aktuellen Waldbränden: Der Weg zur Basteibrücke ist versperrt, viele Wanderwege im Naturpark Sächsische Schweiz dürfen nicht betreten werden *Foto: imago/Steffen Unger*

SÄCHSISCHE SCHWEIZ

„Reduktion der außerordentlich hohen Wegdichte“

Wie der Mensch systematisch aus der Natur verbannt werden soll

Zwischen den Jahren 1912 und 1989 wurden immer wieder einzelne Bereiche des Elbsandsteingebirges unter Naturschutz gestellt. Mit Ausnahme der räumlich eng begrenzten Totalreservate schloss das aber nicht aus, dass der Mensch das Gebirge erwandern konnte. Auch nach der Gründung des Nationalparks Sächsische Schweiz im September des Jahres 1990 änderte sich daran zunächst nichts Grundlegendes.

2003 legte die Parkverwaltung dann allerdings ein gänzlich neues „Wegekonzept“ vor, demzufolge Wege nur noch dann begangen werden dürften, wenn sie entsprechend gekennzeichnet seien. Allerdings unterblieb die versprochene Markierung der Mehrzahl der bis dahin legal nutzbaren Wege. Somit waren plötzlich 80 Prozent der traditionellen Pfade und Steige gesperrt, was einen Sturm der Entrüstung auslöste.

Aber das reichte den Naturschützern noch nicht. Sie forderten 2012 eine darüber hinausgehende „Reduktion der außerordentlich hohen Wegdichte“, um den „Besucherdruck … zu vermindern“. Und diese erfolgte dann auch.

Äußere Umstände kamen ihnen dabei zur Hilfe. Weil die trocken-sandige Sächsische Schweiz kein geeigneter Standort für Fichten-Monokulturen ist und sich zudem auch der Borkenkäfer ausbreitete, starben etwa 300.000 der Nadelbäume ab. Anschließend stürzte ein Teil der Baumleichen um, besonders dann, wenn Stürme über das Gebirge fegten. Dadurch wurden zahlreiche weitere Wege unpassierbar, weil es dem nunmehrigen Naturschutzkonzept widersprach, das Totholz aus dem Wald zu räumen. Und so stehen dem Wanderer in vielen Gebieten statt ehedem um die 100 nur noch ein bis fünf Wege zur Verfügung. Darauf drängen sich dann naheliegenderweise die Menschen, was zu neuerlichen Warnungen vor der „Übernutzung“ der Landschaft und Rufen nach radikaler Eindämmung führt.

Ein typisches Beispiel hierfür ist der Forderungskatalog des Landesverbandes Sachsen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vom 20. Juli vergangenen Jahres mit dem Titel „Nationalpark Sächsische Schweiz – quo vadis?“ Darin heißt es einleitend, das Gebirge, habe „eine für Nationalparks beispielslose Wegedichte, die allein schon massiv erschwert, dass der Nationalpark gemäß Bundesnaturschutzgesetz (§ 24 BNatschG) den ‚ungestörten Ablauf der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik‘ gewährleisten kann.“

> Es steht zu erwarten, dass die Waldbrände und die daraus resultierende Bodenerosion Anlass zu weiteren drastischen Einschränkungen für Wanderer und Bergsportler geben werden

Deshalb verlangte der BUND-Sachsen, dass „das Wegenetz auf den Prüfstand kommt mit dem Ziel, es deutlich zu reduzieren“. Ebenso wollen die Naturschützer, dass die „Verkehrssicherung mit Augenmaß geschieht – und vorübergehende Wegesperrungen umgesetzt werden, wo es vertretbar ist – bis die Bäume von selbst umgestürzt sind“. Genau dies passiert schon längst und hat die Ausbreitung der derzeitigen Waldbrände ermöglicht. Darüber hinaus möchte der BUND, dass „Kletteraktivitäten … auf ein naturverträgliches Maß angepasst werden … und freie Übernachtungen im Nationalpark deutlich eingeschränkt und langfristig ausgeschlossen werden“.

Diese Forderungen fielen bei der Nationalparkverwaltung, die dem grün geführten Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (SMEKUL) untersteht, erwartungsgemäß auf fruchtbaren Boden. Das beweist das diesen April verhängte Verbot des traditionellen Freiübernachtens in der Zeit von Februar bis Juni aus Gründen des Vogelschutzes.

Allerdings steht zu erwarten, dass nun auch die Waldbrände und die daraus resultierende Bodenerosion Anlass zu weiteren drastischen Einschränkungen für Wanderer und Bergsportler geben werden. Das erste Betretungsverbot wurde mittlerweile bereits verhängt, ohne dass abzusehen ist, wie lange es gilt.

Damit dürfte die Zukunft der Sächsischen Schweiz letztlich so aussehen: An einigen wenigen Punkten, an denen man Touristen viel Geld abknöpfen kann, wird die Landschaft zubetoniert wie auf der Bastei oder mit hölzernen Leitplanken im Wald zwecks „Besucherlenkung“ verschandelt wie auf dem Lilienstein. Zum „Ausgleich“ dessen hat der Mensch dann im Rest des Gebirges nichts mehr zu suchen. *Wolfgang Kaufmann*

Wer mit den Grünen tanzt …

Die Erwartungen vieler CDU-Mitglieder und Stammwähler an Friedrich Merz waren groß. Unter ihm, so die Hoffnung, werde die Union zu ihrem gewohnten Kurs der Vor-Merkel-Ära zurückkehren. Doch bislang hat sich wenig geändert

VON KLAUS KELLE

Ein Friedrich Merz, der als CDU-Parteivorsitzender für die Einführung einer Frauenquote streitet und der eine Veranstaltung absagt, weil da auch der bekannte Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel spricht, dessen (unter anderem auch rechte) Mandanten dem Sauerländer nicht gefallen – das verärgert viele der treuesten CDU-Anhänger, die sich von ihrem Bundesvorsitzenden ein klares Profil wünschen, aber keine „Cancel Culture“, die Merz sonst selbst wortreich beklagt.

Die Wahl von Friedrich Merz im dritten Anlauf zum Bundesvorsitzenden der CDU war für viele Treuesten der Treuen der einst dominierenden Volkspartei der Mitte so ähnlich, als sei der Messias auf die Erde zurückgekehrt. Kaum ein anderer Politiker in Deutschland ist zum Start in ein neues Amt jemals mit so vielen Hoffnungen und Wünschen begleitet worden wie der Sauerländer, ein Wirtschaftsexperte, finanziell unabhängig und ein brillanter Debattenredner. Vorbei die Ära Merkel als Parteivorsitzende, vorbei ihre Zeit im Kanzleramt, kein „Girl's Camp“ mehr, das erst die Partei und dann unser Land auf vielen Politikfeldern radikal veränderte. Zweimal vom Establishment der Union schmählich blockiert, war nach der katastrophalsten Wahlniederlage der Union seit 1949 bei der Bundestagswahl 2021 die Verzweiflung so groß, dass nur noch „Super-Fritz“ als Retter in Frage kam. An diesen hohen Erwartungen wird er nun von seinen Anhängern gemessen.

Vom erfolgreichen Kurs des Stammvaters der Union Konrad Adenauer – und damit auch von dessen Wahlergebnissen – weit entfernt: Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz *Foto: pa*

Im Sog des Zeitgeistes

Doch alle Träumer beginnen in diesen Tagen, aufzuwachen. Denn weder sind die CDU noch ihre bayerische Schwester CSU die Parteien, die sie vor Merkel waren, noch ist dieses Land wieder das Deutschland, das es zuvor gewesen ist – in dem man damals im Gegensatz zu heute tatsächlich „noch gut und gerne lebte“.

Deutschland ist heute ein Land, das stark von einer linksgrünen Hegemonie geprägt wird, im kulturellen Bereich, bei den meinungsbildenden Mainstream-Medien, in Gesellschaft und Politik. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* hat erst vor Kurzem über die Dominanz dieser Leitkultur berichtet. Obwohl sie nie den Regierungschef im Bund stellten, immer wieder bei Wahlen auch gescheitert sind, im Bund „kein einziges Mal auch nur 15 Prozent erreichten“, bestimmten sie „den deutschen Zeitgeist wie keine zweite politische Kraft“ – begleitet von Strukturen, die die grüne Agenda unterstützen, sowie über das Abgreifen üppiger staatlicher Gelder, um die eigenen Kampagnen zu finanzieren.

Wer arbeitet denn daran, Deutschland zu verändern? Das ist doch nicht nur eine Partei. Das sind Tausende Gleichstellungsbeauftragte, die sich mit dem unwissenschaftlichen Gender-Quatsch beschäftigen, das sind all die „Klima-Aktivisten“ und die wackeren Streiter „gegen Rechts“. Allein den „Kampf gegen Rechts“ (und alles, was man dazu erklärt) lässt sich die Bundesregierung jedes Jahr über 100 Millionen Euro kosten. Und wer verfügt dann über diese Mittel? Werden die an die Junge Union überwiesen?

Schlagseite nach links

Nichts gegen den Kampf gegen tatsächliche Rechtsextremisten, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören wollen – natürlich muss sich ein Staat dagegen wehren. Aber was ist dann mit dem Kampf gegen die linken Feinde unseres politischen Systems oder Allahs Jünger, die in irgendwelchen Kellern Sprengsätze basteln? Sollte unser Staat da nicht auch mehr tun? Oder die über 500 bekannten islamischen „Gefährder“ – tickende menschliche Zeitbomben – endlich abschieben?

Eine Umfrage unter Volontären der ARD und des Deutschlandradios – die wir wie den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk alle mit Zwangsgebühren bezahlen müssen – ergab vor zwei Jahren, dass 57 Prozent der Auszubildenden dort die Grünen wählen, 23 Prozent die Linkspartei, während es die CDU nicht einmal über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen würde. Bei den älteren Kollegen sehen die Zahlen kaum anders aus.

In diesen – verkürzt wiedergegebenen – Daten dokumentiert sich, was die Bürger dieses Landes jeden Tag im Staatsfernsehen und den 80 öffentlich-rechtlichen Radioprogrammen ertragen müssen. Nicht die Sorgen des kleinen Mannes, der Familien, die zum Monatsende nichts mehr auf dem Konto haben, oder der Bundeswehrsoldaten, die mit mangelhafter Ausrüstung in gefährliche Einsätze geschickt werden, sind da die beherrschenden Themen. Stattdessen werden winzige Minderheitenbefindlichkeiten wie Transgender zu einem wichtigen Problem aufgeblasen, wird die Klima-Religion zelebriert und – natürlich – der Kampf gegen die AfD betrieben, wobei man deren sechs Millionen Wähler als Gebührenzahler gern mitnimmt.

Lenin sagte einst: „Die Kapitalisten werden uns die Stricke liefern, an denen wir sie dann aufhängen.“ Ein Zitat, an das ich in dieser Zeit oftmals denken muss.

Das Erbe der Ära Merkel

Die Ära der CDU-Vorsitzenden und Kanzlerin aus der Uckermark hat breite Schneisen in unsere Gesellschaft geschlagen. Deutsche Tugenden wie Fleiß, Ordnungsliebe, Anstand, Pünktlichkeit spielen im „woken“ Deutschland keine wichtige Rolle mehr. Sie gelten schon lange als Sekundärtugenden, mit denen man – frei nach Lafontaine – auch ein KZ betreiben könne. Auch wenn der einstige SPD-Vorsitzende sich inzwischen selbst ganz anders äußert, beschreibt diese Aussage noch immer recht gut die Verachtung vieler Linker und Grüner für die Grundlagen des einstigen deutschen Erfolgsmodells.

Die Union war über Jahrzehnte das Bollwerk gegen den politischen Irrsinn, ihre Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl prägten dieses Land wie niemand sonst, auf der anderen Seite des politischen Spektrums natürlich auch Willy Brandt von der SPD mit seiner „neuen Ostpolitik“. Doch in der Ära Merkel wurde alles auf den Kopf gestellt, und niemand weiß, ob die Schäden für unser Land jemals wieder zu reparieren sind. Wenig deutet darauf hin, dass es Hoffnung für eine echte Wende gibt.

Im Frühjahr 2004 fand im Düsseldorfer Landtag eine Pressekonferenz mit dem CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers und Professor Paul Nolte statt. Vorgestellt wurde ein Konzept für eine neue moderne CDU, die den vermeintlichen Ballast der (erfolgreichen) Vergangenheit abschütteln solle. In einer Zeit sich auflösender Bindungen an gesellschaftliche Milieus, die alle Parteien träfen, müsse sich die Volkspartei der Mitte neu orientieren – neue Themen, neue Köpfe und eine deutliche Ausrichtung an den Vorstellungen und Wünschen „urbaner Milieus“.

Ich war damals bei jener Pressekonferenz dabei und fragte, wie die CDU mit der neuen Strategie denn sicherstellen wolle, dass die Familien mit traditioneller Rollenaufteilung zu Hause, dass Polizisten und Soldaten, dass die Bauern auf ihren Dörfern in der Provinz, die selbständigen Handwerker mit zwei Angestellten sowie die über zwei Millionen Menschen, die auch in Deutschland noch jeden Sonntag einen christlichen Gottesdienst besuchen, den Schwenk um 180 Grad mitvollziehen? Die Antwort: All diese Menschen hätten ja nichts anderes, was sie wählen könnten, da sie sicher nicht zu SPD, Linken und Grünen abwandern würden. Was für eine dramatische Fehleinschätzung …

Ein anderes Land, eine andere Partei

Friedrich Merz steht heute vor einer Herkulesaufgabe, an der er nur scheitern kann. Weil die CDU heute nicht mehr die Partei seiner und meiner Jugend ist, als wir mit schwarz-rot-goldenen Schals auf Marktplätzen und in großen Hallen dem Kanzler der Einheit, Helmut Kohl, zujubelten. Heute werden Wahlen gewonnen von Daniel Günther in Schleswig-Holstein, der mit dem Linkspartei-Politiker Bodo Ramelow über das Überwinden von Grenzen zwischen CDU und Sozialisten plaudert und im innerparteilichen Krieg gegen Merz einer der schlimmsten Scharfmacher war. Oder jüngst von Hendrik Wüst, der zwar jung und ein unverbrauchtes Gesicht ist, aber ungeniert ins Koalitions-Bett mit den Grünen steigt, so wie Daniel Günther im Norden auch.

Gleichwohl ist Friedrich Merz die einzige Hoffnung für ein Überleben der CDU als Volkspartei. Eine politische Kraft, die ihre in aktuellen Umfragen für die gesamte Union inklusive bayerischer CSU ermittelten 26,5 Prozent Zustimmung bereits als großen Erfolg feiert. Und dies in jener Partei, die einst bei Wahlen immer eine „4“ vorne hatte, manchmal sogar eine „5“. Bevor sie begann, sich den urbanen Milieus zu öffnen.

Die Teilnehmer beim Christopher Street Day freuen sich ganz sicher über die „nützlichen CDU-Idioten“, die als Ministerpräsidenten oder Oberbürgermeister vorneweg mit der Regenbogen-Fahne tanzen. Aber sie wählen deshalb nicht die CDU, sondern weiter das links-grüne Original. Viele frühere Stammwähler wenden sich dagegen mit Grausen ab und wünschen sich, die CDU-Vorturner mal wieder am Sonntag neben sich in der Kirchenbank oder im Festzelt beim Schützenfest oder denen von der Freiwilligen Feuerwehr zu sehen.

Die Teilnehmer beim Christopher Street Day freuen sich ganz sicher über die „nützlichen CDU-Idioten“, die als Ministerpräsidenten oder Oberbürgermeister vorneweg mit der Regenbogen-Fahne tanzen. Aber sie wählen deshalb nicht die CDU, sondern weiter das links-grüne Original

Wie weiter?

Hoffnung gibt es immer, heißt es. Und „verloren ist nur die Sache, die man aufgibt“, wie es der große Dichter der Aufklärung Gotthold Lessing formulierte. Aber die Chancen, dass Friedrich Merz das Ruder herumreißen und die Union wieder an die 40 Prozent heranführen kann, sind marginal. Natürlich kommen CDU-Wähler zurück, die in der Merkel-Zeit vorübergehend bei der FDP geparkt hatten. Merz als smarter Wirtschaftsmann kommt in diesen Kreisen gut an. Bezeichnend gerade sein Auftritt bei der Hochzeit Christian Lindners auf Sylt – im Privatflugzeug angereist, blauer Maßanzug und mit James-Bond-Sonnenbrille. Ja, da freut sich der Wirtschaftsliberale. Aber die aktuell etwa zwölf Prozent AfD-Wähler, von denen in Westdeutschland die allermeisten früher die Union gewählt haben, von denen kommt niemand für Friedrich Merz zurück. Auch mehr als 40 Prozent Nichtwähler zuletzt sprechen Bände, wie verzweifelt große Teile der Bevölkerung über die politischen Auswahlmöglichkeiten in Deutschland heute sind.

Die CDU wieder zu verändern, das müsste Merz überhaupt erst einmal wollen. Und dann wäre es harte Arbeit statt des zu beobachtenden Hoffens auf das Versagen der Ampel, das natürlich kommen wird. Und dann müsste er die Partei unter Kontrolle bekommen, all die „Spin Doctors“ der Merkel-Ära mit Drei-Tage-Bart und Maßanzug, die mittags bei Luigi in Berlin Barolo trinken und Unsinn über die Modernisierung der Union fabulieren. Sie alle müssten raus. Das Konrad-Adenauer-Haus müsste zu einem effektiven Apparat für den politischen Kampf werden und die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem wichtigen „Think Tank“, der Innovationen versprüht und Ideen entwickelt für die Zukunft von Land und Partei. So wie es einmal war in der guten, alten Zeit.

Und dann müssten die Kernkompetenzen der Partei zurück in den Mittelpunkt. Innere und äußere Sicherheit. Mittelstand sowie die Förderung von Familien mit Kindern! Ein gestandener Parteifreund wie Hans-Georg Maaßen, der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sollte als Top-Experte für die Innere Sicherheit zum Gespräch gebeten werden. Und kluge Wirtschaftspolitiker wie etwa der Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke könnten zum Gespräch eingeladen werden. Doch haben Sie den Eindruck, dass die Union diesen Weg beschreitet?

Zuletzt hat Friedrich Merz darüber sinniert, ob seine Partei nicht eine Frauenquote einführen sollte. Für die verloren gegangenen Stammwähler ist dies das falsche Signal.

MELDUNGEN

Migrationskurs gescheitert

Berlin – Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer hervorgeht, haben Hartz-IV-Bezieher ohne deutsche Staatsangehörigkeit seit 2010 insgesamt 117 Milliarden Euro aus dem Sozialetat der Bundesrepublik erhalten. Dabei wuchs der Anteil der ausländischen Leistungsempfänger zwischen 2010 und 2021 von rund 20 auf etwa 40 Prozent. Von den in letzter Zeit neu hinzugekommenen Hartz-IV-Beziehern besitzen allerdings bereits 52 Prozent keinen deutschen Pass. Die jährlichen Aufwendungen für die Unterstützungszahlungen betrugen 2010 noch 6,9 Milliarden Euro und stiegen dann bis 2021 auf 13,2 Milliarden. Fast die Hälfte des Geldes geht jetzt an Immigranten aus den acht größten Asyl-Herkunftsländern Syrien, Afghanistan, Irak, Türkei, Georgien, Somalia, Iran und Eritrea. Für Springer sind diese Zahlen der „Beleg für eine gescheiterte Migrations- und Integrationspolitik“. *W.K.*

Trude Unruh verstorben

Wuppertal – Wie erst jetzt offiziell mitgeteilt wurde, verstarb die frühere Politikerin Trude Unruh bereits am 30. November des vergangenen Jahres. Bekannt geworden war die 1925 in Essen geborene einstige Chefsekretärin für ihren unermüdlichen und kämpferischen Einsatz für die Interessen älterer Menschen. Unruh war im Jahr 1975 Mitbegründerin des „Seniorenschutzbundes“. 1987 errang sie als Parteilose, die indes auf eine stattliche Zahl vorhergehender Parteimitgliedschaften zurückblicken konnte, ein Bundestagsmandat über die Liste der Grünen. Mit diesen bestand ein „Sprachrohrvertrag“ für ihre Anliegen. Unruhs selbstbewusster Alleinvertretungsanspruch bezüglich der Seniorenpolitik und die von ihr 1989 initiierte eigene Partei „Die Grauen – Graue Panther“ führten zum Ausschluss aus der Fraktion. Sich selbst bezeichnete Unruh als „stressig“, heftiges Fluchen war ihr nicht fremd, vehement forderte sie, Ältere „nicht wie unmündige Kinder zu behandeln“. Parteivorsitzende der „Grauen Panther“ blieb sie bis 2007. *E.L.*

Linke streitet über den Krieg

Berlin – Die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht beklagte jüngst, die Grünen würden einen „wahnsinnigen Krieg gegen Russland“ führen. Ihre Parteivorsitzende Janine Wissler warf ihr daraufhin eine „Verdrehung der Fakten“ vor. Dies sei im Übrigen nicht die Position der Linken. Wissler weiter: „Klar ist aber: Russland führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine mit tausenden Toten und Millionen Geflüchteten.“ Wagenknecht bestreitet das indessen nicht: „Selbstverständlich ist der Konflikt durch einen zu verurteilenden und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands ausgelöst worden, so wie ich es mehrfach gesagt habe. Aber: Es ist irre und gefährlich zu glauben, dass dieser durch Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg beizulegen wäre.“ *F.B.*

Der Europäische Gerichtshof: Bürotürme in Luxemburgs Europaviertel Kirchberg-Plateau *Foto: imago images/Imagebroker*

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF

EuGH-Urteile provozieren noch mehr Einwanderung

Lobbygruppen wie Pro Asyl jubeln. Die Bundesregierung schweigt verschämt. Und die oppositionelle CDU fürchtet plötzlich einen Asyl-Tourismus

VON PETER ENTINGER

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat in der vergangenen Woche mehrere deutsche Regelungen zum Umgang mit Immigranten gekippt. Das oberste rechtsprechende Organ der EU erklärte bestehende Regelungen zum Nachzug von Familienangehörigen von Flüchtlingen sowie Einschränkungen von Kindergeldleistungen für Zuzügler aus anderen EU-Staaten für rechtswidrig.

Es sind mehrere Punkte, die aufhorchen lassen und den Verdacht nähren, Deutschland könnte eine weitere, ungebremste Einwanderungswelle bevorstehen. Laut dem Luxemburger Urteil sind EU-Staaten dann für die Asylanträge von Minderjährigen zuständig, wenn deren Eltern bereits in einem anderen EU-Staat einen Schutzstatus erhalten haben. In dem konkreten Fall ging es um eine in Deutschland geborene russische Minderjährige. Sie war vor einem deutschen Gericht dagegen vorgegangen, dass ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hatte diesen für unzulässig erklärt, weil die Familie der Antragstellerin bereits zuvor in Polen der Schutzstatus zuerkannt worden war.

Für die Prüfung des Antrags der Minderjährigen sei also Polen zuständig, argumentierte die Bundesbehörde. Der EuGh sieht das anders. Das bedeutet, dass künftig Asylsuchende munter zwischen EU-Staaten hin und her reisen können. Eine Ablehnung sei nämlich nur zulässig, wenn der Antragsteller selbst bereits in einem anderen EU-Staat Asyl erhalten habe, was bei einem laufenden Verfahren lange dauern kann.

Erleichterung des Familiennachzugs

Um die Länge des Verfahrens ging es auch in einer anderen Entscheidung. Beim Familiennachzug für anerkannte Asylbewerber dauert das Verfahren oft so lange, bis Minderjährige erwachsen werden. Dann durften enge Verwandte wie Eltern oder Kinder nicht mehr automatisch ins Land, sondern mussten einen eigenen Antrag stellen. Das Gericht stellte nun fest, dass das Recht auf Familiennachzug auch für Erwachsene besteht, wenn sie zum Zeitpunkt des Asylantrags minderjährig waren. Egal, ob ein Kind zu seinen in Deutschland als Flüchtling anerkannten Eltern möchte, oder ob ein Kind in Deutschland anerkannt wurde und auf die Erlaubnis hofft, dass seine Eltern zu ihm ziehen dürfen, kommt es darauf an, dass das Kind zu dem Zeitpunkt minderjährig war, als der Asylantrag gestellt wurde.

Bei den entsprechenden Lobbygruppen ist die Euphorie groß. Eine „180-Grad-Wende“ der Flüchtlingspolitik bejubelte die Organisation Pro Asyl: „Nach der bisherigen Behörden-Logik büßen die Familien dafür, dass die deutsche Bürokratie so langsam arbeitet“, hieß es in einer Erklärung.

Kindergeld für arbeitslose EU-Bürger

Teuer zu stehen dürfte Deutschland auch eine weitere Entscheidung kommen. Denn der EuGH kassierte eine Regel, die Kindergeldzahlungen für zugezogene Menschen aus anderen EU-Staaten einschränkt. Demnach dürfen Ansprüche in den ersten drei Monaten des Aufenthalts nicht von Einkünften aus einer Erwerbstätigkeit abhängig gemacht werden.

Das bedeutet, dass auch arbeitslose EU-Ausländer Kindergeld einfordern können. „Da im EU-Recht hinsichtlich solcher Familienleistungen keine Ausnahme vom Grundsatz der Gleichbehandlung von Inländern und Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedsstaates vorgesehen sei, steht das EU-Recht der deutschen Ungleichbehandlung entgegen“, teilte das Gericht mit.

In Berliner Regierungskreisen wurden die Urteile auffallend still zur Kenntnis genommen. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums wollte sich nicht zu möglichen Konsequenzen des Urteils äußern und verwies darauf, dass die Entscheidung zunächst ausgewertet werden müsse. Die ausführliche Urteilsbegründung liege ebenfalls noch nicht vor. „Wenn sich daraus Handlungsbedarf ergibt, wird das natürlich erfolgen“, teilte das Ministerium lediglich lapidar mit.

Kritik kam allerdings aus den Reihen der Opposition. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries zeigte sich entsetzt: „Der Grundgedanke der Freizügigkeit in der EU basiert nicht auf der Inanspruchnahme attraktiverer Sozialleistungen. Das Urteil birgt die Gefahr von Kindergeld-Tourismus nach Deutschland“, sagte er der „Bild“-Zeitung und forderte die Bundesregierung auf, eine „rechtssichere Lösung“ zu finden, die dies verhindere.

Mariana Harder-Kühnel, stellvertretende AfD-Bundessprecherin und ebenfalls Bundestagsabgeordnete, nahm die Luxemburger Richter ins Visier: „Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs erhöht den Druck auf unseren Sozialstaat und all jene, die mit ihrer Arbeit die Steuer-Milliarden erwirtschaften müssen, die hier großzügig verteilt werden.“

DEMONSTRATIONEN

Sieben Tage quergedacht

Bei einer „Woche der Demokratie“ trafen in Berlin Protestierer aus allen möglichen Lagern zusammen

Unter dem Motto „Woche der Demokratie“ führten Nichtregierungsorganisationen und die Basisdemokratische Partei (dieBasis) vom 30. Juli bis 6. August in Berlin regierungskritische Veranstaltungen durch. Am 30. Juli fand ein Umzug vom Brandenburger Tor zum Rosa-Luxemburg-Platz statt. Die Teilnehmer waren unterschiedlicher Herkunft. Einige trugen Plakate in Regenbogenfarben mit den Worten „Love wins“, „Frieden, Freiheit“ oder „Nie wieder Krieg“.

Am 31. Juli folgte eine Geburtstagsparty der Partei dieBasis. Am 1. August gab es dann einen viel beachteten „Medienmarsch“ zu den Redaktionshäusern der Hauptstadtstudios von ARD und ZDF sowie zum Verlagssitz des „Tagesspiegel“. Dabei wurden Slogans wie: „Journalisten: Hetzer! Schwätzer?“ oder „Mietmäuler bei ARD und ZDF“ gerufen. 70 Gegendemonstranten vom Antifa-Schläger bis zu „Omas gegen rechts“ versuchten zu stören. Eine ältere Dame wird später mit den Worten zitiert: „Wir wollen schon hier sein, wenn die kommen.“

Bei dieser Gelegenheit beklagte sich der rbb-Journalist Olaf Sundermeyer bei seinem eigenen Sender über das Verhalten der Demonstranten. Dem als „Rechtsextremismusexperten“ bekannten Publizisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gelingt es meist nicht, ausgewogen und sachlich zu berichten, weshalb ihm der Schmähname „Sudelmeyer“ anhängt. Die Organisatoren der Veranstaltung versuchten zu beruhigen: „Lasst sie doch berichten, was und wie sie wollen.“

Der Tag endete um 18 Uhr mit einem Montagsspaziergang und einer Abschlusskundgebung. Der Dienstag war einem „Runden Tisch“ vorbehalten. Am Mittwoch fand dann eine Demonstration der Krankenpfleger und Feuerwehrleute statt. Der Aufzug stand unter dem Motto „Gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht und für Aufklärung der Impfschäden“. Einige Ärzte und weiteres Gesundheitspersonal schlossen sich an, und etwa tausend Teilnehmer zogen von der Charité zum Gesundheitsministerium.

Ein „Friedensfest am Mauerpark“

Die durch ein Video bekannt gewordene Schwester Samira aus München beklagte die Diskriminierung Ungeimpfter. Vor dem Reichstag wurden Stelltafeln mit Bildern von Impfopfern gezeigt. Am Donnerstag wurde dann für die „politischen Gefangenen“ in Deutschland demonstriert. Am Freitag waren die E-Fahrräder, E-Roller und Skater mit einer Demonstration dran.

Den Abschluss der „Demokratiewoche“ bildete ein „Friedensfest am Mauerpark“ am Sonnabend. Über die Zahl der Teilnehmer gab es wie immer sehr unterschiedliche Angaben. Zunächst war in den Medien von „rund 2000“ Teilnehmern die Rede. Später wurde eingeräumt, dass bei dem Medienmarsch 4500 Teilnehmer gezählt worden seien. Aber die Zahl wurde dann schließlich auf 6000 korrigiert.

Die Polizei stellte insgesamt sieben Strafanzeigen unter anderem wegen Diebstahl und Volksverhetzung. Das frühere SED-Blatt „Berliner Zeitung“ titelte: „Der kleine Rest der Querdenker-Bewegung feiert eine ‚Woche der Demokratie‘“.

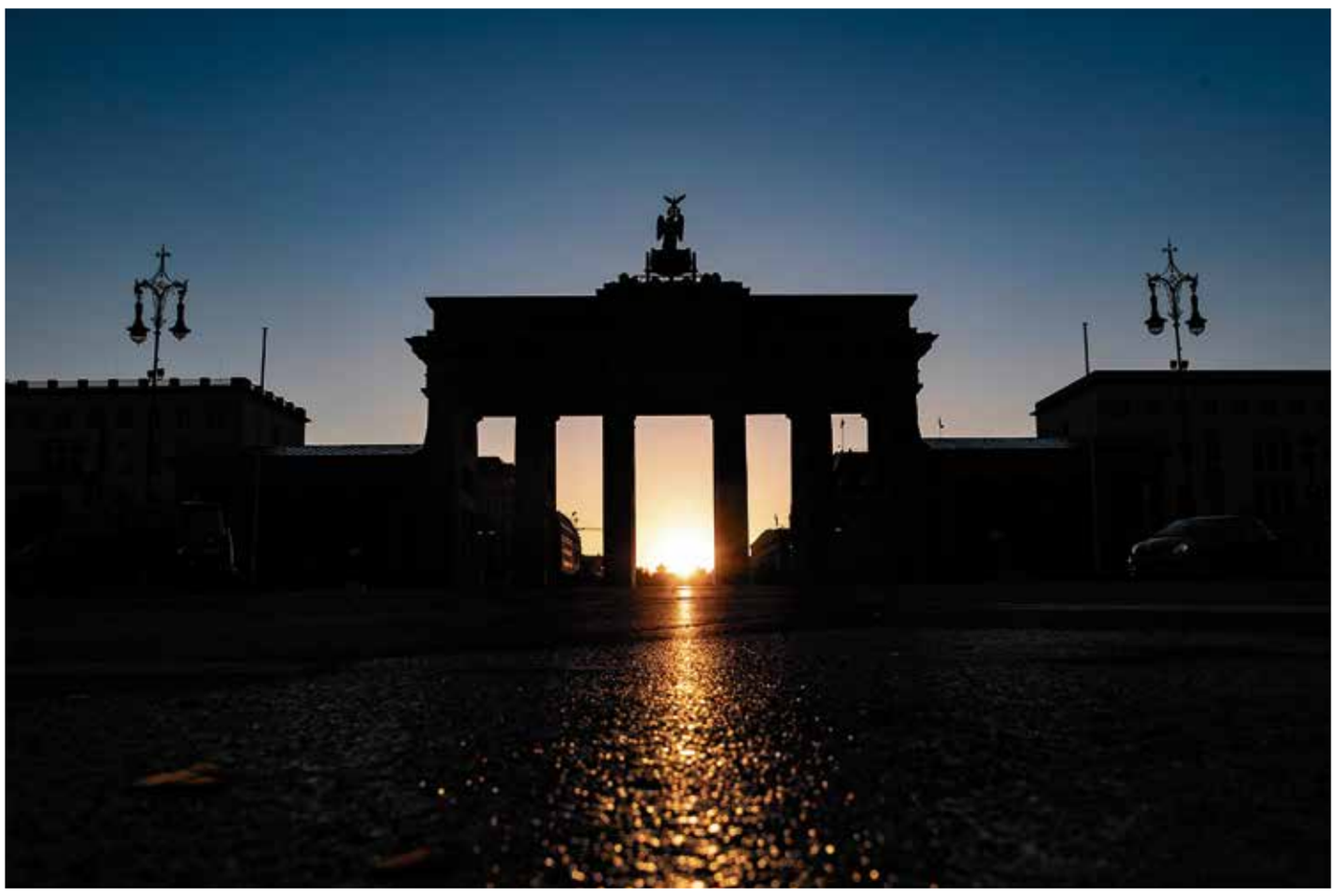
Frank Bücker

ENERGIE-KRISE

Bangen vor dem Heizlüfter-Schock

Bei einem Gas-Ausfall könnten die Stromfresser das System zusammenbrechen lassen

VON HERMANN MÜLLER



Nachts nicht mehr angestrahlt: Das Brandenburger Tor bei Sonnenaufgang *Foto: pa*

Eine Analyse der Bundesnetzagentur deutet auf ein ganz erhebliches Risiko hin, dass sich die Lage bei der Gasversorgung Deutschlands möglicherweise schon Mitte Dezember zuspitzen wird. Doch statt die Bevölkerung über den Ernst der Lage aufzuklären, versuchen sich einige Spitzenpolitiker noch immer in Symbolmaßnahmen oder im Verharmlosen.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) erklärte beispielsweise unlängst noch, Deutschland habe ein Gasproblem, aber kein Stromproblem. Auch die Grünen-Chefin Ricarda Lang versichert: „Wir haben ein Wärmeproblem, kein Stromproblem."

Unklar ist, ob hinter solchen Aussagen Kalkül mit Blick auf die wiederaufgeflammte Atomkraftdiskussion steckt oder die Angst, die Wahrheit über die Folgen von Energiewende und Sanktionspolitik könnte der breiten Masse nur häppchenweise nahegebracht werden. Tatsächlich besteht schon in „normalen" Wintern das Risiko einer sogenannten Dunkelflaute, bei der Wind und Sonne nichts zur Stromerzeugung beitragen. Gleichzeitig steigt aber der Stromverbrauch im Januar und Februar üblicherweise an.

Berlin für weitere Sparmaßnahmen

In der bevorstehenden Heizsaison könnte diese zusätzliche Stromnachfrage schockartig auftreten, wenn Menschen versuchen, Gasmangel durch Heizen mit Strom auszugleichen. Laut dem Marktforschungsunternehmen GfK sind allein im ersten Halbjahr rund 600.000 Heizlüfter verkauft worden sind. Solche Geräte sind mit Leistungsaufnahmen von bis zu 2000 Watt echte Stromfresser. Sollten die Elektroheizungen im Winter massenweise eingeschaltet werden, kann dies die betroffenen Netzbereiche so weit überlasten, dass es zu Stromausfällen kommt. Dem „Focus" sagte Martin Kleimaier vom Elektrotechnik-Verband VDE zum Absatzboom bei Elektroheizungen: „Wir sehen die aktuelle Entwicklung mit einiger Sorge, da unsere Stromversorgung für eine derartige gleichzeitige Zusatzbelastung nicht ausgelegt ist."

Bundesweit prüfen Kommunen inzwischen längst, wie sie in den kommenden Monaten Strom sparen können. Der Berliner Senat hat beschlossen, Wahrzeichen wie die Siegessäule oder den Berliner Dom nicht mehr anzustrahlen. Mitte August will Berlins Landesregierung weitere Sparmaßnahmen beschließen. Gerade beim Verbrauch von Gas ist dieser Schritt dringend nötig. Berlin ist besonders stark von Gas abhängig, weil der größte Teil der elektrischen Energie und der Fernwärme mit Erdgas erzeugt wird.

In Sachsen-Anhalt plant Regierungschef Reiner Haseloff (CDU) für Mitte August einen „Energie-Gipfel", auf dem über Lösungen für die Energiekrise gesprochen werden soll. In dem mitteldeutschen Bundesland wird insbesondere bei Städten und Gemeinden der Ruf nach einem finanziellen Schutzschirm für die Absicherung der kommunalen Versorgungssicherheit immer lauter. Hintergrund ist die Sorge, dass Energie- und Wohnungsunternehmen durch Mietrückstände oder den Ausfall von Betriebskostenzahlungen in finanzielle Notlagen rutschen und sogar Liquiditätsprobleme bekommen.

In Brandenburgs Landeshauptstadt hat der regionale Energieversorger EWP bereits ganz konkret die Auswirkungen eines Gasmangels untersucht. Generell werden sich die Kunden in Potsdam auch ohne eine Gasmangellage auf steigende Preise einstellen müssen. Sollte die Versorgung nicht mehr funktionieren, reicht der Gasvorrat des Potsdamer Versorgers lediglich eine Woche. Das Fernheizsystem der Landeshauptstadt könnte notfalls auch mit Heizöl betrieben werden. Voraussetzung: „Wir müssten irgendwo gigantische Mengen Öl herholen", so ein Vertreter des Unternehmens. Eine Infrastruktur für solche Öllieferungen ist allerdings gar nicht vorhanden.

Szenarien sehen düster aus

Die Bundesnetzagentur hat aufgrund von Modellrechnungen bereits im Juni in einem „Gas-Mengengerüst" Szenarien für die Gasversorgung Deutschlands durchgeführt. In einem Fall war die Grundannahme, über die Ostseepipeline Nord Stream 1 kämen ganzjährig nur noch 40 Prozent der bisher üblichen Liefermengen. In einer zweiten Variante wurde angenommen, dass die Menge nach Ende der Wartungsarbeiten auf null fällt. Daraus leitet die Bundesnetzagentur vier Szenarien ab. Bei lediglich einer vermerkten die Studienautoren als Ergebnis: „Speicherstandsfüllziel annähernd erreicht".

Als Bedingung dafür nennt die Agentur, dass bereits ab Januar 2023 zusätzliche Flüssiggasimporte in Gang kommen. Zudem wurde von einer „Reduktion der Exporte" ausgegangen. Gemeint ist damit der Weiterverkauf von Gas aus deutschen Speichern. Bei den drei anderen Szenarien ging die Bundesnetzagentur trotz einer deutlichen „Verbrauchsreduktion in DE ab 01.07" von einem Gasmangel ab Anfang Februar, Mitte Januar und im ungünstigsten Fall bereits Mitte Dezember aus. Als entscheidend bezeichnete die Bundesagentur die „inländische Verbrauchsreduktion zur Sicherstellung der eigenen Versorgungssicherheit" sowie ausdrücklich auch „zur notwendigen Versorgung der Nachbarländer".

RBB-SKANDAL

Die seltsame Zurückhaltung der Staatsanwälte

Justiz wollte trotz Medienberichten zu möglichen Straftaten zunächst nicht im Fall Schlesinger ermitteln

Seit Ende Juni steht der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, nachdem das Online-Portal „Business Insider" über mögliche Verstöße gegen Verhaltensregeln berichtet und den Verdacht von Vetternwirtschaft berichtet hat. „Business Insider" hatte unter anderem über Beraterverträge für ein inzwischen gestopptes rbb-Bauprojekt und Aufträge für den Ehemann der mittlerwielse zurückgetretenen Intendantin Patricia Schlesinger, Gerhard Spörl, bei der landeseigenen Messe Berlin berichtet.

Dazugekommen sind mittlerweile Vorwürfe zur Abrechnung von Geschäftsessen in Schlesingers Privatwohnung, der Nutzung ihres Dienstwagens und der Zahlung eines Bonus, zusätzlich zum erst unlängst erhöhten Intendanten-Jahresgehalt in Höhe von 303.000 Euro.

Wie das „Handelsblatt" kommentierte, „geht es um den Verdacht auf Korruption und üble Tricksereien, um mögliche Günstlingswirtschaft, Missmanagement und dreiste Selbstbedienung – und das alles bei gleichzeitiger Leistungsschwäche".

Bereits am 4. August hatte Schlesinger den Vorsitz im ARD-Senderverbund aufgegeben. Drei Tage später erklärte sie in einem Brief an den Rundfunkrat des Senders auch ihren Rücktritt als Intendantin des rbb. Zur Begründung führte sie an, die „persönlichen Anwürfe und Diffamierungen" gegen sie hätten „ein Ausmaß angenommen, das es mir auch persönlich unmöglich macht, das Amt weiter auszuüben".

Der Rundfunkrat unter dem Vorsitz von Friederike von Kirchbach hatte bereits im Juli erklärt, auf einer „lückenlosen Aufklärung der gegen die rbb-Intendantin Patricia Schlesinger und den Sender erhobenen Vorwürfe" zu bestehen. Dazu wurde die Hamburger Kanzlei Lutz Abel mit einer Aufklärung der offenen Fragen beauftragt.

Wie am 8. August bekannt wurde, hat auch die Staatsanwaltschaft Berlin mittlerweile ein Ermittlungsverfahren gegen Schlesinger, ihren Mann sowie gegen den bisherigen rbb-Verwaltungsratschef Wolf-Dieter Wolf eingeleitet. Gegenstand des Verfahrens sind die Vorwürfe der Untreue und der Vorteilsannahme", so Sebastian Büchner, Sprecher der Staatsanwaltschaft, gegenüber dem rbb.

Als die AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag vor einigen Wochen eine entsprechende Anzeige erstattet hatte, hatte die Berliner Staatsanwaltschaft die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens noch abgelehnt. In der Anzeige hatte die Fraktion auf die Presseberichterstattung zu den Beraterverträgen und Spesenrechnungen hingewiesen. Laut „Tagesspiegel" hatte die Ermittlungsbehörde argumentiert, sie „sei nur dann zur Aufnahme von Ermittlungen berechtigt, wenn zureichende tatsächliche Ansatzpunkte dafür vorliegen, dass eine Straftat begangen wurde". Damit solle „eine quasi willkürliche Strafverfolgung, fußend auf Gerüchten, Vermutungen und nicht weiter belegten Behauptungen verhindert werden."

Den Umstand, dass zu den Vorgängen beim rbb nun doch Ermittlungen aufgenommen wurden, begründete ein Sprecher der Staatsanwaltschaft laut einem rbb-Bericht damit, dass es „zwischenzeitlich neue Veröffentlichungen gegeben habe". *Norman Hanert*

KOLUMNE

Die Sorgen der Anderen II

VON THEO MAASS

Die Badegesellschaft im Sommerbad Wilmersdorf ist sich einig: Ausländerfeindlichkeit und benachbarte Gesprächsthemen gehen gar nicht. Im einige Kilometer entfernten Schwimmbad am Insulaner in Berlin-Schöneberg kam es zu Massenschlägereien von „Südländern", aber eine lädierte Dame mit blauen Flecken schimpft nur auf die „jungen Leute", die keinen Respekt vor dem Alter hätten. Andererseits ist zu beobachten, dass gegen 10, spätestens 11 Uhr die ältere Badegesellschaft verschwunden ist. Warum? Orientalische Familien bevölkern dann die Badeanstalt. Aber das kann ja der Grund nicht sein.

Eine stark übergewichtige Dame undefinierbaren Alters humpelt an Krücken herbei. Obwohl das Kinderbecken – das einzige, das während des Umbaus des „richtigen" Schwimmbeckens geöffnet ist – nur maximal 1,10 Meter tief ist, schleppt sie aufblasbare Schwimmflügel mit sich herum, Schwimmhilfen, die Nichtschwimmer zur Unterstützung während eines Schwimmlehrgangs tragen. Theatralisch beteiligt sie sich an Gesprächen der versammelten Gemeinschaft, die zwar keine Bahnen zieht, aber mitten im Becken steht. Allenfalls werden einige Schritte gemacht.

Ein älterer Herr teilt den wissbegierigen Damen mit, dass er mit dem Lesen des „Spiegel"-Magazins drei Ausgaben im Rückstand sei, weil er gerade ein Buch konsumierte. Dann gibt er die öffentlich-rechtlichen Nachrichten über Putin wieder. Widerspruch duldet er nicht. Nach einer Stunde steige ich auf mein Fahrrad und komme am Roseneck im Ortsteil Berlin-Grunewald am inzwischen geöffneten Wiener Caféhaus vorbei. Dort ist inzwischen auch „Madame Schwimmflügel" eingetroffen und verzehrt ein reichhaltiges Frühstück. Hoffentlich berichtet sie nächstens nicht, dass ihre Blutdruck- und Zuckerwerte nicht besser geworden sind.

MELDUNG

Nur 177 Abschiebungen

Potsdam – Im vergangenen Jahr sind geringfügig mehr Ausländer aus dem Land Brandenburg abgeschoben worden als im Jahr 2020. Wie aus Antworten des Innenministeriums in Potsdam auf Anfragen von Abgeordneten der Landtagsfraktionen der AfD und der Linkspartei hervorgeht, wurden 2021 insgesamt 177 Menschen aus Brandenburg in andere Länder abgeschoben. Dies waren 17 Personen mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der freiwilligen Ausreisen stieg im Jahresvergleich um 94 auf 489. Zum Teil wurden diese Ausreisen mit finanziellen Anreizen gefördert. Die Zahl der Rücküberstellungen in andere EU-Länder nach dem Dublin-Verfahren ist dagegen deutlich zurückgegangen. Nach 136 Rücküberstellungen 2019 und 79 Rückführungen 2020 sank die Zahl im vergangenen Jahr auf nur noch 40. Insgesamt waren im Land Brandenburg Ende März dieses Jahres 4549 Menschen als vollziehbar ausreisepflichtig registriert. *N.H.*

MELDUNGEN

Sanktionen treffen Kinos

St. Petersburg – Laut der russischen Vereinigung der Kinotheater könnte zum Jahresende ein Drittel der Kinos im Land verschwunden sein. Schon jetzt musste ein Viertel der Lichtspielhäuser schließen. Als Grund nennt Artjom Bakirow, Chef des Netzes „Cinema Park“, den Rückzug westlicher Konzerne wie Warner Bros., Walt Disney Company, Paramount oder Universal Pictures, die zeitgleich den Verleih ihrer Spitzenfilme in Russland einstellten. Weder „Batman“ noch „Thor“ oder „Spiderman“ dürfen in russischen Kinos gezeigt werden. Der Kinobranche beschert dies herbe Verluste. US-Produktionen trugen zwischen 70 und 90 Prozent des Einkommens der Kinobetreiber bei, deren Umsatz in den vergangenen fünf Monaten um 70 Prozent einbrach. Zwar versuchen die Betreiber, mit Bollywood-Produktionen und heimischen Filmen gegenzuhalten, doch der Erfolg blieb bislang aus. *MRK*

Polen will stark aufrüsten

Warschau – Polen will laut Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak zukünftig „die stärksten Bodentruppen der NATO in Europa“ besitzen. So ist beispielsweise geplant, die Panzerflotte mit dem südkoreanischen Modell K2 Black Panther von Hyundai Rotem auszurüsten. Insgesamt möchte Polen 980 K2 zum Stückpreis von 8,5 Millionen US-Dollar erwerben. Ebenso auf der Agenda steht die Anschaffung von 650 Panzerhaubitzen vom Typ K9 Thunder, die gleichfalls aus Südkorea stammen, wobei der Hersteller in diesem Fall Hanwha Defense ist und der Stückpreis 3,8 Millionen Dollar beträgt. Dazu kommen 250 M1-Abrams-Panzer aus den USA, die zusammen sechs Milliarden Dollar kosten. Nicht sparsam sein will Polen auch beim Ausbau seiner Luftwaffe. Die soll unter anderem um 48 leichte Kampfflugzeuge des südkoreanischen Typs KAI FA-50 „Golden Eagle“ und sechs Lockheed Martin F-22 „Raptor“ aus den USA verstärkt werden. *W.K.*

Russland steigt aus ISS aus

Moskau – Der neue Direktor der russischen Weltraumbehörde Roskosmos, Jurij Borissow, hat anlässlich seiner Ernennung durch Präsident Putin mitgeteilt, dass Russland sich aus der Internationalen Raumstation ISS zurückziehen werde – allerdings erst „nach 2024“. Gleichzeitig äußerten Vertreter der russischen Seite gegenüber der US-amerikanischen Partnerorganisation NASA, der Ausstieg aus dem ISS-Programm erfolge erst dann, wenn Russland wieder über einen eigenen Außenposten im All verfüge. Und das dürfte wohl keinesfalls vor 2028 der Fall sein, wie der mit dem Bau des Basismoduls beauftragte Konzern RKK Energija eingestand. Wobei unklar ist, ob sich der Zeitplan angesichts der Sanktionen gegen Russland einhalten lässt. Insofern besteht die Möglichkeit, dass aus „nach 2024“ letztlich 2031 wird. In diesem Jahr endet ohnehin der planmäßige Betrieb der ISS, worauf der gezielte Absturz der Raumstation folgen soll. *W.K.*

RUSSLANDS MARINEDOKTRIN

„Eroberung der Arktis“

Nach drei Jahrzehnten Frieden – Putin sichert russische Interessen militärisch ab

VON BODO BOST

Jahrzehntelang war die Arktis eine Zone der friedlichen Zusammenarbeit, in der die Interessen der Region Vorrang vor äußeren Spannungen hatten. Doch während der Ukrainekrieg weiter tobt, verkündete Präsident Wladimir Putin eine neue russische Marinedoktrin, in der er der „Eroberung der Arktis“ ein wichtiges Kapitel widmet.

Putin hat die neue Marinedoktrin zum Tag der Seestreitkräfte am 31. Juli in St. Petersburg in Kraft gesetzt. Die erstmals seit 2015 erneuerte Marinedoktrin stellt nicht zuletzt eine Kampfansage an den Westen dar. Die Arktis „entwickelt sich zu einer Region des internationalen Wettbewerbs, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in militärischer Hinsicht“, heißt es in dem Dokument. Russlands Seegrenzen, darunter in der Arktis und im Schwarzen Meer, werden in der Doktrin neu definiert. In dem 55 Seiten umfassenden Papier wurde festgeschrieben, dass das sogenannte Streben der USA nach Dominanz auf den Weltmeeren eine „Herausforderung für die nationale Sicherheit Russlands“ sei. Vor seiner Rede hatte Putin auf einem Boot während einer Fahrt von Kronstadt nach St. Petersburg eine Schiffsparade abgenommen.

Der Kreml sieht die klimabedingte Eisschmelze, die hierzulande als Katastrophe bezeichnet wird, als eine große Chance, die Unterwasserressourcen des Nordpols auszubeuten und eine Handelsroute zu entwickeln.

In der Arktis möchte Moskau außerdem die Nördliche Seehandelsroute, auch Nordostpassage genannt, „voll entwickeln“. Dieser Weg, der durch den Klimawandel und das Schmelzen des Packeises geöffnet wird, verbindet Europa mit Asien entlang der russischen Küste und verkürzt die bisherige Strecke durch den Suezkanal oder das Kap der Guten Hoffnung um ein Vielfaches. Das wird vor allem Chinas Seewege nach Europa entscheidend verkürzen.

Im Oktober 1987 legte Michail Gorbatschow durch eine Rede in Murmansk mitten im Kalten Krieg den Grundstein für mehr als drei Jahrzehnte friedlicher Zusammenarbeit in der Arktis. „Möge der Nordpol zum Pol des Friedens werden“, verkündete er. So entstand der Mythos der „arktischen Ausnahme“, eine Idee, nach welcher der hohe Norden eine Zone sei, in der Störungen von außen die Zusammenarbeit zwischen den Anrainerstaaten niemals beeinträchtigen würden.

30

Prozent der weltweiten Gas- und 13 Prozent der Ölreserven liegen in der Arktis

In diesem Sinne wurde 1996 der Arktische Rat gegründet. Dieses zwischenstaatliche Forum sollte „die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in der Region“ fördern. Militärische Fragen wurden dabei ausgeklammert.

Bis vor Kurzem konnte nichts diese „arktische Ausnahme“ erschüttern. Der Schock des Ukrainekriegs beendete die arktische Ausnahme. Anfang März verurteilten die Mitgliedstaaten des Arktischen Rates (außer Russland) in einer gemeinsamen Erklärung die Invasion in der Ukraine. Russland besitzt 53 Prozent der arktischen Küstenlinie und bleibt die dominierende Macht in dieser Region, die besonders anfällig für den Klimawandel ist. Damit ist der Arktische Rat, der für seine Entscheidungen Einstimmigkeit erfordert, gelähmt.

Mit dem bevorstehenden Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO sind alle Mitgliedstaaten des Arktischen Rates mit Ausnahme Russlands NATO-Mitglieder. Moskau hat bereits vorgesorgt, indem Russland in den vergangenen Jahren in der Arktis mehrere Militärposten aus der Zeit des Kalten Krieges wiedereröffnet hat, wo es ballistische Hyperschallraketen und nukleare Torpedos testet. Darüber hinaus führte Russland wie die NATO vermehrt Militärübungen in der Arktis durch. Die fortschreitende Eisschmelze wird die natürlichen Verteidigungsanlagen der arktischen Staaten beseitigen und neue Seerouten eröffnen, um die es neue Streitpunkte geben wird.

Laut einer Studie des US Geological Survey von 2008 beherbergt die Region 13 Prozent der weltweiten Ölreserven und 30 Prozent der weltweiten Gasreserven. Ihr Untergrund ist außerdem reich an Seltenen Erden, jenen Metallen, die für die Herstellung von Hochleistungsprodukten verwendet werden. Als der Arktische Rat ankündigte, die Zusammenarbeit mit Russland vorübergehend einzustellen, nahm Moskau dies zur Kenntnis und machte deutlich, dass es seine Programme zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region fortsetzen will. Für Russland ist die finanzielle und wirtschaftliche Ausbeutung der Arktis entscheidend, Umweltfragen spielen dabei keine Rolle.

Nach Unterzeichnung der neuen Doktrin: Putin nimmt am Tag der Seestreitkräfte eine Seeparade in St. Petersburg ab *Foto: pa*

UKRAINE

Die Angst geht um vor einer fünften Kolonne Putins

Agenten und Sympathisanten Russlands bewirken ein Klima der Paranoia und des Misstrauens

Nach umfangreichen Recherchen unter anderem in Russland und der Ukraine ist die kanadische Nachrichtenagentur Thomson Reuters zu dem Ergebnis gekommen, dass die Geheimdienste des Kreml seit der Abspaltung der Ukraine von der Sowjetunion im August 1991 ein Netzwerk von Schläfern in dem Nachbarland etabliert haben. Und diese Agenten seien dann anlässlich der Invasion im Februar dieses Jahres aktiviert worden.

So erklärt Thomson Reuters die schnelle und kampflose russische Besetzung des stillgelegten Kernkraftwerkes Tschernobyl gut 100 Kilometer nördlich von Kiew mit der subversiven Tätigkeit zweier derartiger Agenten.

Mehr als tausend Ukrainer in Haft

Bei dem einen soll es sich um den Sicherheitschef und stellvertretenden Direktor des Kraftwerkes, Walentin Witer, handeln. Dem Oberst des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU wird vorgeworfen, dem Kommandeur der 169 Mann starken Wachmannschaft von Tschernobyl, Juriy Pindak, am Morgen des 24. Februar den telefonischen Befehl erteilt zu haben: „Verschonen Sie Ihre Leute!“ Deshalb sitzt er nun wegen mutmaßlichen Hochverrats in Untersuchungshaft.

Witer, der Ende Februar in der Westukraine aufgegriffen wurde, macht zu seiner Verteidigung geltend, der Artikel 56 Absatz 1 des Ersten Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention untersage Kampfhandlungen in Atomkraftwerken.

Gleichermaßen unter Verdacht steht Brigadegeneral Andriy Naumow. Der frühere Leiter der Hauptverwaltung für Innere Sicherheit beim SBU war ab 2018 Chef der staatlichen Firma COTIZ, die unter anderem sämtliche Immobilien in der Sperrzone von Tschernobyl verwaltet. Ihm legen die Ermittler zur Last, Informationen über die Sicherheitseinrichtungen in dem Kraftwerk an Russland weitergegeben und damit ebenfalls zur Eroberung der Atomruine beigetragen zu haben, bevor er am Tag vor der Invasion ins Ausland geflüchtet sei.

Im Juni ging Naumow serbischen Fahndern ins Netz, als er mit seinem BMW samt Fahrer nach Nordmazedonien ausreisen wollte. Im Handgepäck führte er 124.924 US-Dollar sowie 607.990 Euro in bar und mehrere Edelsteine mit sich.

Mutmaßlich zahlreiche unschuldig

Als weiterer möglicher Schläfer der russischen Geheimdienste gilt nach den Recherchen von Thomson Reuters der ehemalige ukrainische Parlamentsabgeordnete und Hotelier Oleg Tsaryow. Dieser soll zu Beginn der Kampfhandlungen am 24. Februar seinen über 200.000 Telegram-Anhängern geschrieben haben, er weile nun wieder in Kiew, das bald „frei von Faschisten sein“ werde. Aufgrund seiner politischen Vergangenheit wird er verdächtigt, nach einem russischen Regime Change in der Ukraine als Chef einer prorussischen Übergangsregierung fungieren zu sollen.

Wie das Kiewer Innenministerium mitteilt, befinden sich momentan mehr als tausend Ukrainer in Haft, die der Sabotage oder Spionage für Russland beschuldigt werden. Darunter könnten, so die Vermutung der Reporter von Thomson Reuters, zahlreiche Unschuldige sein, denn offensichtlich herrsche in der Ukraine inzwischen ein Klima der Paranoia und des Misstrauens. *Wolfgang Kaufmann*

Auch Shell gehört zu den Ölmultis, welche die Befürworter der Übergewinnsteuer zur Kasse bitten wollen: Tankstelle des Mineralölkonzerns in Kaufbeuren *Foto: imago images/Nordphoto*

ÜBERGEWINNSTEUER

Die Front verläuft quer durch Regierung und Opposition

Grüne, SPD und Linke sind für die Extrasteuer, die FDP dagegen. Rechtsprofessor Hanno Kube äußert Zweifel an der Rechtsmäßigkeit

VON NORMAN HANERT

Während Wirtschaft und Privathaushalte mit drastisch gestiegenen Energiepreisen kämpfen, melden Ölmultis wie BP, Shell, TotalEnergies, Chevron und Exxon für das zweite Jahresquartal hohe Gewinne. In der Ampel gibt diese Entwicklung Forderungen nach einer sogenannten Übergewinnsteuer neue Nahrung.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte bereits im Mai laut über eine Sondersteuer nachgedacht: „Mit Blick auf die europäische Regelsetzung sind wir dabei zu prüfen, ob Übergewinne – also man muss es ja so sagen – Kriegsgewinne noch mal besteuert werden können, um einen dämpfenden Effekt auslösen zu können."

Klare Mehrheit in der Bevölkerung

Nachdem die Ölmultis nun hohe Quartalsgewinne meldeten, griff der Grünen-Fraktionsvize Michael Audretsch Anfang August das Thema wieder auf: „Wenn Mineralölkonzerne völlig leistungslose Milliardengewinne einfahren, dann muss es eine Übergewinnsteuer geben."

Kurz zuvor hatte bereits der SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch konstatiert: „Wir haben im Moment Konzerne, die richtig viel Geld machen. Die müssen jetzt über eine Übergewinnsteuer die Verantwortung auch mitübernehmen."

Der Umstand, dass die Ölmultis allesamt ihren Steuersitz im Ausland und nicht in Deutschland haben, scheint der öffentlichen Wirkung solcher Forderungen bislang nicht zu schaden. Denn laut dem jüngsten ARD-Deutschlandtrend sprechen sich 76 Prozent der Wahlberechtigten dafür aus, Unternehmen mit außergewöhnlichem Gewinn wegen des Ukrainekriegs eine zusätzliche Steuer aufzuerlegen.

Auch dem Fiskus nutzt die Krise

Innerhalb der Ampel lehnt die FDP bislang als einzige der Koalitionsparteien die Pläne für eine Übergewinnsteuer ab. Ihr Generalsekretär Bijan Djir-Sarai zeigte zwar generelles Verständnis für die Debatte über eine Übergewinnsteuer, warnte allerdings vor den Folgen einer Zusatzsteuer auf außergewöhnliche Gewinne. Im ARD-„Morgenmagazin" sagte der Freidemokrat, Investoren würden abgeschreckt, wenn der Staat willkürlich definiere, ab wann ein Gewinn ein Übergewinn sei. Auch andere Liberale haben inzwischen auf das Problem hingewiesen, Übergewinne rechtlich einwandfrei zu definieren sowie zusätzliche Gewinne, die aufgrund der aktuellen Lage anfallen, methodisch sauber von anderen, gewöhnlichen Unternehmensgewinnen abzugrenzen.

Hanno Kube, Professor für Öffentliches, Finanz- und Steuerrecht, kritisiert: „Eine zusätzliche Steuer auf die Gewinne einer einzelnen Branche wäre ungerechtfertigte Ungleichbehandlung." Laut dem in Heidelberg lehrenden Juristen stellt eine Übergewinnsteuer eine Ertragsteuer auf den Gewinn dar, und eine solche Steuer müsse „für alle Unternehmen gleich sein". Kube wies darauf hin, dass im Fall der Kernbrennstoffsteuer vor dem Bundesverfassungsgericht bereits einmal der Versuch gescheitert ist, die Gewinne einer Branche gezielt abzuschöpfen.

Auf Seiten der Linkspartei warf deren Bundestagsfraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch der FDP „eine Blockade" der Übergewinnsteuer vor und forderte ein Entlastungspaket der Bundesregierung für Menschen, die von der aktuellen Teuerung besonders betroffen sind. In diesem Zusammenhang wies der Linkspolitiker auch auf die guten Einnahmen des Staates hin.

Verdächtige Differenz

Tatsächlich fahren derzeit nicht nur Ölmultis und Raffineriebetreiber gute Gewinne ein, auch die Einnahmen des deutschen Fiskus sind außergewöhnlich stark gestiegen. Wie aus dem Monatsbericht Juli des Bundesfinanzministeriums hervorgeht, beliefen sich die Einnahmen des Bundeshaushalts im ersten Halbjahr auf rund 175,6 Milliarden Euro. Dies waren rund 28,6 Milliarden Euro beziehungsweise 19,4 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Den größten Anteil an diesem kräftigen Plus hatten die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Die steigenden Energiepreise und die Verteuerung von Lebensmitteln führen automatisch zu höheren Einnahmen des Staates bei dieser Verbrauchssteuer. Diese legte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 30,4 Prozent beziehungsweise rund 15,9 Milliarden Euro zu.

Auffällig ist, dass der Anstieg der Mehrwertsteuereinnahmen ganz deutlich über den offiziell ausgewiesenen Inflationsraten liegt. Dieses Phänomen kann die Haltung von Verbrauchern widerspiegeln, Anschaffungen vorzuziehen, bevor die Preise weiter steigen. Möglich ist allerdings auch, dass die offiziellen Inflationsraten, die auf Grundlage eines statistischen „Warenkorbs" errechnet werden, die reale Preisentwicklung im Land nur noch sehr verzerrt abbilden.

Nicht nur die Mehrwertsteuer-Einnahmen des Staates sind kräftig gestiegen. Der Bund nahm im ersten Halbjahr mit 116,6 Milliarden Euro auch 14,7 Prozent mehr Lohnsteuer ein. Experten werten diese Zusatzeinnahmen als Zeichen für einen bislang stabilen Arbeitsmarkt.

CYBERKRIEG

Datenklau und Blackoutvorbereitung

Wie und warum russische Hackergruppen Stromnetze in Deutschland angreifen

Russische Hackergruppen versuchen offenbar ganz systematisch, das deutsche Stromnetz auszuspionieren. Bei den Tätern handelt es sich in der Regel nicht um gewöhnliche Kriminelle, sondern um Mitarbeiter von Geheimdiensten. Ein Beispiel ist der nun bekannt gewordene Fall des Pawel A., der bereits seit vergangenem September vom Generalbundesanwalt in Karlsruhe per nicht öffentlichem Haftbefehl gesucht wird, nachdem es dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg nach jahrelangen Ermittlungen gelungen war, ihn als Beteiligten an Cyberangriffen auf deutsche Unternehmen im Bereich der Kritischen Infrastrukturen zu identifizieren. A. ist vermutlich Mitglied einer Hackergruppe, welche die Codenamen „Dragonfly", „Berserk Bear" und „Crouching Yeti" trägt und laut Erkenntnissen des US-Justizministeriums für das Zentrum 16 alias Militäreinheit 71330 des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB arbeitet. A. gilt unter anderem als Tatbeteiligter beim Einbruch in die IT-Systeme der Firma NetCom BW in Ellwangen, die zum Energiekonzern EnBW gehört und dafür verantwortlich ist, dessen interne Daten zur Stromversorgung durch ein eigenes abgesichertes Netzwerk zu leiten. Der Zugriff gelang aufgrund von Schwachstellen in den Routern von NetCom BW, die mittlerweile beseitigt sein sollen.

Der Sinn derartiger Aktionen besteht darin, die internen Netzwerke der Energieversorger unbemerkt zu infiltrieren und dort wichtige Informationen abzugreifen. Des Weiteren suchen die Hacker nach Möglichkeiten, die Stromerzeugung zu sabotieren, indem sie auf ein Kommando ihrer Auftraggeber hin zeitnah zuschlagen können.

Was dies betrifft, wiegeln Firmen wie EnBW indes ab: Die Steuerung der Anlagen erfolge „in einem getrennten, extra gesicherten Netz".

Dem hat der Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Generalmajor Wolfgang Wien, allerdings Ende Juni auf der jüngsten Konferenz für nationale Cybersicherheit am Hasso-Plattner-Institut in Potsdam die eindringliche Warnung entgegengesetzt: „Uns muss bewusst sein, Russland ist in unseren Netzen … Es wird auch gegen uns etwas vorbereitet."

Wie dieses „Etwas" aussehen könnte, zeigte sich bereits vor über sechs Jahren, am 23. Dezember 2015, in der Ukraine. Damals verübten die Hacker der in Chimki bei Moskau sitzenden Gruppe „Sandworm" alias Einheit 74455 beziehungsweise „Voodoo Bear", die dem russischen Militärgeheimdienst GU GSch WS RF zugeordnet wird, einen Angriff auf die Stromversorgung in der Oblast Iwano-Frankiwsk. Er erfolgte mittels der Schadsoftware „BlackEnergy", welche die IT-Systeme mehrerer Umspannwerke infizierte und schließlich deren Abschaltung bewirkte. Dadurch waren dann mehr als 230.000 Menschen für sechs Stunden ohne Strom. Diese Aktion gilt als weltweit erster größerer Blackout infolge eines Hackerangriffs. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Arbeitsplätze in Gefahr

Moskau – Im dritten und vierten Quartal dieses Jahres könnten Zehntausende russische Arbeitnehmer ihren Job verlieren. Laut offizieller Statistik liegt die Arbeitslosenquote zwar bei einem historischen Minimum von 3,9 Prozent, laut dem Ministerium für Wirtschaftsentwicklung wird sie aber von 4,8 Prozent im Vorjahr auf 6,7 Prozent steigen. Besonders die „Mono-Städte", also Orte, deren Wirtschaft im Wesentlichen von einem Konzern abhängt, leiden unter den Sanktionen des Westens. Betroffen sind vor allem Unternehmen der Automobil- und Metallindustrie sowie der Holzverarbeitung. In diesen Branchen ist mit Massenentlassungen, Lohnkürzungen oder gar mit Schließungen der Betriebe zu rechnen. 182.000 Arbeitsplätze in 16 Mono-Städten sind in Gefahr. Eine Kettenreaktion ist nicht auszuschließen, denn die Krise der Konzerne hat auch Auswirkungen auf kleinere Unternehmen wie Lieferdienste. *MRK*

Scharia-Banken als Alternative

Moskau – In einem Pilotprojekt plant Russland, Scharia-konforme Bankgeschäfte zuzulassen. Das Experiment soll über zwei Jahre, von 2023 bis 2025, in einigen Regionen mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil durchgeführt werden. Gedacht ist an Tschetschenien, Dagestan, Tatarstan und Baschkortostan. Hintergrund für die Einführung islamischer, Scharia-konformer Banken ist der Ausschluss russischer Banken vom internationalen Zahlungsverkehr im Rahmen der Sanktionen. Da es weltweit 1,5 Milliarden Muslime gibt, darunter viele reiche, hofft Russland, neue Investitionen anlocken zu können. Zudem könnte sich das Land aus der Isolation von westlichen Finanzmärkten lösen, indem es Zugang zu alternativen Investitionsquellen erhält, etwa den Märkten arabischer Länder, insbesondere am Persischen Golf und in den Ländern Südostasiens. *MRK*

Kritik stößt auf Kritik

Hamburg – Peter Tschentscher (SPD), Hamburgs Erster Bürgermeister, fordert vom Bund mehr Unterstützung für die deutschen Seehäfen und die Entwicklung einer nationalen Hafenstrategie. Tschentscher sagte, wenn es darauf ankomme, stünden die Hafenstädte mit ihren Entscheidungen allein da. Aus Sicht des Hamburger Bürgermeisters muss sich der Bund stärker an Hafeninvestitionen beteiligen. Tschentscher warb zudem erneut für eine Zusammenarbeit der großen norddeutschen Seehäfen Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven. Der Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg, Gunther Bonz, sagte zu den Aussagen von Tschentscher, er könne dessen Kritik an der Hafenpolitik des Bundes nicht ganz nachvollziehen. Bonz verwies dabei auf Hamburger Etatkürzungen für den Hamburger Hafen in den vergangenen zehn Jahren: „Man kann nicht die Zuwendungen in Hamburg runterfahren und dann nach Hilfe des Bundes schreien", so der Präsident des Unternehmensverbandes. *N.H.*

KOMMENTARE

Mao lässt grüßen

NORMAN HANERT

Mit einer Filz- und Spesen-Affäre samt Rücktritt der Intendantin Patricia Schlesinger erhält der Rundfunk Berlin Brandenburg (rbb) mittlerweile seit Wochen mehr Aufmerksamkeit als mit seinem Fernsehprogramm aus aufgewärmten Fernsehkonserven und ausgedünnter Berichterstattung. Schon seit Jahren schneidet der Sender beim Vergleich der Marktanteile der dritten ARD-Programme regelmäßig als Schlusslicht ab. Ungeachtet der mageren Bilanz war das Gehalt der Intendantin erst kürzlich um 16 Prozent auf üppige 303.000 Euro angehoben worden.

Während bei Programm und Personal gespart wurde, soll allein ein Luxusumbau der rbb-Chef-Etage mit 650.000 Euro zu Buche geschlagen haben.

Etwas in den Hintergrund geraten ist mittlerweile ein Teilaspekt der rbb-Affäre, der allein für sich ein fragwürdiges Doppeldenken im gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk zeigt. Egal ob der Gebührenzahler die ARD-Sender, ZDF oder Deutschlandfunk einschaltet, das Trommeln für die „Mobilitätswende“ und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, gehören mittlerweile so fest zum Programm wie der tägliche Wetterbericht.

Im Kontrast dazu wurde im Zuge der Vorwürfe wegen Vetternwirtschaft und Spesenrittertum beim rbb bekannt, dass Schlesinger einen außergewöhnlich luxuriösen und PS-starken Dienstwagen nutzen konnte. Inklusive zweier Chauffeure stand der Senderchefin ein Audi A8 mit 435 PS zur Verfügung.

Ins Bild passt die jüngst erfolgte Änderung der Dienstwagenordnung für Mitglieder des rot-grün-roten Berliner Senats. Sie dürfen ihre Dienstlimousinen nun auch während des Urlaubs im europäischen Ausland nutzen. Möglicherweise stellen sich bei dem einen oder anderen geschichtsbewussten Beobachter mittlerweile sogar schon Assoziationen zum China unter Mao Tse-tung ein, in dem der Begriff Auto für die Dienstwagen der Funktionäre stand, während sich das Volk mit Fahrrädern und überfüllten Massenverkehrsmitteln zu begnügen hatte.

In einem neuen Licht

MANUEL RUOFF

Laut Amnesty International (AI) starten ukrainische Streitkräfte häufig von Wohnhäusern, Schulen oder Krankenhäusern aus Angriffe und lenken Russland damit gezielt auf diese Objekte (siehe Seite 1). Der ukrainische Präsident bestreitet die Richtigkeit dieser Behauptung nicht, sondern wirft der Menschenrechtsorganisation vielmehr vor, die Verantwortung vom Aggressor auf das Opfer abzuwälzen, indem sie beide auf eine Stufe stelle. Wolodomyr Selenskyj fordert damit, was dem Westen im Allgemeinen und den USA im Besonderen von deren Kritikern immer wieder vorgeworfen wird: double standard, das Messen mit zweierlei Maß.

Vor dem Hintergrund des von AI behaupteten und von Selenskyj nicht bestrittenen Vorgehens der ukrainischen Streitkräfte erscheint der bisherige ukrainische Vorwurf, Russland bekämpfe zivile Ziele und ziele mit seinen Waffen auf Wohnhäuser und Krankenhäuser rückblickend in einem neuen Licht. Menschliche Schutzschilde zu verwenden ist leider nicht unüblich. Man denke an Saddam Hussein. Doch normalerweise nimmt man dafür ausländische Zivilisten. Doch die ukrainischen Streitkräfte verwenden offenkundig Landsleute dafür. Das wirft die Frage auf, ob die Regierungstruppen wirklich das eigene Volk verteidigen oder nur das herrschende Regime.

Die USA bekämpfen grundsätzlich nie fremde Völker, sondern immer nur deren Regime, von denen sie dann deren Länder und Völker befreien. Vielleicht sollte man auch hier auf einen double standard verzichten und sich zumindest fragen, ob Russland mit seiner Invasion in der Ukraine wirklich das Nachbarvolk bekämpft oder nur auch einen Regime Change versucht. Dieses gilt umso mehr, als der ukrainische Staat nach dem russischen der korrupteste in ganz Europa ist.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Während ihres Besuchs in Taiwan: Nancy Pelosi *Foto: pa*

KOLUMNE

Warum Peking Taiwan will

FLORIAN STUMFALL

Dass die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, mit ihrer unnötigen Reise nach Taiwan mutwillig Öl ins Feuer gegossen hat, kann man nicht bestreiten. Sie tat das in einer Zeit, die ohnehin allzu sehr von Konflikten gekennzeichnet ist. Dabei überdeckt der Krieg in der Ukraine eine erkleckliche Anzahl von weiteren Schlachtfeldern – in Mali, in Syrien oder auch im Jemen, um nur drei zu nennen, alle mit westlicher Beteiligung, wie viele andere auch.

Daher muss die Welt Peking nachgerade dankbar sein, dass die dortige Regierung ungeachtet ihrer militärischen Drohkulisse, die auch nach dem Besuch noch anhielt, jedenfalls zunächst im Ganzen doch besonnen auf die Provokation reagiert hat. Doch ganz kostenlos lassen die chinesischen Kommunisten den USA die Sache doch nicht durchgehen. Dass als Erstes Sanktionen gegen Pelosi und ihre Familie ergangen sind, mag man hinnehmen – das hat mehr symbolischen Charakter ohne weitere Folgen. Anders verhält es sich indes mit einer Reihe von Projekten, die zwischen Peking und Washington betrieben worden waren und nun aufgekündigt wurden.

Es geht dabei unter anderem um die Zusammenarbeit beim „Klimaschutz“, Fragen der internationalen Strafverfolgung, der illegalen Migration, der Drogenbekämpfung und vor allem der Sicherheitspolitik. Dies letztere hat bereits eine konkrete Folge: Dem Vernehmen nach weigern sich hohe Militärs im Pekinger Verteidigungsministerium, Anrufe ihrer US-Kollegen wegen der anhaltenden Manöver um Taiwan überhaupt entgegenzunehmen.

Mutwillig Öl ins Feuer gegossen

Ungeachtet des Auslösers der jetzigen Krise, nämlich Pelosis Besuch in Taipeh, gereicht die ganze Entwicklung dem politische-medialen Komplex im Westen zur erneuten und verschärften Empörung gegen Peking und die dortigen Machthaber. Betrachtet man aber den Zusammenhang mit etwas weniger Gefühlskraft und mehr Sachkenntnis, so stößt man auf eine eigenartige Lage, die darzustellen einen kleinen Rückgriff in die Zeitgeschichte erfordert.

Als im Jahr 1949 der Gegenspieler von Mao Tse-tung im chinesischen Bürgerkrieg, der nachmalige Präsident von Nationalchina, Tschiang Kai-schek, mit seiner Kuomintang vor dem Sieger weichen musste und nach Taiwan ging, war für den Westen zunächst er mit seiner Regierung ihr Ansprechpartner für chinesische Belange. Das änderte sich im Jahre 1971, als die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 2758 beschloss, die eine neue Epoche nicht nur in der chinesischen Geschichte einläutete.

Die entscheidende Feststellung der Resolution war diejenige, dass die UN-Vollversammlung beschließe, „all die Rechte der Volksrepublik China wiederherzustellen und die Vertreter ihrer Regierung als die einzigen legitimierten Vertreter Chinas in den Vereinten Nationen anzuerkennen und von nun an die Vertreter Tschiang Kai-scheks von dem Sitz zu weisen, den sie zu Unrecht in den Vereinten Nationen und all ihren Organisationen einnehmen“.

> Wer die Sicht Pekings in die eigene einbezieht, tut gut daran

Wie man erkannt haben wollte, worin die Widerrechtlichkeit von Taiwans Mitgliedschaft in den UN beruht, wurde nicht ausgeführt. Immerhin war der Staat seit 1949 ständiges Mitglied auch des UN-Sicherheitsrates. Die Umwälzung der chinesischen Belange bei den UN nennt man heute noch die Ein-China-Politik. Fast 60 Prozent der Mitglieder der Vollversammlung haben der Resolution zugestimmt, nicht aber die USA, die oft internationalen Verträgen fernbleiben, auf die sie sich bei Bedarf später gerne berufen.

Die heute vom Westen zwar ungewollte, aber unabweisbar gültige Folge der Ein-China-Politik ist, dass auf dem Papier, von den UN anerkannt, Taiwan zu Festlandchina gehört. Allerdings kann Peking seinen Anspruch bei Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse im Pazifischen Raum derzeit nicht wahrnehmen. Die USA nämlich garantieren Taiwans Unantastbarkeit, die sie selbst nie befürwortet und unterzeichnet, allerdings auch nie bestritten haben. Auch so kann man einen Konflikt zuverlässig verewigen. Niemand weiß, wie lange die Lunte am chinesisch-chinesischen Pulverfass ist.

Weiter Rückgriff in die Geschichte

Für die Chinesen auf dem Festland aber hat die Flucht der Kuomintang anno 1949 nach Taiwan eine zusätzliche Bedeutung, die für den geschichtsvergessenen Westen gar nicht erkennbar ist. Diese aber darzustellen, bedarf es eines etwas weiteren Rückgriffs in die Geschichte. Im Jahr 1279 nämlich ergriff der Enkel von Dschingis Khan, Kublai Khan, die Macht in China und gründete die mongolische Yuan-Dynastie, die bis zum Jahr 1368 Bestand haben sollte. Für die stolzen Han-Chinesen bedeutete die fast hundertjährige Fremdherrschaft eine untilgbare Schmach, vergleichbar mit der kolonialen Unterdrückung durch europäische Mächte im 20. Jahrhundert.

Als endlich eine große Rebellion den ersten Kaiser der Ming-Dynastie, Hong wu, hervorbrachte, herrschte in Peking endlich wieder die Würde des reinen Han-Blutes, und die nationale Kränkung war vorüber, wenn sie auch in der Erinnerung weiterlebte. Doch dann, rund 300 Jahre darauf, kam die nächste Katastrophe. Das tungusische Volk der Mandschuren überrannte China und gründete 1644 die Qing- oder Mandschu-Dynastie.

Der unterlegene Feldherr Zheng floh mit 35.000 Mann auf 400 Dschunken nach Taiwan und errichtete dort die wahre, die einzig chinesische Regierung des reinen Han-Blutes, die Macht der Legalisten, welche das Erbe nicht nur der Ming, sondern von bald 2000 Jahren Geschichte weitertrugen. Mit der Flucht des Tschiang Kai-schek nach Taiwan trat dieser in die Tradition der Ming-Legalisten, denn die Mandschu regierten Festlandchina bis zur Revolution des Sun Yat-sen im Jahr 1911.

Für China bedeutet seither in einem doppelten Bezug, weil an zwei Beispielen abzulesen, der Besitz von Taiwan den Nachweis der Rechtmäßigkeit der Herrschaft in Peking und des Erbrechts der chinesischen Tradition. Die Ming-Dynastie ist daher für China mehr als eine kulturelle Blüte mit feinem Porzellan, und Taiwan gehört unauflöslich mit dazu. So die Sicht Pekings. Wer sie in die eigene einbezieht, tut gut daran.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die Dialektik der Minderheiten

In den Universitäten tobt ein Kulturkampf – Die Genderideologen sind dabei, alle wissenschaftlichen Bereiche zu erobern

VON HARALD TEWS

Angriff auf die Vernunft: Wer nicht „woke“ ist, bekommt die Faust der Gender-Aktivisten zu spüren *Foto: Shutterstock*

Archäologie hat auch immer etwas mit Detektivarbeit zu tun. Ist das Skelett aus einem mittelalterlichen, antiken oder bronzezeitlichen Grab einem Mann oder einer Frau zuzuordnen? Anhand von Grabbeigaben konnte man bisher Rückschlüsse auf das Geschlecht ziehen: Ein Schwert oder ein Kriegsbeil ließen auf einen Mann schließen, Schmuckstücke oder häusliche Artefakte auf eine Frau.

Das war früher einmal. In Großbritannien – und das ist kein Scherz – hat ein „Black Trowel“-Kollektiv (Trowel bedeutet so viel wie eine Ausgrabungs-Kelle) diese eindeutigen Geschlechterbestimmung als transphob bezeichnet, da sie die sozialen und ethnischen Kategorien außer Acht ließen, unter denen sich ein Mensch früher identifiziert habe. Das Skelett mit dem Armreif hätte auch ein Transmann sein können, und Waffen hätte auch eine geschlechtsumgewandelte Amazone mitführen können. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis diese „Geschlechterarchäologie“ auch an deutschen Universitäten Fuß fassen und die Detektivarbeit erschweren wird. Die im Freiraum angelsächsischer Campusse/Campi entstandene Identitätspolitik, die alle kulturellen Bereiche auf Sexismus, Rassismus, Homo- und Transphobie ausspäht, ist bereits mit voller Wucht bei uns eingewandert.

Der sprachliche Genderwahn ist nur ein Mittel dieses neuartigen Kulturkampfes, bei dem sich Sprachbewahrer und feministische „Sprachaktivist*innen“ im Krieg um das sogenannte generische Maskulinum unversöhnlich gegenüberstehen (die *PAZ* berichtete). So ist der Ausdruck „der Bürger“, der linguistisch in seiner Allgemeinheit sowohl männliche als auch weibliche Bewohner (sic) eines Landes umfasst, bei Politikern längst nicht mehr akzeptiert. Aus Furcht davor, Wählerinnen auszuschließen und damit eine große Wählergruppe zu verlieren, fügen sie bei Ansprachen an das Volk aus opportunistischen Gründen „die Bürgerinnen“ hinzu. Wenn Politik, Behörden und öffentlichrechtliche Medien von oben herab parteiisch in diesen Kampf um gendergerechte Sprache eingreifen, hat die Wissenschaft schlechte Karten zu gewinnen.

Wie stark der Kulturkampf in andere Bereiche der Wissenschaft bereits Einzug gehalten hat, zeigte sich am Beispiel der Biologin Marie-Luise Vollbrecht von der Berliner Humboldt-Universität. Ihren Vortrag über „Geschlecht ist nicht (Ge)schlecht – Sex, Gender und warum es in der Biologie zwei Geschlechter gibt“ hatte die Universitätsleitung zunächst aus „Sicherheitsbedenken“ abgesagt, weil linke Aktivisten dagegen Sturm gelaufen waren. Die Doktorandin Vollbrecht, die erst ein Opfer der „cancel culture“ wurde, also einer studentischen Zensur unliebsamer Meinungen, durfte ihren Vortrag zu einem späteren Zeitpunkt unter Studentenprotesten nachholen.

Dabei zeigt sich, in welchem Ausmaß Gender-Aktivisten bereits dabei sind, wissenschaftliche Erkenntnisse auszuhöhlen und umzudeuten. Ihnen ist es ein Dorn im Auge, dass es nur zwei Geschlechter geben soll. Neben dem biologischen „weiblich“ und „männlich“ unterscheiden sie noch zwischen der sozialen oder „gefühlten“ Geschlechterdiversität wie „nicht binär“, „trans“, „divers“ und mindestens 50 weiteren Intersexualitäten.

„Wokeness“ vs. Aufklärung

Ähnlich wie bei dem Gender-Krieg in den Sprachwissenschaften stehen sich in der Biologie zwei Fronten unversöhnlich gegenüber. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ sprangen gleich drei Professoren ihrer jungen Berliner Kollegin mit klaren Aussagen zur Seite. So schrieben der Philosoph Uwe Steinhoff und die Sexualmedizinerin Aglaja Stirn in einem Beitrag über biologische Geschlechterbestimmung: „Diese so empirische Erkenntnisse produzierende Methode nennt man Wissenschaft. Die Leugner der Zweigeschlechtlichkeit hingegen versuchen Begriffe umzudefinieren oder zu verwischen, um politische oder psychische Bedürfnisse zu befriedigen. Dies ist keine Wissenschaft, sondern Sprachpolitik.“

In derselben Ausgabe fügte der Konstanzer Zoologe und Evolutionsbiologe Axel Meyer hinzu: „Als Naturwissenschaftler würde ich sagen, die Sache ist klar: Es gibt nur zwei Geschlechter. Punkt.“ Es steht zu befürchten, dass das letzte Wort längst nicht gesprochen ist.

Der Gegenangriff aus der „woken“ Welt auf die Biologie wird nicht lange auf sich warten lassen. Unter „Wokeness“ versteht man die „Wachheit“ für ein soziales, antirassistisches oder gendergerechtes Bewusstsein. Dabei richtet sich dieses explizit gegen eine aus dessen Sicht patriarchale, „weiße“ Kultur und Wissenschaft, bei der selbst die Mathematik ins Visier gerät. Deren richtige Lösungen und logischen Formeln gelten als Relikte „weißer Vorherrschaft“ und als Mittel der Unterdrückung der „People of Colour“, also in erster Linie der Schwarzen.

Wenn die „Wokeness“ nun eine „Ethnomathematik“ begründen will, in der es keine eindeutig richtigen oder falschen mathematische Lösungen mehr gibt, so bekämpft sie auch die Errungenschaften der Aufklärung. Hatten schon Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in ihrer Schrift „Dialektik der Aufklärung“ aufgezeigt, dass der bürgerliche Totalitarismus des 20. Jahrhunderts auch ein Ergebnis der Aufklärung gewesen ist, so könnte die siegreiche Epoche der „Wokeness“ ähnlich fatal enden: nämlich in einen Totalitarismus der Minderheiten über eine gesellschaftliche bürgerliche Mehrheit. Die multikulturelle links-feministische Transgender-LGBTQ-Bewegung ist gerade dabei, alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche zu erobern.

Die Welt der Wissenschaft hat sie schon erobert. Wer sich dort mit „unzeitgemäßen“ Erkenntnissen querstellt, wird wie im Fall der Biologin Vollbrecht ausgegrenzt und mundtot gemacht. Es ist wie eine Rückkehr zu vor-aufklärerischen Zeiten, als auch Galileo Galilei in einem Prozess gegenüber dem Vatikan Abbitte leisten sollte. Sein kopernikanisches Modell passte nicht in das geozentrische Weltbild der Kirche, wonach sich die Sonne um die Erde dreht und nicht umgekehrt. Es war ein Machtspiel, das die Kirche gewann. Als sie drei Jahrhunderte später eingestehen musste, dass Galileo recht hatte und die Erde doch nicht den göttlichen Mittelpunkt bildet, waren die Macht und der Einfluss der Kirche längst gebrochen.

Solch einen Kampf moderner Kultur versus Religion sehen wir heute. Die Identitätsideologie erscheint in diesem Licht wie eine Religion, die eine Front gegen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse bildet. Was kommt als Nächstes? Dass theoretische Physiker bei der Erforschung des Urknalls mithilfe der Relativitätstheorie, Quantenphysik oder Stringtheorie den Gottesbeweis erbringen sollen? Das würde aus Sicht der „Wokeness“ nicht ausreichen. Gott müsste zugleich auch weiblich und transgender sein: Gott* – mit Genderstern, wie ihn die Katholische Studierende Jugend (KSJ) bereits schreibt.

EUROPÄISCHE KULTURTAGE

Mehr als Highlands, Whisky und Dudelsack

Das Berliner Museum Europäischer Kulturen präsentiert Einblicke in das moderne Schottland

Einen Monat lang dreht sich bei den Europäische Kulturtagen im Berliner Museum Europäischer Kulturen alles um Schottland. Vom 18. August bis 18. September findet in der kultur- und alltagsgeschichtlichen Einrichtung, die in Dahlem beheimatet ist, die Sonderausstellung „Document Scotland: Ansichten aus einem Land im Wandel“ statt.

Die meisten Menschen verbinden den Landesteil des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland vor allem mit den Highlands, Whisky oder Dudelsäcken. Dass Schottland über diese Klischees hinaus eine reiche Kultur und Geschichte zu bieten hat, zeigen das umfangreiche Veranstaltungsprogramm der diesjährigen Europäischen Kulturtage und die zugehörige Ausstellung eindrücklich.

Schottland verbindet wie kaum ein anderes europäisches Land Tradition und Fortschritt miteinander. Diese beiden Pole der schottischen Identität beleuchtet das Programm mit unterschiedlichsten Veranstaltungsformaten: etwa mit Arbeitstreffen zu den sogenannten Galoshins, der ältesten und in Schottland bis heute weitverbreiteten Form des Volkstheaters, mit Kursen zu neuen Methoden der Textilverarbeitung von traditionellen Stoffen wie Tartan und Wolle oder mit modernen Aufführungen des traditionellen Tanzes Ceilidh.

Bereits seit 1707 Teil des Vereinigten Königreichs Großbritannien, ist innerhalb Schottlands in den letzten Jahrzehnten eine starke Unabhängigkeitsbewegung entstanden. Trotz der knappen Niederlage der Befürworter bei einem Referendum im Jahr 2014 geht die Diskussion um eine mögliche Unabhängigkeit vor allem nach dem Brexit rege weiter. Insgesamt ist Schottland ein Land, das stark von seiner bewegten politischen Geschichte geprägt ist. Auch dies wird im Programm thematisiert, zum Beispiel in einem Gespräch über Armut in Schottland mit dem Schriftsteller und Rapper Darren McGarvey oder auf einer Podiumsdiskussion zur schottischen Identität in Europa.

Fotografien von Land und Leuten

In der Sonderausstellung präsentiert das Kollektiv „Document Scotland“ Fotografien und gibt einen visuellen Eindruck von der Vielfalt der schottischen Gesellschaft. Zu dem Kollektiv gehören die schottischen Fotografen Sophie Gerrard, Stephen McLaren, Colin McPherson und Jeremy Sutton-Hibbert, die ihre Bilder erstmals in Deutschland zeigen.

In den zeitgenössischen Fotografien beleuchten sie Themen wie Zugehörigkeit und Geschichte sowie das vielfältige Gemeinschaftsleben im ganzen Land.

Die Bilder fangen das Leben von Landwirten ein, zeigen Spuren der schottischen Beteiligung am transatlantischen Sklavenhandel, dokumentieren die Traditionen der Bewohner auf der Insel Easdale sowie die Protestkultur in Glasgow. Damit provozieren die Fotografen Fragen zur Identität, die heute besonders relevant sind. Ohne parteiisch zu sein zu wollen, reagieren sie auf aktuelle politische Entwicklungen und arbeiten heraus, was die in Schottland lebenden Menschen miteinander verbindet. *smb/tws*

● **Museum Europäischer Kulturen**, Arnimallee 25, Berlin, geöffnet täglich außer montags 10 bis 17 Uhr, sonnabends und sonntags von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro. **www.smb.museum**

● MELDUNG

Weltreise von Notre-Dame

Dresden – Vom 6. August bis 8. Januar 2023 zeigt die Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen gGmbH erstmals auf deutschem Boden die Ausstellung „Notre-Dame de Paris – Weltreise einer Kathedrale “ im Palais im Großen Garten in Dresden. Mit interaktiven Modellen und Projektionen können Besucher im Palais im Großen Garten auf rund 800 Quadratmetern in die Geschichte der weltberühmten Kathedrale eintauchen, die im April 2019 von einem verheerenden Brand heimgesucht wurde. Die zuvor schon in Dubai, Paris und Washington D.C. vor 250.000 Besuchern präsentierte Ausstellung ist täglich geöffnet von 10 bis 18 Uhr. Eintrittskarten ab 10 Euro sind erhältlich an der Tageskasse oder im Internet unter: shop.schloesserland-sachsen.de *tws*

Es war eine Hinrichtung

Vor 60 Jahren verblutete Peter Fechter an der Berliner Mauer, nachdem er trotz Aufgabe seines Fluchtversuchs weiterhin beschossen worden war. West-Berlins Polizei durfte es nicht verhindern – das US-Militär wollte es nicht verhindern

VON VERA LENGSFELD

Der zum Zeitpunkt seines Todes erst 18 Jahre alte Peter Fechter ist nicht der erste Mauertote, aber der bekannteste. Sein qualvolles Sterben vollzog sich 50 lange Minuten vor den Augen der Weltöffentlichkeit, aber niemand wollte dafür verantwortlich sein. Dass der schwer verletzte Jugendliche nicht sofort von den DDR-Soldaten geborgen wurde, aber auch die US-amerikanischen Soldaten am nahen Checkpoint Charly keine Hilfe leisteten, wirft nicht nur ein Schlaglicht auf die Grausamkeit des Grenzregimes der DDR, sondern auch auf die Gleichgültigkeit des Westens gegenüber dem Leiden der eingemauerten Menschen.

Bis zu seinem dramatischen Ende wies in Peter Fechters Leben nichts darauf hin, dass er zu einer Symbolfigur werden könnte. Die Familie beschreibt ihn als stillen, unauffälligen Jugendlichen. Fechter wurde im Kriegsjahr 1944 in Berlin geboren und wuchs als drittes von vier Kindern im Stadtbezirk Weißensee auf. Sein Vater war Maschinenbauer, die Mutter Verkäuferin. Wie in den 50er Jahren nicht unüblich, verließ der einzige Sohn die Schule im Alter von 14 Jahren und begann eine Lehre als Maurer. Seine Beurteilung fällt tadellos aus: „Kollege F. ist ein williger und fleißiger Facharbeiter. Bummel- und Fehlstunden fallen bei ihm nicht an.“ Zum Schluss arbeitete Fechter am Wiederaufbau des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Palais an der Straße Unter den Linden mit.

Gleichgültigkeit des Westens

Dort traf er auf seinen Kollegen Helmut Kulbeik, mit dem er Fluchtgedanken schmiedete. Zwar erkundeten die beiden das Grenzgelände auf der Suche nach einer günstigen Gelegenheit, hatten aber keinen konkreten Plan, trafen auch keine besonderen Vorbereitungen. Auch die späteren Nachforschungen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ergaben „keinerlei Anzeichen eines vorbereiteten Grenzdurchbruchs“. Die Entscheidung fiel spontan, als die beiden auf einem ihrer Streifzüge an der Schützenstraße ein Ruinengebäude entdeckten, in dem eine Tischlerei untergebracht war, deren rückwärtige Fenster zur Zimmerstraße und somit fast an der Mauer lagen. Zwei Tage später, am 17. August, beschlossen Fechter und Kulbeik während der Mittagspause spontan, nicht mehr zur Baustelle zurückzukehren, sondern sich in diesem Gebäude umzusehen. Die beiden Jugendlichen gelangten unbemerkt in die Werkstatt. In einem Lagerraum fanden sie ein Fenster, das noch nicht zugemauert war.

„Keinerlei Anzeichen eines vorbereiteten Grenzdurchbruchs“

Aber, so gibt Kulbeik bei einer Befragung in West-Berlin später zu Protokoll, erst als sie nach einer Weile Stimmen hörten, sprangen sie aus Angst, entdeckt zu werden, aus diesem Fenster. Ihre Schuhe hatten sie ausgezogen, und liefen auf Strümpfen auf die nahe Mauer zu. Als die ersten Schüsse fielen, so Kulbeik, sei Fechter wie angewurzelt stehen geblieben. „Ich war inzwischen ebenfalls an der Mauer angelangt, sprang hoch und zwängte mich durch den auf der Mauer angebrachten Stacheldraht. Warum Peter nicht geklettert ist, er hätte vor mir auf der Mauer sein müssen, weiß ich nicht. Er sprach kein Wort, und ich hatte den Eindruck, als die Schüsse fielen, dass Peter Fechter einen Schock bekommen hat. Ich rief ihm noch laut zu: ‚Nun los, nun los, nun mach doch!‘ Er rührte sich aber nicht.“

Nach dieser Schilderung sieht es so aus, als seien die ersten Schüsse tatsächlich ohne Tötungsabsicht abgegeben worden, denn Kulbeik gelang es, sich unversehrt über die Mauer in Sicherheit zu bringen. Fechter scheint dagegen beim Anspringen der Mauer getroffen worden zu sein, oder ist aus einem anderen Grund zurückgerutscht. Er hat sich dann hinter die Mauerverstärkung gestellt. Das heißt, er hatte seinen Fluchtversuch zu diesem Zeitpunkt aufgegeben. Doch statt Fechter festzunehmen, bezogen die Grenzposten eine andere Position und schossen so lange, bis er zusammenbrach. Das war eine Hinrichtung.

„Not our problem“

Fechter war noch nicht tot, sondern rief laut um Hilfe. Auf beiden Seiten der Mauer versammelte sich schnell eine Menschenmenge. Während sie im Osten schnell aufgelöst wurde, wurden es auf der Seite West-Berlins immer mehr. Bald erschienen neben der Polizei auch Fotografen und Kameraleute, die den sterbenden Fechter aufnahmen. Polizisten, die auf eine Leiter geklettert waren, warfen Fechter Verbandszeug zu, konnten ihn aber nicht bergen, denn er lag auf dem Gebiet des Ost-Sektors. Die US-amerikanischen Soldaten am nahen Checkpoint Charly hätten es gekonnt, denn als Alliierte waren sie befugt, Ost-Berlin zu betreten. Sie beschlossen aber, dass es „Not our problem“ sei. Laut Wikipedia, der in diesem Fall vielleicht zu trauen ist, liegt von einem US-Leutnant eine Aussage vor, dass auf telefonische Nachfrage von Generalmajor Albert Watson, Kommandant des Amerikanischen Sektors, folgende Antwort gekommen sei: „Lieutenant, you have your orders. Stand fast. Do nothing“ (Leutnant, Sie haben Ihre Anweisungen. Bleiben Sie standhaft. Tun Sie nichts.) Wenn die Amerikaner in Reaktion auf Fechters Tod die Mauer als „Wall of Shame“ bezeichnet haben, so inkludiert das auch ihr Versagen im Fall Fechter.

Es waren die West-Berliner, die lauthals dagegen protestierten, was sich mitten in ihrer Stadt abspielte. Aufgebrachte Bürger konnten teilweise nur durch polizeiliche Gewalt davon abgehalten werden, zur Mauer vorzudringen. Ein Bus, in dem sowjetische Soldaten saßen, wurde mit Steinen beworfen. Vor allem aber wurden amerikanische Besatzungssoldaten wegen ihres Nichteingreifens verbal und auch tätlich angegriffen.

Nur Bewährungsstrafen

Das war schon ein Jahr zuvor der Fall gewesen, als die Bürger wütend protestiert hatten gegen die Mauer, die mitten durch ihre Stadt gebaut wurde, währen die Politik sich zurückhielt. Es waren an diesem 17. August wieder die Bürger, die „Mörder, Mörder“ riefen und die Verantwortlichen zum Handeln aufforderten.

Für die DDR war Fechters Sterben vor den Augen der Weltöffentlichkeit ein PR-Desaster. Intern wurden Fehler eingeräumt, aber offiziell wurde dem Gegner der Schwarze Peter zugeschoben. Auf der einen Seite gab es Forderungen, dass „in solchen Fällen Möglichkeiten geschaffen werden müssten, „Verletzte schnell aus dem mittelbaren Grenzgebiet zu entfernen, auch unter dem Gesichtspunkt, dem Gegner damit keine Argumente für seine Hetze zu liefern“. Auf der anderen Seite wurde die Legende fabriziert, West-Berliner Polizisten, Fotografen und Kameraleute hätten durch ihr Verhalten die Bergung des schwer verletzten Flüchtlings verzögert.

Die Angehörigen von Peter Fechter hatten jahrzehntelang unter den Repressalien der DDR-Behörden zu leiden. Im Juli 1990 stellten die Schwestern von Peter Fechter Strafanzeige und brachten damit die Ermittlungen in Gang, die schließlich zur Verurteilung von zwei Schützen führten. Sie wurden wegen Totschlags schuldig gesprochen, aber die Freiheitsstrafen von 20 und 21 Monaten zur Bewährung ausgesetzt.

Kein Ehrengrab für Peter Fechter

Für die Familie war der Prozess dennoch wichtig. In der Hauptverhandlung äußerte sich die jüngste Schwester Ruth Fechter, die dem Prozess als Nebenklägerin beiwohnte. Ihr sei es darum gegangen, endlich aus „der Verdammung zu Untätigkeit und Abwarten“ und „aus der bis dahin bestehenden Objektrolle“ herauszukommen. Eindrücklich schilderte sie, wie der Tod ihres Bruders, die Ohnmacht angesichts seiner öffentlichen Diffamierung und die erzwungene Verpflichtung, darüber zu schweigen, das Leben der Familie beeinträchtigt haben. „Diese Erfahrung von Ausgrenzung und das Leben mit Feindbildern als einer Alltagserscheinung, die nicht dem eigenen Wollen entsprang, sondern von außen aufgezwungen werden sollte, wurde zu einem Grunderlebnis der Familie Fechter.“

Keine Peter-Fechter-Straße

Wie wurde mit dem Mord an Peter Fechter geschichtspolitisch umgegangen? Während es in mehreren westdeutschen Städten Peter-Fechter-Straßen und ein Peter-Fechter-Ufer gibt, hat Berlin es abgelehnt, die Zimmerstraße in Peter-Fechter-Straße umzubenennen. Jahrelang erinnerte nur ein schlichtes Holzkreuz an seinen Tod. Inzwischen gibt es eine Stele von Karl Biedermann. Stifter der Stele ist der Axel-Springer-Verlag. Eine Pflastermarkierung aus Basaltstein bezeichnet den Ort, an dem Peter Fechter starb. An jedem 13. August, dem Jahrestag des Mauerbaus, werden hier Blumen und Kränze zu Ehren der Toten an der Berliner Mauer abgelegt.

Ein Ehrengrab wurde Peter Fechter sowohl vom rot-roten Berliner Senat im Dezember 2005 als auch von der rot-schwarzen Nachfolgeregierung 2012 verweigert. Die Bedingungen dafür seien nicht erfüllt. Sein Grab sei als Grabstätte eines Opfers von Krieg und Gewaltherrschaft anerkannt. In Berlin erinnert wenig an die Widerständler gegen die zweite deutsche Diktatur. Gedenkorte an die Mauertoten werden immer wieder zerstört, so auch ein zweites Mahnmal für Fechter, das am 11. Juni 2011 in der Bernauer Straße errichtet wurde. Eine Plastik zeigte den toten Fechter in den Armen eines Grenzsoldaten. Es wurde am 24. Juni 2011 zerstört. Anlässlich des 60. Jahrestages der Ermordung von Peter Fechter und des 25. Jahrestages der Verkündung der Urteile im Politbüroprozess am 19. August hat die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), der Dachverband aller SED-Opferverbände, eine neue Initiative gestartet, einen Teil der Zimmerstraße umzubenennen.

FOTO: PA

Für die DDR ein PR-Desaster: Nach dessen gescheitertem Fluchtversuch bergen DDR-Grenzposten die Leiche Peter Fechters

Wie der Nürnberger Kodex entstand

Im Nürnberger Ärzteprozess wurden vor 75 Jahren die Urteile gesprochen.
Die Begründung der Urteile mündete in eine eindeutige Mahnung auch für die Gegenwart

VON WOLFGANG KAUFMANN

Offiziell lautete das Verfahren „Vereinigte Staaten vs. Karl Brandt et al.“: Karl Brandt bei der Urteilsverkündung *Foto: US-Bundesregierung*

Während der Zeit des Nationalsozialismus begingen deutsche Mediziner Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nach Schätzungen der Ärztekammern in Deutschland belief sich die Zahl der Täter auf mindestens 350. Dennoch verzichteten die Siegermächte zunächst auf eine juristische Ahndung. Das resultierte vor allem aus deren Interesse an den Ergebnissen der Menschenversuche von militärischer Relevanz.

Hier bietet sich ein Vergleich mit dem Umgang mit den Angehörigen der japanischen Einheit 731 unter dem Kommando des Mikrobiologen Shirō Ishii an, die ab 1935 in China ebenfalls Menschenversuche von militärischer Relevanz durchgeführt hatten. Obwohl die Truppe des „japanischen Mengele“ wohl bis zu 300.000 Menschen ermordete, kam es zu keiner strafrechtlichen Verfolgung durch die Westalliierten, da deren Erkenntnisse unter anderem der US-Biowaffenforschung nützten.

Alliierte profitierten von den Untaten

Im Falle der deutschen Mediziner fiel dann aber doch die Entscheidung zur Durchführung eines entsprechenden Ärzteprozesses auf der Basis des Kontrollratsgesetzes Nummer 10. In dem Verfahren sollten sich insgesamt 20 Mediziner, ein Jurist und zwei Verwaltungsfachleute für ihre Mitwirkung an der Vorbereitung und Durchführung von oftmals tödlich verlaufenen Menschenversuchen sowie der Ermordung von mehr als 200.000 behinderten oder kranken Menschen im Rahmen des NS-Euthanasieprogramms verantworten. Die Anklagepunkte lauteten in allen Fällen auf „Kriegsverbrechen“, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen“.

Der Nürnberger Ärzteprozess begann am 9. Dezember 1946 und erstreckte sich über insgesamt 139 Verhandlungstage. Den Vorsitz führte Walter Beals, Oberster Richter am Supreme Court des US-Bundesstaates Washington. Als Beisitzer fungierten Harold Sebring, Richter am Obersten Gerichtshof von Florida, und Johnson Crawford, vormals Richter am District Court von Oklahoma. Während des Verfahrens wurden 32 Zeugen der Anklage und 53 Zeugen der Verteidigung gehört sowie 1471 Eidesstattliche Erklärungen und sonstige Dokumente vorgelegt.

23 Angeklagte

Auf der Anklagebank saßen damals: der Wirtschaftswissenschaftler, Oberdienstleiter in der Kanzlei des Führers und maßgebliche Organisator der NS-Krankenmorde Viktor Brack; der Generalkommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen und „chirurgische Begleitarzt“ von Adolf Hitler Karl Brandt, der sowohl für die Euthanasie-Aktion als auch für diverse Menschenversuche mitverantwortlich gewesen war; der Persönliche Referent des Reichsführers SS und Doktor der Rechte Rudolf Brandt wegen seiner führenden Rolle bei der Planung der Experimente mit KZ-Insassen; der Chefarzt der Heilanstalt Hohenlychen sowie Oberste Kliniker beim Reichsarzt SS und Polizei Karl Gebhardt, der auch eigenhändig Menschen zu Tode gebracht hatte; der Lagerarzt von Buchenwald sowie stellvertretende Leiter der Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung des Hygiene-Instituts der Waffen-SS Waldemar Hoven; der Leiter dieser Einrichtung Joachim Mrugowsky; der Reichsgeschäftsführer der SS-Wissenschaftsorganisation „Das Ahnenerbe“ und stellvertretende Leiter des Beirates des Reichsforschungsrates Wolfram Sievers; der Assistenzarzt von Gebhardt und Verantwortliche für die Experimente im KZ Ravensbrück Fritz Fischer; der Chef des Sanitätsamts der Waffen-SS Karl Genzken; der Chef des Wehrmachtsanitätswesens Siegfried Handloser; der stellvertretende Präsident des Robert-Koch-Institutes und Beratende Hygieniker beim Chef des Sanitätswesens der Luftwaffe Gerhard Rose; der Leiter und Inspekteur des Sanitätswesens der Luftwaffe Oskar Schröder; der Referent für Luftfahrtmedizin beim Sanitätsinspekteur der Luftwaffe Hermann Becker-Freyseng; die Lagerärztin im KZ Ravensbrück Herta Oberheuser; der Stabsarzt der Luftwaffe Wilhelm Beiglböck; der Leitende Arzt im SS-Rasse- und Siedlungshauptamt Helmut Poppendick; der stellvertretende Reichsgesundheitsführer Kurt Blome; der Dermatologe Adolf Pokorny; der Amtschef der Dienststelle Medizinische Wissenschaft und Forschung des Generalkommissars für das Sanitäts- und Gesundheitswesen Paul Rostock; der Unterarzt im Stab des Forschungsinstituts für Luftfahrtmedizin Konrad Schäfer; der Direktor des Instituts für Flugmedizin der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt Siegfried Ruff; der Abteilungsleiter an dem Institut Hans-Wolfgang Romberg sowie der Chef des Instituts für Luftfahrtmedizin Georg August Weltz.

Während es im Falle von Brack und Karl Brandt hauptsächlich um deren Verantwortung für die Euthanasie-Aktion ging, wurden den anderen Angeklagten die Experimente an Menschen zur Last gelegt. Darunter fielen insbesondere die grausamen Unterdruck- und Unterkühlungsversuche im KZ Dachau zur Simulation der körperlichen Belastungen bei Kampfpiloten nach einem Flugzeugabschuss in großer Höhe oder über dem Meer, bei denen mindestens 160 Häftlinge starben, Testserien mit Fleckfieber-Impfstoffen, die in 97 Fällen letal verliefen, und die absichtliche Herbeiführung von Wundinfektionen oder Vergiftungen mit einer unbekannten Zahl von Opfern. Dazu kam die gezielte Ermordung von 86 jüdischen Insassen des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zum Zwecke der Schaffung einer Skelettsammlung für die Anatomie der Reichsuniversität Straßburg, die in den zukünftigen „judenfreien“ Zeiten als Anschauungsmaterial dienen sollte.

Mit der Unmenschlichkeit dieser Experimente sowie auch der Tötung von Kranken, Behinderten und KZ-Häftlingen konfrontiert, entgegnete Karl Brandt: „Ich fühle mich dadurch nicht belastet. Ich habe die Vorstellung und Überzeugung, dass ich das, was ich in diesem Zusammenhang getan habe, vor mir selbst verantworten kann.“ Zur Begründung seiner Haltung gab der Gruppenführer der Allgemeinen SS und Generalmajor der Waffen-SS an: „In dem Augenblick, in dem die Person des Einzelmenschen aufgeht in dem Begriff des Kollektiven, … wird dieser einzelne Mensch völlig benutzt im Interesse dieser Gemeinschaft … Im Grunde bedeutet das Einzelwesen nichts mehr.“

Sieben Todesurteile

Die Urteile gegen die 23 Angeklagten fielen am 20. August 1947. Bei Brack, Gebhardt, Hoven, Mrugowsky, Sievers sowie Karl und Rudolf Brandt lautete der Richterspruch „Tod durch den Strang“. Fischer, Genzken, Handloser, Rose und Schröder sollten lebenslang in Haft. Becker-Freyseng, Herta Oberheuser, Beiglböck und Poppendick wurden zu Freiheitsstrafen zwischen zehn und 20 Jahren verurteilt. Hingegen erkannte das Gericht im Falle von Blome, Pokorny, Rostock, Schäfer, Ruff, Weltz und Romberg auf Freispruch mangels Beweisen.

Die Vollstreckung der sieben Todesurteile erfolgte am 2. Juni 1948 im Kriegsverbrechergefängnis Nummer 1 in Landsberg am Lech. Dahingegen wandelte der US-Hochkommissar in Deutschland, John Jay McCloy, die lebenslangen Strafen am 31. Januar 1951 in Zeitstrafen um und reduzierte auch die Haftdauer der übrigen Verurteilten. Letztlich saß keiner der Delinquenten länger als bis Juni 1955 ein.

Eine deutlich nachhaltigere Wirkung als die Urteile selbst entfaltete deren Begründung, denn darin verpackten die Richter einige sehr klare juristische Formulierungen, die heute unter dem Namen „Nürnberger Codex“ bekannt sind und nach wie vor Gültigkeit besitzen, nicht zuletzt, weil sie in die 1964 vom Weltärztebund (WMA) verabschiedete und seither immer wieder aktualisierte Deklaration von Helsinki über „Ethische Grundsätze für die medizinische Forschung am Menschen“ einflossen.

Die größte Bedeutung hat der Punkt 1 von 1947: „Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich. Das heißt, dass die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muss, ihre Einwilligung zu geben; dass sie in der Lage sein muss, unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen; dass sie das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinreichend kennen und verstehen muss, um eine verständige und informierte Entscheidung treffen zu können. Diese letzte Bedingung macht es notwendig, dass der Versuchsperson vor der Einholung ihrer Zustimmung das Wesen, die Länge und der Zweck des Versuches klargemacht werden; sowie die Methode und die Mittel, welche angewendet werden sollen, alle Unannehmlichkeiten und Gefahren, welche mit Fug zu erwarten sind, und die Folgen für ihre Gesundheit oder ihre Person, welche sich aus der Teilnahme ergeben mögen. Die Pflicht und Verantwortlichkeit, den Wert der Zustimmung festzustellen, obliegt jedem, der den Versuch anordnet, leitet oder ihn durchführt. Dies ist eine persönliche Pflicht und Verantwortlichkeit, welche nicht straflos an andere weitergegeben werden kann.“

Deklaration von Helsinki

Flankiert wird diese allgemein anerkannte Bestimmung des Nürnberger Kodex durch die Genfer Deklaration des Weltärztebundes vom September 1948, die auch der Präambel der Muster-Berufsordnung für alle in Deutschland tätigen Ärzte vorangestellt ist. Darin heißt es unter anderem: „Ich werde, selbst unter Bedrohung, mein medizinisches Wissen nicht zur Verletzung von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten anwenden.“

An diesen ethisch-moralischen Grundsätzen wird heute jedes medizinische Handeln gemessen, und zwar auch und gerade in gesellschaftlichen Krisensituationen sowie anlässlich der Entwicklung neuer Heilmethoden, Medikamente und Impfstoffe. Somit kann sich nun niemand mehr hinter Schutzbehauptungen verschanzen, wie sie der KZ-Arzt Fritz Fischer, der gleich allen anderen Angeklagten im Nürnberger Ärzteprozess auf „nicht schuldig“ plädiert hatte, 1947 zu seiner Verteidigung vorbrachte: „Der Glaube und das Vertrauen an das legale Recht der Obrigkeit und des Staates und des Führers, so schien mir damals, gab die juristische Deckung und Rechtfertigung ab und enthob mich, wie mir auch betont ausgedrückt wurde, der individuellen Verantwortung.“ Denn sich dieser Verantwortung zu entziehen, war schon vor dem Schuldspruch von Nürnberg sowie den sieben Exekutionen von Landsberg unmöglich, und ist es jetzt erst recht.

Gegenstand heftiger Kontroversen: Die Tavistock-Genderklinik in London muss Anfang 2023 schließen *Foto: Mauritius*

GESUNDHEIT

Ein herber Rückschlag für die Trans- und Gender-Lobby

Englands Gesundheitsdienst hat entschieden: Die Londoner Spezialklinik, in der Kinder und Jugendlichen ihr Geschlecht umwandeln lassen können, wird geschlossen

VON CLAUDIA HANSEN

Nach jahrelanger Kritik wird die umstrittene Tavistock-Genderklinik für Kinder und Jugendliche im nächsten Frühjahr geschlossen. Das hat der staatliche Gesundheitsdienst NHS England entschieden. Ein vernichtender Zwischenbericht hatte die Gender-Spezialklinik als „nicht sicher“ für Kinder eingestuft. Im Tavistock werden schon Zwölfjährige mit Pubertätsblockern und Hormonen auf eine Geschlechtsumwandlung vorbereitet. Die Patientenzahlen sind regelrecht explodiert.

Der graue Betonbau im Norden Londons war längst über England hinaus als Symbol für den Transgender-Trend unter Jugendlichen bekannt geworden. Innerhalb eines Jahrzehnts haben sich die Zahlen mehr als verzwanzigfacht, auf zuletzt pro Jahr rund 2500 Kinder und Jugendliche aus dem ganzen Land, die wegen angeblicher Genderidentitätsstörung an die Klinik überwiesen wurden. Drei Viertel der Patienten sind Mädchen.

Einige von ihnen haben inzwischen ihren damaligen Weg zur Geschlechtsumwandlung bitter bereut. Die bekannteste Kritikerin ist Keira Bell, sie ist sogar vor Gericht gezogen. „Ich hätte niemals mein Gender mit 16 Jahren ändern sollen“, sagt sie. „Gender“ steht in der Gender-Theorie für das soziale oder gefühlte Geschlecht, im Unterschied zum biologischen Geschlecht („Sex“). Bei Bell hatte man nach wenigen, kurzen Sitzungen die Diagnose bestätigt, dass das Mädchen ein „Transgender“ sei. Mit 16 bekam sie die Pubertätsblocker-Medikamente verschrieben, mit 17 eine Hormontherapie, als deren Langzeitfolge sie bis heute eine tiefere Stimme hat. Ihr wuchsen Barthaare. Mit 20 ließ sich Keira Bell die Brüste wegoperieren, was große Narben hinterließ. Bald darauf aber bereute sie all das und „detransitionierte“ zurück zur Frau.

Zeitgeisttrend und Gruppendruck

Sie sagt heute, dass sie als Jugendliche einfach in einer tiefen psychischen Krise gesteckt habe und die Ärzte am Tavistock sie nicht richtig über die Konsequenzen und Langzeitfolgen der Pubertätsblocker aufgeklärt hätten. Heutige Studien zeigen, dass die Medikamente unter anderem das Knochen- und Hirnwachstum negativ beeinflussen. Dass die umstrittene Klinik nun bald schließen muss, freut Keira Bell. Sie sei „über den Mond“, sagte sie der BBC, was übersetzt in etwa „überglücklich“ bedeutet. „Viele Kinder werden jetzt davor bewahrt, denselben Weg zu gehen, den ich genommen habe.“

Kritiker des Tavistock-Zentrums sagen, dass die „Transition“, also die Umwandlung zum anderen Geschlecht, viel zu schnell und leichtfertig beschlossen werde und dass psychisch labile Kinder und Jugendliche, die in ihrer Geschlechtsidentität unsicher sind, regelrecht in diese Richtung gedrängt würden. Bei vielen „Gender Dysphorie“-Patienten spielt zudem Autismus eine Rolle. Inzwischen ist ein regelrechter Zeitgeisttrend und Gruppendruck entstanden, besonders unter unsicheren Mädchen. In einem Kommentar schreibt der „Daily Telegraph“, dass es möglicherweise eine jugendliche „Massen-Hysterie, verstärkt durch das Internet“ gebe.

Über die Jahre bekam das Tavistock-Zentrum einen immer schlechteren Ruf, doch Kritiker wurden als „transphob“ gebrandmarkt und zum Schweigen gebracht. Den Anstoß für die Schließung gab schließlich ein Gutachten der angesehenen Kinder- und Jugendärztin Hilary Cass, die der Einrichtung ein schlechtes Zeugnis ausstellte und sie als ungenügend beurteilte. Es gebe keine Qualitätskontrollen, die Behandlungen seien willkürlich, über die Pubertätsblocker wisse man zu wenig. Der NHS wird nun regionale Zentren für Jugendliche mit der Diagnose „Gender-Störung“ eröffnen, in London, Manchester und Nordengland. Dort sollen die Jugendlichen „ganzheitlich“ behandelt werden, also auch mit Blick auf andere psychische und neurologische Störungen.

Gegenbewegung ausgelöst

Die Schließung der berüchtigten Gender-Klinik bedeutet für die Trans-Bewegung in Großbritannien einen Rückschlag. Zu den einflussreichen Trans-Lobbyorganisationen für Kinder zählt „Mermaids“ (Meerjungfrauen), die gute Beziehungen zum NHS und zu Ministerien unterhält und teils hohe Spenden bekommt, etwa von der National Lottery, von Starbucks oder der Modekette Boohoo. Nachdem sich negative Kommentare häuften, hat die Boohoo-Modetochter„Pretty Little Thing“ auf Twitter ihr Spendenversprechen gelöscht.

Über Jahre wirkte „Mermaids“ eng mit Tavistock zusammen. Die Aktivistenorganisation, geleitet von einer Frau, die ihr Kind schon mit 16 Jahren in Thailand chirurgisch geschlechtsumwandeln ließ, verkauft sich als Anwalt von Kindern in Not. Kritiker sagen, dass sie den Trans-Trend verstärke. Die feministische Philosophin und Gender-Kritikerin Kathleen Stock schrieb nach der Nachricht über das Tavistock-Aus, als nächstes solle „Mermaids“ aufgelöst werden.

Wie tief sich die Transgender-Ideologie schon in viele Institutionen hineingefressen hat, zeigte eine andere Nachricht aus Großbritannien: Im Entwurf einer neuen Richtlinie für Geburtskliniken und Ärzte des NHS ist nicht mehr von Müttern und Muttermilch die Rede, sondern von „gebärender Person“ und „Menschenmilch“, um schwangere und gebärende „Transmänner“ nicht auszuschließen. Die Sprache solle „trans-freundlicher“ werden, teilte das Royal College der Geburtshelfer und Gynäkologen mit. Andererseits zeigt sich in Großbritannien auch, dass der Gender- und Trans-Hype eine Gegenbewegung ausgelöst hat. Medien berichten fast täglich – und zwar durchaus kritisch – über neue Vorstöße der LGBTI-Lobbyorganisationen, die alle Institutionen durchdringen wollten. Besonders einflussreich ist die mit einem Millionenbudget, teils auch durch staatliche Förderung, ausgestattete Organisation Stonewall. Sie hat sich von einer Gruppe für Schwulen- und Lesben-Rechte gewandelt und nun stark auf Transgender-Aktivismus verlegt.

Für teures Geld zertifiziert die Organisation Unternehmen und Ministerien, ob diese genug für „Diversity“ tun. Alle Toiletten sollen beispielsweise genderneutral werden. Gegen den Zugang von „Transfrauen“ (also biologischen Männern) in Frauen-Räume wie gemeinsame Sportumkleiden, Duschen, Frauenhäuser oder Frauengefängnisse regt sich allerdings viel Widerstand. Die Tory-Regierung hat beschlossen, die Zusammenarbeit mit Stonewall herunterzufahren.

MEDIEN

Der Relotius-Skandal kommt in die Kinos

„Tausend Zeilen“: Erfolgsregisseur Herbig hat den Fall des „Spiegel“-Lügenreportes zu einer Komödie verarbeitet

Am 29. September soll der neueste Film von Michael „Bully“ Herbig in die deutschen Kinos kommen. Es geht um den früheren „Spiegel“-Starjournalisten Claas Relotius, der sich als politisch korrekter Märchenerzähler entpuppte. Der Streifen basiert auf dem Buch („Tausend Zeilen Lüge – Das System Relotius und der deutsche Journalismus“) von Juan Moreno.

Der Titel des Films, „Tausend Zeilen“, lehnt sich daran an, wenn auch der „Spiegel“ nun „Chronik“ heißt und Relotius zu Lars Bogenius sowie Moreno zu Juan Romero mutiert. Bogenius alias Relotius wird von Jonas Nay gespielt, der bislang vornehmlich in TV-Produktionen wirkte. Den Romero alias Moreno verkörpert Elyas M’Barek – bekannt durch die Komödie „Fack ju Göhte“.

Herbig zweideutig: „Ähnlichkeiten mit unwahren Ereignissen könnten zufällig zutreffen. Die Fakten werden aber mit Sicherheit verdreht, damit’s am Ende stimmt!“ Der Regisseur hatte sich mit Hermann Florin einen erfahrenen und erfolgreichen Drehbuchautor gesichert. Dessen letzter Film, „Der Junge muss an die frische Luft“, war jedenfalls ein Erfolg. Florin verspricht, dass der Stoff „viel über unsere politische und mediale Realität erzählt“. Damit ist die Brisanz des Streifens erklärt, denn die Glaubwürdigkeit der Mainstream-Medien in Deutschland nimmt immer weiter ab. Sollte ein Millionenpublikum „Tausend Zeilen“ anschauen, dürften dies das Misstrauen weiter beflügeln.

Mit geballter Faust in der Tasche

Gedreht wurde vom 29. Oktober bis zum 1. Dezember 2019 in München, Berlin, Hamburg und Spanien. Da die Arbeit sehr konzentriert ablief, konnte der Film in nur gut vier Wochen fertiggestellt werden. Die Filmmusik steuerte Ralf Wengenmayr bei, der für Herbig-Filme schon gelegentlich tätig war. Die Produktionsfirma UFA Fiction in Potsdam hatte im Frühjahr 2019 die Rechte an Morenos Buch erworben. Sebastian Werninger, Geschäftsführer und Produzent bei UFA Fiction, schwärmt: „Eine bessere Geschichte kann man für die große Leinwand kaum finden.“

Herbig hat schon in der Vergangenheit gezeigt, dass er sich nicht scheut, heikle Themen als Regisseur oder Schauspieler ins Bild zu setzen. „Ballon“ (2018), „Hotel Lux“ (2011) und Helmut Dietls letzter Film „Zettl“ haben das unter Beweis gestellt. Seit einigen Tagen sind zwei Trailer von „Tausend Zeilen“ im Internet abrufbar, sodass sich potentielle Kinogänger ein erstes Bild machen können.

Ob das Ganze verniedlichend eine „Mediensatire“ oder eine moderne Hochstaplergeschichte ist oder besser doch als Drama beziehungsweise Tragödie bezeichnet werden sollte, mag dahingestellt sein. „Tausend Zeichen“ zu ignorieren oder niederzuschreiben können sich die führenden Blätter angesichts des noch frisch in Erinnerung befindlichen Themas nicht leisten. Also wird gelobt und geworben – mutmaßlich mit geballter Faust in der Hosentasche. *Frank Bücker*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung · Gegründet 1950 · Nr. 32 · 12. August 2022

ALLENSTEIN

Endhaltestelle Hohes Tor

Im Zentrum der Stadt entsteht ein Verkehrsknotenpunkt – Kein Geld für Ausgrabungen

VON DAWID KAZANSKI

Mit Sommerbeginn gingen die Arbeiten zur Verlängerung der Straßenbahnlinie im Zentrum Allensteins los. Neben einer Endhaltestelle entstehen Bahnsteige und ein Knotenpunkt vor dem Hohen Tor. Zu den Arbeiten gehört auch die Sanierung der Infrastruktur, einschließlich der unterirdischen Anlagen in diesem Gebiet. Auf dem Platz vor dem Hohen Tor fanden Arbeiten des Allensteiner Wasser- und Abwasserunternehmens statt. Das Unternehmen verlegte eine Hauptversorgungsleitung mit einem Durchmesser von etwa einem halben Meter. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, dass sich die scheinbar einfache Aufgabe als schwieriger gestaltet denn ursprünglich angenommen.

Alte Wasserleitungen entdeckt

Es hat sich nämlich herausgestellt, dass es auf dem Gelände nicht inventarisierte Netze von Wasserleitungen gibt, sodass es unmöglich ist, die Hauptversorgungsleitung an dem vorgesehenen Ort zu verlegen. Die Sprecherin des Wasser- und Abwasserunternehmens, Anita Chudzinska, betonte, dass sich die Bauarbeiten auf dem Platz vor dem Hohen Tor um mindestens zwei Monate verlängern werden. Die Probleme mit der Erneuerung der Wasserleitung beeinträchtigen jedoch nicht die Arbeiten an der Straßenbahn, und die Baufirma, die die Endhaltestelle und den Umsteigeknoten bauen soll, wird bald im Stadtzentrum eintreffen. Diese beiden Bauvorhaben werden parallel laufen. Gleichzeitig versuchen die städtischen Behörden, Mittel für die Freilegung des vor Jahren entdeckten Barbakans vor dem Hohen Tor aufzubringen.

„Es ist uns sehr wichtig, dass anlässlich des Umbaus des Platzes, auf dem sich die Straßenbahnendhaltestelle befinden wird, ein Projekt zur Weiteraufdeckung der Verteidigungswerke durchgeführt wird. Das ist ein perfektes Zeitfenster, denn jetzt ist das gesamte Gebiet gesperrt, sodass ein Unternehmen, das diese Arbeiten durchführen könnte, keine zusätzlichen Hindernisse in Kauf nehmen müsste“, sagte Marta Bartoszewicz, Sprecherin des Allenstein Stadtamtes: „Trotz unserer Bemühungen war es uns leider nicht möglich, eine externe Finanzierung für diesen Zweck zu erhalten, und deshalb wollen wir nach den Ferien die Stadträte nach der Möglichkeit fragen, diese Aufgabe aus eigenen Mitteln zu erfüllen. Wenn der Vorschlag angenommen wird, kann man die Arbeiten im Herbst ausschreiben.“

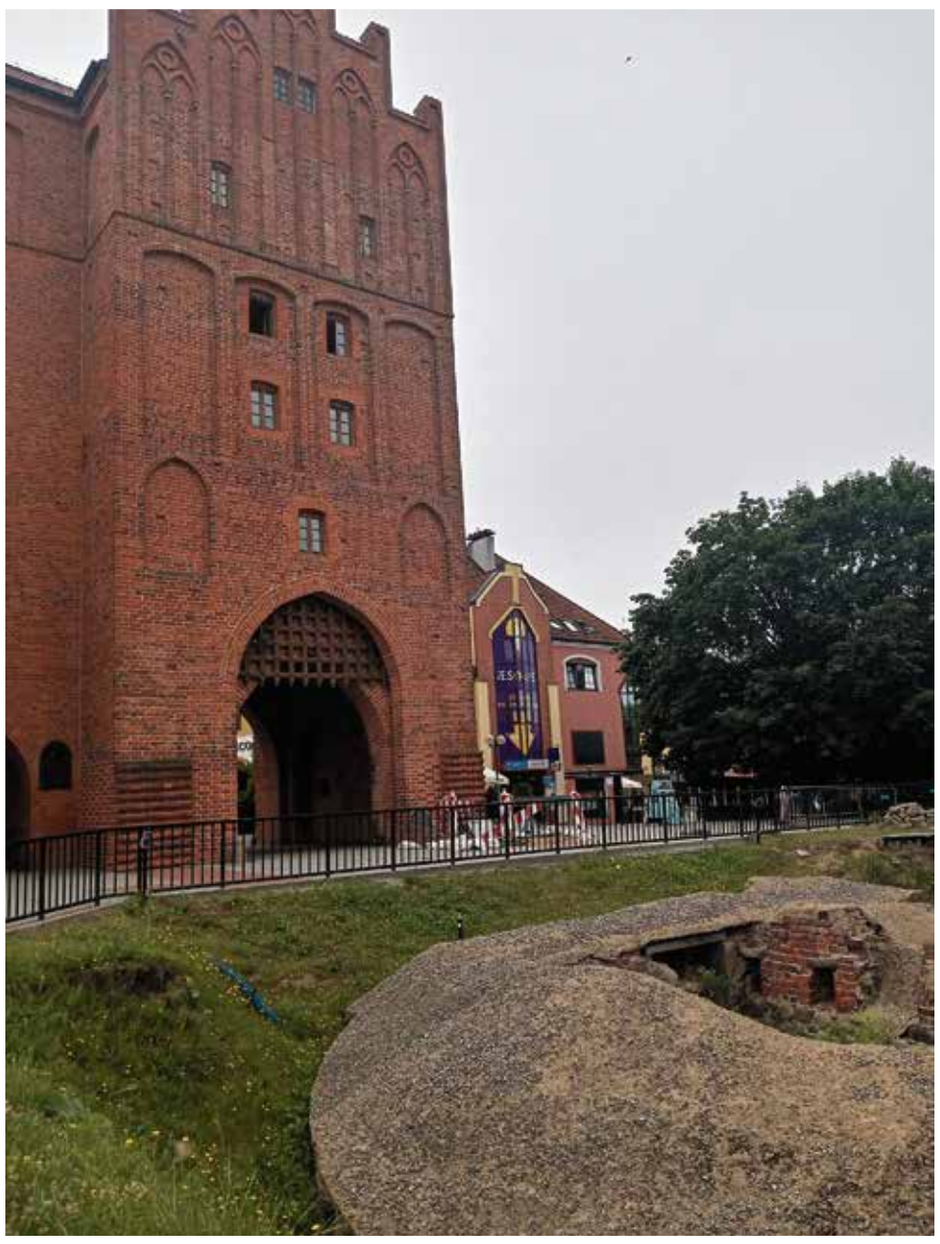


FOTO: D.K.

Soll zum Schutz zugeschüttet werden: Freigelegte Barbakane vor dem Hohen Tor

Die Überreste der Verteidigungsbastei kamen während des Baus der Straßenbahnlinie zum Vorschein. Die ersten Fragmente der mittelalterlichen Stadtmauer wurden bei der Neugestaltung des „Platzes der slawischen Einheit“ im Jahr 2012 enthüllt. Das ist eine der wichtigsten archäologischen Entdeckungen in der Geschichte Allensteins. Schon allein deshalb, weil die Festungsanlagen zu der Zeit gebaut wurden, als Nicolaus Copernicus in der Allensteiner Burg lebte.

Gefunden wurden im Jahr 2012 nicht nur die Befestigungsanlagen, sondern auch Münzen, Tonwaren sowie Kanonen- und Keramikkugeln, mit denen die Infanterie beschossen wurde. Ein Jahr später wurden weitere Überreste freigelegt, diesmal von Befestigungsanlagen, die den Eingang zur Stadt verteidigten. Archäologen entdeckten einen Teil der Barbakane oder des Tors mit Zugbrücke. Die Ausgrabung wurde eingezäunt.

Ausgrabungen droht der Verfall

Ringsherum wurden Tafeln angebracht, die über die Gestalt der mittelalterlichen Stadt informierten. Später verfielen die archäologischen Funde. Die Stadteinwohner gewöhnten sich an den Anblick, und die Touristen schauten in das Ausgrabungsloch mit dem Gedanken, dass Renovierungsarbeiten im Gange seien. Im Herbst 2015 wurde eine provisorische Dämmschicht aus Kalk-Zement-Mörtel aufgebracht, Anfang 2021 entschied das Rathaus, dass das enthüllte Verteidigungswerk geschützt und zugeschüttet werden sollte.

Im städtischen Haushalt wurde bislang kein Geld für die Freilegung und Sanierung des Geländes gefunden. Die geplante Verschüttung der Ausgrabungen stellt eine vorläufige Maßnahme dar, um die Ausgrabungsstelle vor widrigen Witterungsbedingungen zu schützen. Es sei daran erinnert, dass der Denkmalschutzbeauftragte bei der Entdeckung der Barbakane den Bau eines Bahnsteigs an dieser Stelle ablehnte, weil dadurch die Überreste unter der Erde beschädigt werden könnten. Es wurde nur ein Gleis gebaut, sodass längere Pausen und ein gegenseitiges Vorbeifahren der Straßenbahnen nicht möglich waren.

Nun ist die nächste Phase der Bauarbeiten angelaufen. Auf dem Platz werden zwei Straßenbahngleise entstehen, die an das bereits verlängerte Gleis in der Zeppelin-Straße anschließen. Die Abzweigung wird hinter dem Fußgängerübergang zwischen dem Kaufhaus und dem Hohen Tor erfolgen.

MELDUNGEN

Neuer Bürgermeister

Hohenstein – Seit dem 24. Juli hat Hohenstein einen neuen Bürgermeister. Wie die städtische Wahlkommission angab, entfielen auf den Sieger der vorgezogenen Wahlen, Robert Waraksa, 2489 (63,4 Prozent) der gültigen abgegebenen Stimmen. Waraksa selbst hatte mit einer Stichwahl gerechnet. „Ich bin positiv überrascht. Bei sechs Kandidaten war ein zweiter Wahlgang zu erwarten. Das ist ein großer Vertrauensvorschuss“, äußerte er sich gegenüber Radio Olsztyn. Die Wahlen waren wegen des Todes des bisherigen Amtsinhabers Mirosław Stegienko Anfang Mai nötig geworden. Eine der ersten Aufgaben seines Nachfolgers sind Gespräche mit einer Gesellschaft aus Lodsch, die im Ort Wenigsee bei Hohenstein einen Vergnügungspark errichten will. Für den geplanten Park hat sie am Ufer des gleichnamigen Sees ein Gelände erworben, durch den die Eisenbahnlinie Allenstein-Warschau verläuft. In Zukunft soll dort auch ein Haltepunkt entstehen. *U.H.*

Neue Kopie der Wasserträgerin

Rauschen – Eine Kopie von Hermann Bracherts Skulptur „Wasserträgerin“, die in Italien angefertigt wurde, wird in Kürze in Rauschen eintreffen. Sie sollte schon Anfang des Jahres ins Königsberger Gebiet gebracht werden. Es gab jedoch Probleme mit der Logistik, und die Route der Lieferung ging über Wladiwostok nach Moskau. Eine Kopie der „Wasserträgerin“ war bereits am 31. August 2021 im Lärchenpark von Rauschen aufgestellt worden, doch die Anwohner waren mit der Arbeit unzufrieden und beschwerten sich bei der Verwaltung. Der Auftragnehmer musste die Arbeiten daraufhin auf eigene Kosten erneuern. Das Original der Skulptur befindet sich im Brachert-Museum in Georgenswalde. *MRK*

KÖNIGSBERG

Stadtfest mit Einschränkungen

Erstmals nach zwei Jahren wurde das Stadtfest wieder gefeiert, jedoch ohne Stars und Feuerwerk

Zum ersten Mal seit 2019 wurde in Königsberg das Stadtfest gefeiert, das wegen der Corona-Pandemie zwei Jahre lang nicht stattfinden konnte. Ungeachtet des Krieges in der Ukraine beschloss die Stadtverwaltung, den Bürgern das Fest möglichst bequem zugänglich zu machen. Es wurde in vier Themenbereiche unterteilt. Im Park Luisenwahl wurden unter dem Motto „Königsberg – Stadt der Baukunst“ verdiente Vertreter des Baugewerbes geehrt. „Kaliningrader Abend“, ebenfalls in Luisenwahl, galt den Auftritten von Orchestern und Künstlergruppen. An der Kreuzung Hornstraße [Sergeant-Koloskova-Straße] und Hufenallee [Prospekt-Mira-Straße] gab es ein Freiluftkino, in dem Kurzfilme und Zeichentrickfilme gezeigt wurden.

Auf besonderes Interesse der Besucher stieß die Gastronomie am Haupteingang des Baltika-Stadions auf dem Walter-Simon-Platz. Hier erwarteten alle abwechslungsreiches sogenanntes Streetfood und ein musikalisches Programm. Die „Kaliningrader Stadt der Handwerker“ erstreckte sich von den Kämpfenden Auerochsen bis zum Dramentheater. In der Nähe der Kinderkunstschule gab es einen Kreativbereich, in dem die jungen Gäste des Fests ihren künstlerischen Talenten freien Lauf lassen konnten. Sie malten sowohl auf Papier als auch auf dem Asphalt.

Gut besucht trotz Regen: Oldtimer-Ausstellung in der Kniprodestraße *Foto: J.T.*

In diesem Jahr wurde auch ein Pavillon des öffentlichen Gesundheitszentrums im Baltika-Stadion aufgestellt. So bestand die Möglichkeit, sich von Ärzten verschiedener Fachrichtungen und einem Ernährungsberater Ratschläge einzuholen, den Blutzuckerspiegel und den Blutdruck zu messen und einen anonymen HIV-Schnelltest zu machen. Es war das erste Mal, dass am Tag der Stadt eine solches Angebot gemacht wurde. Offenbar spielte die Tatsache eine Rolle, dass das Stadtoberhaupt, Jewgenij Ljubowyj, vor seiner Wahl im vergangenen Jahr Chefarzt des städtischen Notfallkrankenhauses war.

„Autostadt Kaliningrad“ in der Kniprodestraße [Teatralnaja-Straße] erfreute die Besucher mit einer Ausstellung von Oldtimern. Daneben gab es viele weitere Veranstaltungen.

In diesem Jahr gab es jedoch weder Galakonzerte mit Stars noch ein Feuerwerk. Elena Djatlowa, die Leiterin der Stadtverwaltung von Königsberg, sagte: „Ich denke, es wäre falsch, in einer so schwierigen Zeit Geld für Feuerwerk auszugeben. Wir haben den Betrag für die Feierlichkeiten weder erhöht noch gesenkt, der Betrag wurde letztes Jahr angenommen“, sagte der Verwaltungschef.

Trotz der eher bescheidenen Mittel waren die Feierlichkeiten erfolgreich und abwechslungsreich. Da das Wetter in diesem Jahr regnerisch war, scherzte Djatlowa: „Ein echter Kaliningrader zu sein, bedeutet, keine Angst vor Regen zu haben und einen Regenschirm zu tragen. Deshalb haben heute viele mitgemacht. Es hat geregnet und die Bürger haben sich Regenschirme geteilt“. *Jurij Tschernyschew*

Wir gratulieren …

Zum 104. Geburtstag
Strupath, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 15. August

Zum 101. Geburtstag
Redetzky, Horst, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 14. August

Zum 100. Geburtstag
Junker, Gustav, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 18. August

Zum 99. Geburtstag
Fendt, Hildegard, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 12. August
Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August
Klopp, Ernestine, geb. **Baumgart**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 15. August

ANZEIGE

Zum 98. Geburtstag
Ahrens, Gertrud, geb. **Freitag**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 16. August
Kraft, Frieda, geb. **Schedlitzki,** aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 15. August
Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. August

Zum 97. Geburtstag
Brodzio, Otto, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 17. August
Ebnöther-Thurnheer, Martin, geb. **Ebnöther**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. August
Gottuck, Günter, aus Treuburg, am 17. August
Müller, Helga, geb. **Kummetz**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August
Ringat, Paul, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. August

Zum 96. Geburtstag
Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. August
Pokern, Irene, geb. **Först**, aus Fischhausen, am 14. August
Prawdzik, Regina, aus Gingen, Kreis Lyck, am 18. August

Zum 95. Geburtstag
Czytrich, Helga, geb. **Bublitz**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August
Fratzke, Ursula, geb. **Berwein**, aus Wehlau, am 14. August
Henz, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 16. August
Jerimowitsch, Inge, geb. **Kalinowski**, aus Lyck, am 18. August
Lipp, Siegismund, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. August
Nicolovius, Hans-Werner, aus Wehlau, am 12. August
Sauer, Dr. Christa, geb. **Alzuhn**, aus Lyck, am 13. August
Sewzik, Gertrud, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. August
Tabel, Edith, geb. **Oltersdorf**, aus Weidehnen, Kreis Fischhausen, am 17. August

Zum 94. Geburtstag
Feyka, Gertrud, geb. **Makulla**, aus Weidicken, Kreis Ebenrode, am 12. August
Heine, Toni, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 18. August
Joschko, Helga, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 18. August
Machnik, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 15. August
Olms, Waltraut, geb. **Bendig**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. August
Schulz, Elsa, geb. **Beyer,** aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 15. August
Werner, Josefa, geb. **Ziegler,** aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. August

Zum 93. Geburtstag
Albrecht, Ingrid, geb. **Schwahn**, aus Wehlau, am 17. August
Borris, Heinz, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 18. August
Bronnert, Werner, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 15. August
Peukert, Gretel, geb. **Joppien**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 12. August
Reese, Hildegard, geb. **Ceranski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Romanowsky, Hildegard, geb. **Wollkowski**, aus Prothainen, Kreis Mohrungen, am 16. August
Sembritzki, Kurt, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. August

Zum 92. Geburtstag
Fiedler, Eva, geb. **Wittke**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 15. August
Gerlach, Jokadia, geb. **Taut**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. August
Palluch, Lieselotte, geb. **Maleyka**, aus Gorlau, Kreis Lyck und aus Dankfeld, Kreis Lötzen, am 14. August
Radmacher, Gerhard, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 13. August
Rudloff, Emmy, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 15. August
Urbschat, Horst, aus Wehlau, am 17. August
Wegner, Ella, geb. **Kruck**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 12. August

Zum 91. Geburtstag
Alexy, Käte, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 17. August
Duddeck, Ernst, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. August
Erdt, Hilde Gerda, geb. **Slembeck**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 16. August
Gazioch, Otto, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 18. August
Gimbott, Manfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. August
Kaage, Hans-Armin, aus Lyck, am 18. August
Objartel, Ingeborg, geb. **Wilkening**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 13. August
Pilz, Elfriede, geb. **Borchert**, aus Grabnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 17. August

Hinweis
Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Spycher, Waltraud, geb. **Gläske**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 13. August
Weikam, Horst, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 13. August

Zum 90. Geburtstag
Boseniuk, Martha, geb. **Jeroschewski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. August
Eggers, Hanny, geb. **Paries**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 15. August
Engel, Margarete, geb. **Hardt**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 17. August
Kannenberg, Kurt, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 18. August
Kraschewski, Gisela, geb. **Chrost**, aus Ortelsburg, am 12. August
Kromski, Edith, geb. **Schützek**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Mäthrich, Sieglinde, geb. **Pawlack**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. August
Matthes, Edith, geb. **Arndt**, aus Metgethen, Kreis Fischhausen, am 14. August
Oppenkowski, Charlotte von, geb. **Wlost**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 18. August
Schleiwies, Leo, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 14. August
Urbanek, Ingrid, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 15. August

Zum 85. Geburtstag
Adomeit, Ewald, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 18. August
Buttkus, Horst, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 14. August
Drißner, Edeltraud, geb. **Frigolla**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 16. August
Grabowski, Renate, geb. **Dopatka,** aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Guttowski, Hannelore, aus Treuburg, am 12. August
Kath, Eleonore, geb. **Malek**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 14. August
Kloß, Manfred, aus Giesen, Kreis Lyck, am 16. August
Koschnik, Edeltraut, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 15. August
Koslowski, Walter, aus Monken, Kreis Lyck, am 18. August
Reinhardt, Walter, aus Wehlau, am 17. August
Schulz, Ingrid, geb. **Kleebaum,** aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 14. August
Siml, Gisela, geb. **Schulz**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 14. August
Stöver, Krimhild, geb. **Bulge**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 17. August
Wegner, Ute, geb. **Schwarznecker**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 18. August

Zum 80. Geburtstag
Hafft, Gertraud, geb. **Kaminski,** aus Kischienen, Kreis Neidenburg, am 16. August
Leim, Roswitha, geb. **Demenus**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. August
Meier, Jutta, geb. **Kleipödßus**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 16. August
Mittelstädt, Dr. Dietmar, aus Gusken, Kreis Lyck, am 14. August
Pilchowski, Siegfried, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 18. August
Tesch, Lieselotte, geb. **Mauritz**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 17. August
Wichert, Gisela, geb. **Buttkereit,** aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 15. August

Zum 75. Geburtstag
Daase, Renate, geb. **Javorowski**, aus Preußisch Mark, Kreis Mohrungen, am 12. August
Kurella, Karl, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Pudlat, Dieter, aus Ebenrode, am 13. August
Schaller, Waltraut, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 16. August

Zusendungen für die Ausgabe 34/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 34/2022 (Erstverkaufstag 26. August) **bis spätestens Dienstag, den 16. August**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen

Donnerstag, 11. August, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: Kinderclub für Schulkinder von 7 bis 12 Jahren mit Jenke Eichhorn „Im Garten des Malers – Impressionistische Malerei“
Kinder werden die Malweise des berühmten französischen Malers Claude Monet kennenlernen und in der Kunstsammlung des Museums auf die Suche nach impressionistischen Bildern gehen. Anschließend kann diese Malweise selbst ausprobiert werden. Anmeldung per E-Mail: bildung@ol-lg.de oder unter Telefon (04131) 759950..

Dienstag, 16. August, 14.30 Uhr, 3,- Euro zuzüglich ermäßigter Eintritt (mit Kaffee, Tee und Gebäck): Vortrag von Eike Eckert „Macht, Pracht und Intrigen – die Karriere des Zarinnen-Günstlings Ernst Johann von Biron (1690 – 1772), Herzog von Kurland und Semgallen“.

Eine Anmeldung per E-Mail: info@ol-lg.de oder unter Telefon (04131) 759950 ist erforderlich.

Mittwoch, 24. August, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,- Euro: Vortrag von Professor Winfrid Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf, und Katja Schlenker, Kuratorin der Stiftung:

„Ein Schuster aus Tilsit und ein falscher Hauptmann in Köpenick. Zum 100. Todestag von Wilhelm Voigt (1849–1922)“.
.
Eine Anmeldung per E-Mail: info@ol-lg.de oder unter Telefon (04131) 759950 ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung
Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg

Donnerstag, 25. August 2022, 15.00 bis 17.00 Uhr, Eintritt frei!
„Das Meer in der Kunst“
Kinderclub mit Jenke Eichhorn
Passend zum Sommer beschäftigen sich die Kinder mit dem Meer in der Kunst.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 7 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger

Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-lg.de jederzeit möglich.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4,
22087 Hamburg
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de,
Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Treffen der Gruppe

Hof – In der nächsten Veranstaltung wird es um den Mauerbau am 13. August und das ostpreußische Wappentier, den Elch, gehen.

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle**: Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Veranstaltungen

Bremen – Die Donnerstags-Sprechstunden in der Geschäftsstelle Parkstraße 4 in Bremen (Telefon 0421-3469718) werden ab dem 18. August, 15 bis 17.30 Uhr mit dem Vorverkauf für den „Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken“ wieder aufgenommen.

Die Veranstaltung im Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen, findet am Sonnabend, 3. September, ab 15 Uhr statt und beginnt mit einer Kaffeetafel. Im Begleitprogramm wird uns die „Musikerfamilie Sattelmaier aus Gifhorn“ ein Volks- und Heimatliederprogramm (vokal und instrumental) aus Schlesien sowie Ost- und Westpreußen vortragen.

Die Preise der Veranstaltung betragen: Eintritt und Abendessen (Schmandschinken oder Beetenbartsch) 17 Euro, Eintritt und Abendessen (Gemüseteller) 13 Euro. Ein Eintritt ohne Teilnahme am Essen ist aus organisatorischen Gründen nicht möglich.

Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene Machandel enthalten. Eine Anmeldung in unserer Geschäftsstelle ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einstehen müssen!

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender:: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Tel. (06151) 148788

Erntedank

Kassel – Donnerstag, 1. September, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldatalstraße 140, Kassel-Wolfsanger: „Erntedank im Osten und im Westen“.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende**: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin**: Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle**: Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail**: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet**: Ostpreussen-NRW.de

Sommer in Ostpreußen

Bielefeld – Leider konnte der Heimatnachmittag am 18. Juli nicht stattfinden.

Am Montag, dem 15. August, trifft sich die Gruppe der Ost-, und Westpreußen in Bielefeld wieder zu einem gemütlichen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen in fröhlicher Runde zum Thema: „Sommer in Ostpreußen“ mit einem Bericht vom Sommerfest der Deutschen Minderheit in Ermland und Masuren, im Freilichtmuseum in Hohenstein [Olsztynek]. Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde Ostpreußens.

Treffpunkt ist im Gasthaus – Restaurant Bültmannshof „Das Wirtshaus 1802“ in der Kurt-Schumacher-Straße 17a, in 33615 Bielefeld, um 15 Uhr, zu erreichen mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“. Haltestelle „Bültmannshof“.

Voranmeldung bitte bei Frau Barbara Dörr, Telefon (0521) 82026, oder Gertrud Riede, (05202) 5584. Wir freuen uns auf Ihr Kommen. Mit heimatlichen Grüßen, der Vorstand.

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Bad Nenndorf – Von Freitag, 9. September, bis Sonntag, 11. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistagssitzung. Die Delegierten treffen sich schon am Freitag, 9. September, zur Kreistagssitzung/Delegiertenversammlung. Für die ersten Besucher des Treffens werden im Raum „Luzern“ des Hotels Film-Vorträge gezeigt.

Am Sonnabend, 10. September, öffnet das Tagungsbüro und die Besucher haben Gelegenheit, Filmvorträge aus der Heimat zu sehen. Um 12 Uhr beginnt das Mittagessen im Restaurant und um 14 Uhr ist Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Es folgen geistliche Worte und außerdem Grußworte des Landrats der Partnerstadt Nordhorn Uwe Fietzek. Danach werden Ehrungen und Rechenschaftsberichte sowie Wirtschafts- und Ertragsplan durch den Versammlungsleiter vorgetragen. Außerdem berichten die Kirchspielvertreter über Altes und Neues aus den jeweiligen Kirchspielen. Danach bleibt noch genug Zeit zum Plachandern und für Musikvorträge.

Am Sonntag, 11. September, ist Gottesdienst in der Kirche Steinhude sowie Ausklang im Hotel Esplanade. *Manfred Romeike*

Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. **Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahltskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Treffen Seestadt Pillau e.V.

Eckernförde – Sonnabend, 10. September, bis Sonntag, 11. September, 16 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3: 68. Pillauer Treffen in der Patenstadt Eckernförde. Dazu laden wir herzlich ein und freuen uns auf ein Wiedersehen.

Das Treffen beginnt am Sonnabend, dem 10. September, um 16 Uhr, mit der Sitzung der Gemeinschaftsvertretung in der Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3, Gäste sind willkommen. Zum gemeinsamen Abendessen, Gedankenaustausch oder einfach Klönen haben wir einen separaten Raum im Restaurant Montenegro, Jungfernstieg 135 (am Innenhafen), ab 18 Uhr gebucht.

Der Festakt am Denkmal des Großen Kurfürsten findet wie gewohnt am Sonntag um 12 Uhr statt.

Ab 13.30 Uhr treffen wir uns dann wieder im Montenegro zum Mittagessen, auch Kaffeetrinken und Abendessen bis 20 Uhr sind vor Ort möglich. Ein Unterhaltungsprogramm ist noch in Vorbereitung. Vom Denkmal bis zum Restaurant wird ein Fahrdienst vom Verein organisiert und bezahlt. *Christina Ziegler*

ANZEIGE

Wer Dich gekannt hat, der weiß,
was wir verloren haben.

Ilse Ruoff
geb. Hennigs
∗ 31. Juli 1930 † 10. Juli 2022

In Liebe und Dankbarkeit
Dr. Manuel Ruoff
Hilke Jantzen, geb. Hennigs

In liebevoller Erinnerung
Horst Ruoff † 13. März 2011
Werner Jantzen † 7. Januar 2012

Die Beerdigung hat im engsten Kreise stattgefunden.

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Unser Hauptkreistreffen

Zu unserem diesjährigen Hauptkreistreffen laden wir alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, am 1. und 2. Oktober 2022 nach Bad Nenndorf ein. Unser Veranstaltungsort ist das Hotel Esplanade in der Bahnhofstraße 8, in dem uns Räume zur Verfügung stehen.
Folgendes Programm ist geplant (Änderungen vorbehalten):

Sonnabend, 1. Oktober 2022
9 Uhr Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Infotisch mit Ansichtsexemplaren unserer Publikationen);
9–11.30 Uhr Kreistagssitzung;
im Laufe des Tages: Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten aus dem Heimatkreis und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung)
15–17 Uhr Vortrag „Die jüdische Gemeinde Nordenburg. Geschichten, Menschen, Schicksale – der aktuelle Stand der Forschung“ (Rolf Dyckerhoff, Wiesbaden)
18 Uhr Gemeinsames Abendessen;
ca. 19.30–21 Uhr Ostpreußischer Abend mit Herbert Tennigkeit zum Thema „Meine Heimat Ostpreußen – Woher kommen die Marjellchen?“; danach Gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen (gemeinsame Gestaltung; eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen)

Sonntag, 2. Oktober 2022
9 Uhr Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Esplanade (Infotisch mit Ansichtsexemplaren unserer Publikationen)
11 Uhr Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade (Begrüßung durch den Kreisver-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
☐ Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
☐ Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus
Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffahrts- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

treter, Grußworte, Ostpreußischer Festvortrag, Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, gemeinsamer Gesang des Ostpreußenliedes); anschließend Gelegenheit zum Mittagessen im Veranstaltungsraum, zum gemütlichen Beisammensein und Gesprächen mit den Landsleuten.

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Esplanade, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de, wo für die Besucher des Treffens Einzelzimmer und Doppelzimmer mit Frühstück zum Sonderpreis von 68 Euro beziehungsweise 99 Euro pro Nacht zur Verfügung stehen. Bitte geben Sie bei der Buchung das Stichwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ an.

Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen in Bad Nenndorf begrüßen zu können.

Walter Mogk,
Kreisvertreter

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin**: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dokom.net; **2. Stellvertreterin**: Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart**: Arnold Hesse, Amselstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil am 10. und 11. September 2022

Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf. Kommen auch Sie am 10. und 11. September in das Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf bei Hannover.

Wir – der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie Gemeindevertreter – freuen uns auf Sie.

Anfahrt zum Hotel Haase: Aufgrund der Lage am westlichen Ortsrand von Burgdorf ist das Hotel Haase problemlos und schnell aus allen Richtungen über die umliegenden Autobahnen zu erreichen.

Gäste, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen möchten, finden in 800 Meter Entfernung den örtlichen Bahnhof mit direktem S-Bahn-Anschluss an den Hauptbahnhof Hannover.

Sonnabend, 10. September:
9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“ in Burgdorf, Lehrter Str. 12
10.30 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park
Ab 10.15 Uhr fährt ein Bus vom Hotel Haase hin und zurück.
11.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im „Hotel Haase“
15.30 Uhr: Sondertreffen „Zinten-Stadt“ (für alle)
Ab 18.30 Uhr Gemütliches Beisammensein

Sonntag, 11. September:
9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“
ca. 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“
11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im „Hotel Haase“
Begrüßung durch die Kreisvertreterin Viola Reyentanz
Ostpreußenlied
Totenehrung (Arnold Hesse, Kreiskarteiführer und Kassenwart)
Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott ...)
Grußworte
Festansprache: Viola Reyentanz, Kreisvertreterin
Thema: „Heimattreue aus der Sicht einer Nachgeborenen“
Instrumentalstück
Schlusswort der Kreisvertreterin
Deutschlandlied 3. Strophe
16 Uhr Offizielles Ende des Hauptkreistreffens Änderungen vorbehalten

Am Abend vor dem Kreistreffen, am 9. September, 19 Uhr, findet unser traditionelles Matjesessen statt, ebenfalls im Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf.

Sommerfest Auf dem Sportplatz entlang der Dorfstraße in Karmitten, Gutshof, Kreis Samland, fanden verschiedene Feste statt. Das Bild zeigt den Einmarsch der Sportvereine. Es entstand etwa im Zeitraum zwischen 1920 und 1930 *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

Es soll all jenen, die schon am Freitag angereist sind, die Möglichkeit bieten, den Abend in geselliger und angenehmer Runde zu verbringen. Alle Landsleute und Besucher des Kreistreffens (nicht nur Funktionsträger oder Ehrengäste) sind aufgefordert, sich bei bestehendem Interesse zu melden. Die Kosten hierfür trägt jeder selbst.

Ihre verbindliche Anmeldung für dieses Matjesessen richten Sie bitte an die Kreisvertreterin Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343)-433, E-Mail: reyvio@web.de

Aufgrund von durch Corona eventuell herrschenden Einschränkungen müssen wir uns Änderungen des Programms vorbehalten.

Johannisburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 4. September, Einlass 9 Uhr, Beginn 11 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle, Dortmund: Hauptkreistreffen. TOP 1–10: Chor, Begrüßung/Bericht Kreisvertreter, Eröffnung und Begrüßung Vorstand, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bericht Kassenprüfer/ Entlastung,

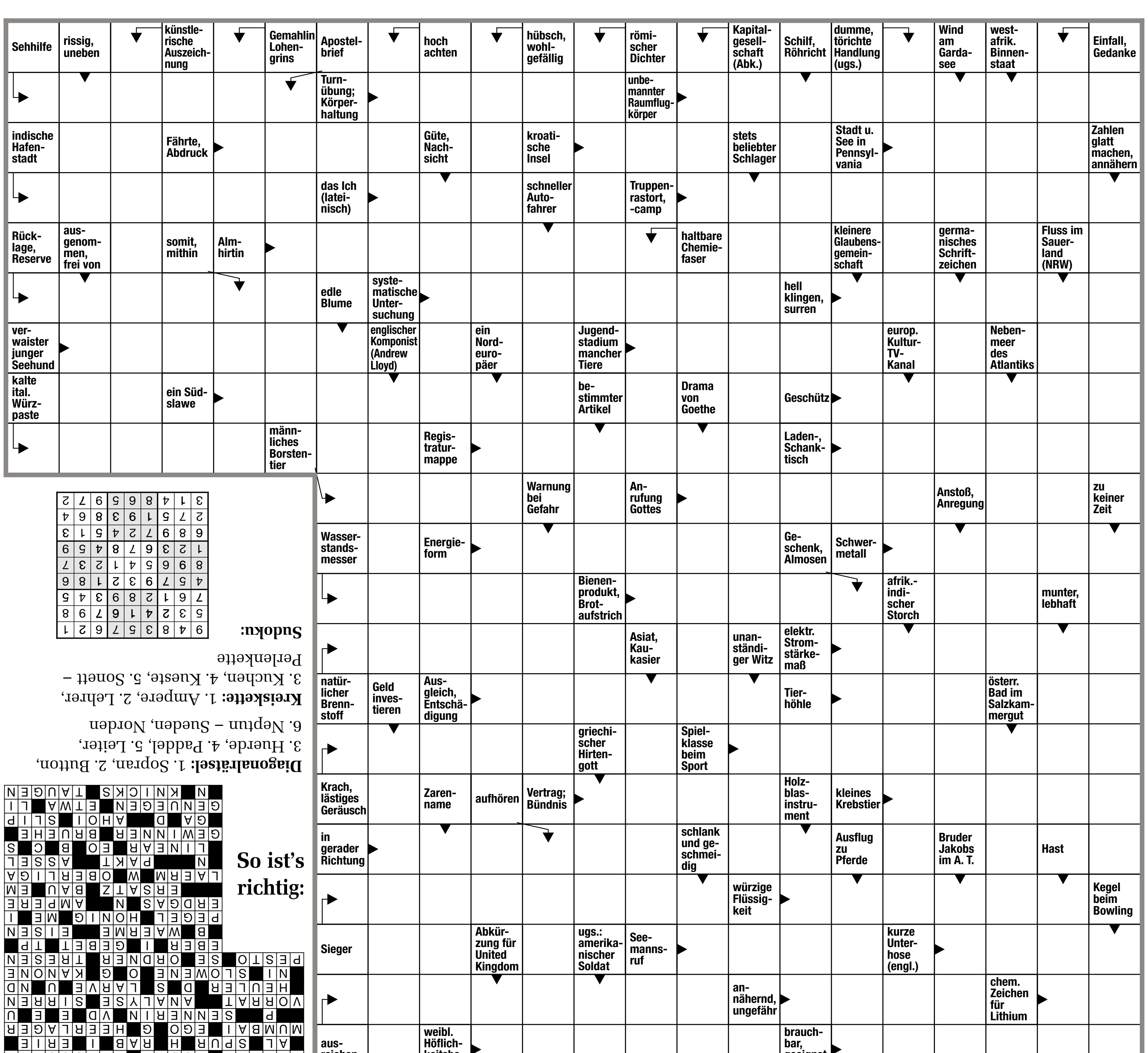
Bericht Sachstand Kreiskartei, Chor, Geistliches Wort, Gedenkminute, Planungen 2022/2023, Grußwort Patenkreis, Grußwort ROSCH, Patenschaftsbetreuer, Ehrungen/Laudatio, Chor, Schlusswort Vorstand, Chor - gemeinsames Singen.

Satzungsgemäße Änderungen vorbehalten. Einladungen zu diesem Hauptkreistreffen wurden allen Mitgliedern schriftlich satzungsgemäß übersandt.

Der Vorstand

PAZ wirkt!

Rätsel



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Sopran, 2. Button, 3. Huerde, 4. Paddel, 5. Leiter, 6. Neptun – Sueden, Norden

Kreiskette: 1. Ampere, 2. Lehrer, 3. Kuchen, 4. Kueste, 5. Sonett – Perlenkette

Sudoku:

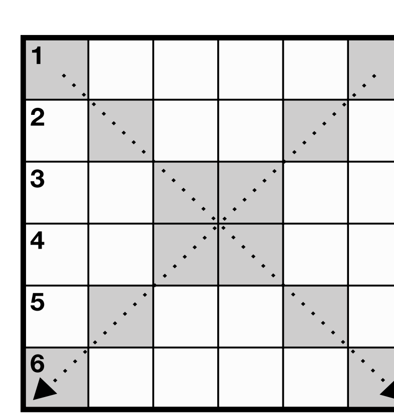
9	4	8	3	5	7	6	2	1
5	3	2	4	1	6	7	9	8
7	6	1	2	8	9	3	4	5
4	5	7	9	3	2	1	8	6
8	9	6	5	4	1	2	3	7
1	2	3	6	7	8	4	5	9
6	8	9	7	2	4	5	1	3
2	7	5	1	9	3	8	6	4
3	1	4	8	6	5	9	7	2

Sudoku

	4						2	
		2	4	1	6	7		
7		1				3		5
		7	9		2	1		
	9						3	
		3	6		8	4		
6		9				5		3
		5	1	9	3	8		
	1						7	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



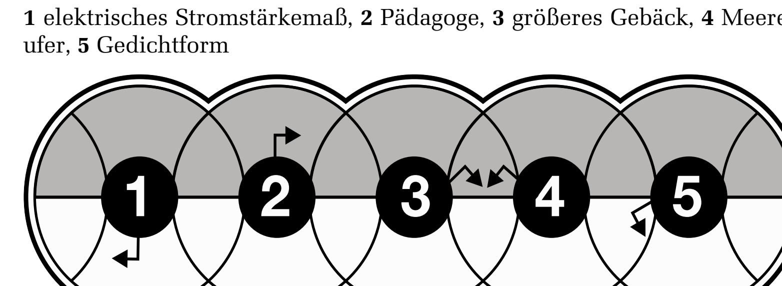
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Himmelsrichtungen.

1 hohe Stimmlage
2 Ansteckplakette
3 Hindernis
4 Bootszubehör
5 Sprossenstiege
6 römischer Meeresgott

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Schmuckstück.

1 elektrisches Stromstärkemaß, **2** Pädagoge, **3** größeres Gebäck, **4** Meeresufer, **5** Gedichtform



Heimatkreisgemeinschaften

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de **Stellvertreterin**: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Wechsel in der Redaktion „Lötzener Heimatbrief“ und Mitgliederversammlung

In der Redaktion des Lötzener Heimatbriefes gibt es eine Veränderung: Die Leitung der Redaktion, die langjährig in den bewährten Händen von Herrn Manfred E. Fritsche (mef) gelegen hat, wird neu besetzt.

Herr Fritsche hat anderweitig ehrenamtliche Aufgaben übernommen, die ihm den zeitlichen Einsatz für den Heimatbrief nicht mehr erlauben.

Die Bemühungen um eine Nachfolge und deren Einarbeitung wird mit ihm zusammen sehr tatkräftig vorangetrieben, damit der Heimatbrief in seiner gewohnten Qualität erscheinen kann. Neue Kontaktadresse ist kgl-redaktion@web.de.

Für seine geleistete Arbeit gilt Herrn Fritsche unser besonderer Dank und wir wünschen ihm alles Gute auf seinem weiteren Weg.

Am Sonnabend, dem 3. September um 11 Uhr, findet die Mitgliederversammlung mit Entlastung des alten Vorstandes und Vorstellung des neuen Vorstandes der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. statt.

Diese Mitgliederversammlung ist im Rahmen des Stadtteilfestes der Böcklersiedlung (Neumünster) vom 2. September bis 4. September in den Räumen des Museum, das an allen drei Tagen geöffnet ist, in der Sudetenlandstraße 18h.

Wir freuen uns auf regen Besuch! *Dieter Milewski*

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665
Lyck

Kreistagssitzung

Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur öffentlichen Sitzung des Kreistages am Sonnabend, dem 27. August 2022, 14 Uhr im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, Raum A 201 (2. Etage)

Tagesordnung
1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Wahl eines Protokollführers
2. Totengedenken
3. Ehrungen
4. Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 28. August.2021
5. Bericht aus dem Kreisausschuss
6. Aussprache zu den schriftlichen Arbeitsberichten
a) Kreisvertreterin
b) Senioren- und Glückwunschkartei
c) Karteiwart
d) Redaktion Hagen-Lycker Brief
e) Buchversand
f) Archiv – mündlich –
7. Kassenbericht 2021
a) Allgemein
b) Rowlin
8. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisausschusses
9. Haushaltsplan 2022
10. Vorbereitung auf die KT – Wahl 2023
11. Bruderhilfe
12. Lycker Treffen in Bremen und Lübeck
13. Vorausschau – Kreistreffen 2023
14. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Anträge zur Tagesordnung bitte bis spätestens 20. August 2022 schriftlich an die Kreisvertreterin einreichen.

Eine Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte ist nach § 15 der Satzung, bis spätestens 1 Woche vor dem Tag der Kreistagssitzung bei der Kreisvertreterin zu beantragen.

Wahl des Kreistages im Jahr 2023

Im Jahr 2023 findet turnusmäßig die nächste Wahl des Kreistages (Mitglieder-Vertreter-Versammlung) unserer Kreisgemeinschaft Lyck statt. Nach §10 unserer Satzung sind 15 Mitglieder des Kreistages zu wählen. Gewählt sind die Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl. Gemäß § 2 Absatz 4 der Wahlordnung hat der Kreisausschuss am 30. Januar 2022 folgenden Wahlvorschlag beschlossen:

Kandidaten:
1. **Behrendt, Klaus,** 1938 (Lyck), Sandstraße 28, 80335 München.
2. **Cub-Teufel, Adele**, 1949 (Lyck), Catenhorner Straße 49, 40882 Ratingen.
3. **Czerwinski, Siegmar**, 1939 (Andreken), Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.
4. **Czudnochowski, Dieter-J.**, 1947 (Morgengrund), Lärchenweg 23, 37079 Göttingen.
5. **Dombrowski, Werner**, 1938 (Skomanten), Am Brüngersbroich 9, 40764 Langenfeld.
6. **Donder, Reinhard,** 1941 (Kalkofen), Seebergen 2, 22956 Lütjensee.
7. **Fenner, Sebastian,** 1971 (Kalthagen), Seestraße 4, 83209, Prien am Chiemsee.
8. **Gentek, Uwe,** 1959 (Neumalken), Tuppenend 25 a, 41749 Viersen-Süchteln.
9. **Heupel, Gesine,** 1967 (Morgengrund), Bürgerstraße 35, 36199 Rotenburg a. d. Fulda.
10. **Janzig, Gerhard,** 1940 (Waiblingen), Wichernstraße 42, 42653 Solingen.
11. **John, Ewa,** 1957 (Lyck), Mittelweg 2, 54293 Trier.
12. **Kalisch, Hans Peter**, 1963 (Lyck), August-Grabbe-Siedlung 28, 31840 Hessisch Odendorf.
13. **Komossa, Manfred**, 1944 (Langheide), Theodor-Heuss-Straße 30, 96215 Lichtenfels.
14. **Mader, Heidi,** 1964 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.
15. **Mader, Marc,** 1986 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.
16. **Mader, Michael,** 1956 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.
17. **Meiburg, Dirk,** 1972 (Sarken), Patriotischer Weg 58, 18057 Rostock.
18. **Moucha, Gerdt,** 1947 (Petzkau), Haselnussweg 10, 14624 Dallgow-Döberitz.
19. **Nilson, Anorthe,** 1944 (Morgengrund), Kopenhagenstraße 18, 37079 Göttingen.
20. **Norra, Wilhelm**, 1938 (Sareiken), Anna-Spiegler-Straße 67, 28277 Bremen.
21. **Pistorius, Günter,** 1954 (Keipern), Mannesmannstraße 2, 58452 Witten
22. **Schenkewitz, Andreas**, 1956 (Maschen), Am Wall 65, 15366 Hoppegarten.
23. **Schneider, Herbert,** 1940 (Fließdorf), St.-Ulrich-Straße 2, 86899 Landsberg a. L.
24. **Vogel, Hans Ulrich,** 1957 (Lindenfließ), Ilenbrook 24, 21107 Hamburg.
25. **Wiesensee, Bärbel,** 1946 (Mostolten), Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten.

Nach Paragraph 2 Absatz 5 der Wahlordnung werden die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck, das sind die Bezieher des Hagen-Lycker Briefes, aufgefordert, bis zum 30. September weitere Wahlvorschläge bei der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, einzureichen.

Gemäß Paragraph 2 Absatz 7 der Wahlordnung muss der Wahlvorschlag den Familiennamen (und gegebenenfalls abweichende Geburtsnamen) Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und die jetzige zustellungsfähige Anschrift (in Blockschrift) des vorschlagenden Wahlberechtigten und des vorgeschlagenen Kandidaten enthalten. *Bärbel Wiesensee, Kreisvertreterin*

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276,
E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Heimattreffen

Liebe Neidenburger und Soldauer, das diesjährige Heimattreffen der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. findet am Sonntag, dem 4. September, statt. Zwei Jahre konnten wir kein Heimattreffen veranstalten. Die Corona Pandemie verhinderte das zu unserm Ärger.

Wie in den Jahren davor findet das Treffen im Erich-Brühmann-Haus in Bochum Werne, in der Kreyenfeldstraße 32, statt. Das Erich-Brühmann-Haus befindet sich gegenüber des Amtshauses Bochum Werne, wo auch unsere Heimatstube zu finden ist. Wir hoffen natürlich auf eine rege Teilnahme an diesem Treffen. Vor allem legen wir Wert auf jüngere Teilnehmer. Daher unsere Bitte: Lassen Sie sich von Ihren Kindern und Enkelkindern bringen und ermöglichen so die Teilnahme der jüngeren Generationen.

Ab 9 Uhr ist der Saal geöffnet. Ab 11 Uhr beginnt eine kleine Feierstunde mit ein paar kurzen Reden. Im Anschluss daran hält Reinhard Kayss einen Vortrag über Familienforschung. Nach einem kleinen Imbiss verbleibt noch genug Zeit für heimatliche Gespräche der Besucher. Zur Erfrischung wird dann Kaffee und Kuchen gereicht. Das Ende der Veranstaltung ist für 17 Uhr geplant.

Bitte enttäuschen Sie uns nicht und unterstützen Sie dieses Treffen durch die Teilnahme, damit die Arbeit weiterhin Früchte trägt.

Am Sonnabend, 3. September, findet die Kreistagssitzung mit den Neuwahlen, im Kunstmuseum der Stadt Bochum statt.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck
Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen

Nach zwei Jahren Corona-bedingter Pause plant die Kreisgemeinschaft Ortelsburg wieder ein Hauptkreistreffen. Traditionell ist die Veranstaltung am dritten Sonntag im September geplant, also am 18. September, im Kulturzentrum der Stadt Herne.

Der Saal ist ab 9 Uhr geöffnet, die Feierstunde beginnt um 11.30 Uhr. Den musikalischen Part übernimmt, wie in jedem Jahr, der Posaunenchor der evangelischen Kirche Gelsenkirchen Resse. Als Festrednerin konnten wir die Historikerin Angelika Müller gewinnen. Der neue Vorstand des „Kulturvereins Heimat“ aus Ortelsburg wird ebenfalls anwesend sein.

Die Heimatstube ist am Samstag, dem 17. September, nicht geöffnet, dafür aber am 19. September sowie regulär am 20. September. Da noch ein paar Wochen bis dahin ins Land gehen, bitten wir auf die dann aktuellen Vorgaben der Landesregierung NRW bezüglich der Corona-Schutzverordnung zu achten. Durch Corona bedingte Krankheitsfälle verzögert sich der Versand des Heimatboten in diesem Jahr. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Reise der Kreisgemeinschaft

Nach zwei Jahren Pandemie bedingter Pause fand in diesem Jahr wieder eine Heimatreise statt. 29 Personen machten sich am 17. Juli auf den Weg. Christel Sender stand den Reisenden neben Alicja und Johann Nischik mit Rat und Tat zur Seite. Die erste Übernachtung war in Stettin. Am nächsten Tag bestand die Möglichkeit, die historische Altstadt von Danzig kennenzulernen.

Am 20. Juli erreichte die Gruppe Ortelsburg. An den nächsten Tagen besuchten die Teilnehmer Allenstein sowie einen Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Ortelsburg. Christel Sender gestaltete eine kurze Andacht an dem Gedenkkreuz auf dem alten evangelischen Friedhof in Ortelsburg.

Für das nächste Jahr ist die Reise vom 25. Juni bis 4. Juli geplant und führt über Breslau und Warschau. Änderungen vorbehalten. Bei Interesse melden Sie sich bei Christel Sender unter Telefon (0209)207614 oder ch.sender@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.
Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

66. Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 13. August, bis Sonntag, 14. August: 66. Hauptkreistreffen in Wesel mit folgendem Programm:

Sonnabend, 13. August
9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof
10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße
10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube
ab 14 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein im Hotel Kaiserhof, Wesel.

Sonntag, 14. August
9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Sraße 82
10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel
14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Gastsätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel, mit: Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“, Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen
16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung und Kreistag

Wesel – Sonntag, 14. August, 11.30 Uhr in der Gaststätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:
1. Begrüßung durch den Kreisvertreter
2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr
3. Bericht des Kreisvertreters
4. Kassen- und Prüfungsbericht
5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung
6. Haushaltsplan 2023
7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“
8. Bildband
9. Rastenburger Treffen 2019–2023
10. Verschiedenes.

Hubertus Hilgendorff

Georg Dehio-Kulturpreis 2023

Ausschreibung Das Deutsche Kulturforum östliches Europa, Berliner Straße 135, 14467 Potsdam, nimmt Kandidatenvorschläge bis zum 31. Oktober an.

Kandidaten können von Institutionen, Einzelpersonen und Organisationen im In- und Ausland vorgeschlagen werden. Eigenbewerbungen sind nicht zulässig.

Fügen Sie den Vorschlägen folgende Unterlagen jeweils in achtfacher Ausführung bei: Begründung des Vorschlags, biographische Angaben, aussagekräftige Unterlagen mit Anschrift und Rufnummer des/der Vorgeschlagenen.

ANZEIGE

MAGNUS VON BRAUN

Vertreter eines erfolgreichen Adelsgeschlechts

Am 29. August jährt sich der Todestag des Politikers zum 50. Mal – Auch seine drei Söhne wurden bedeutende Persönlichkeiten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die schlesische Adelsfamilie von Braun wurde erstmals 1285 urkundlich erwähnt. Später kamen ihre Mitglieder ebenso in Anhalt, Sachsen und Ostpreußen zu Ansehen und Besitz.

Im Jahr 1573 erhob Kaiser Maximilian II. Georg und Hans von Braun in den Reichsfreiherrenstand. Die preußische Anerkennung des Freiherrenstandes für die in dem Königreich ansässigen von Brauns erfolgte 1860. Davon profitierte auch der Oberstleutnant a. D. Viktor Friedrich Ferdinand Leopold von Braun, Besitzer des Gutes Neucken im Landkreis Preußisch Eylau.

Geboren in Preußisch Eylau

Hier wurde am 7. Februar 1878 Magnus Freiherr von Braun geboren, der drei Söhne hatte, die allesamt zu prominenten Persönlichkeiten heranwuchsen und dem Geschlecht von Braun, das bereits mehrere preußische und britische Generäle beziehungsweise Admirale sowie einen brasilianischen Feldmarschall hervorgebracht hatte, Ehre machten: Sigismund (geboren 1911), der in den diplomatischen Dienst ging und bis zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt avancierte, Wernher (geboren 1912), weltberühmt als der geniale Raketenkonstrukteur, der das Mondlandeprogramm der US-Raumfahrtagentur NASA zum Erfolg führte, sowie Magnus (geboren 1919), der zunächst ebenfalls Raketen konstruierte und später als Europa-Chef des Automobilkonzerns Chrysler fungierte.

Aber auch der Vater dieses Trios erlangte eine erhebliche Bedeutung für die preußisch-deutsche Geschichte. Magnus Freiherr von Braun der Ältere studierte zunächst Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Königsberg, wonach er 1905 in den preußischen Staatsdienst eintrat. Seine erste Karrierestation war das Ministerium für Handel und Gewerbe, bevor ihm 1911 der Posten des Landrates im Kreis Wirsitz in der Provinz Posen angetragen wurde. Diesen hatte von Braun bis 1915 inne – dann kam er ins Reichsamt des Innern. Dort bekleidete der gebürtige Ostpreuße im Jahre 1917 zeitweise auch die Funktionen eines Kaiserlichen Direktors in der Reichskanzlei und Pressechefs des Reichskanzlers – somit war er der erste deutsche Reichspressechef überhaupt.

Ende 1917 übernahm von Braun die Leitung der politischen Abteilung der deutschen Militärverwaltung im besetzten Wilna, wonach er 1918 kurzzeitig als Kreishauptmann in Seine bei Suwalki und Stadthauptmann von Dünaburg fungierte. Dem folgte 1919 die Ernennung zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Stettin.

Anschließend kehrte von Braun nach Berlin zurück, wo er im Range eines Geheimen Regierungsrats und Vortragenden Rates im Preußischen Ministerium des Innern für Personalfragen zuständig zeichnete. Weil die SPD-Landtagsfraktion seine Bevorzugung konservativer Kandidaten bei der Besetzung von Landratsstellen kritisierte, wurde von Braun schließlich abberufen und zum Regierungspräsidenten von Gumbinnen ernannt. Allerdings musste er im März 1920 auch aus diesem Amt scheiden, was aus seiner offenen Unterstützung der Kapp-Putschisten resultierte.

In den nächsten zwölf Jahren war von Braun Direktor der Raiffeisengenossenschaften von Brandenburg, Schleswig-Holstein und der Grenzmark Posen-Westpreußen sowie Vizepräsident des Reichsverbands der Landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Ein vom Erfolg gekröntes Quartett: Magnus Freiherr von Braun (2. v.l.) an seinem 90. Geburtstag am 7. Februar 1968 mit seinen Söhnen Magnus von Braun jr. (l., Direktor der Chryslerwerke in Detroit), Sigismund von Braun (2. v.r., deutscher Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York) und Wernher von Braun (r., berühmter Raketen- und Weltraumforscher) *Foto: pa*

Verfechter der Osthilfegesetze

Am 1. Juni 1932 kehrte er als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft beziehungsweise als Reichskommissar für die Osthilfe sowie ab Oktober 1932 zusätzlich als Reichskommissar für das preußische Landwirtschaftsministerium in die große Politik zurück. Diese drei Ämter bekleidete von Braun bis zum 28. Januar 1933, das heißt, er gehörte sowohl dem „Kabinett der Barone“ unter Reichskanzler Franz von Papen als auch dem letzten Präsidialkabinett der Weimarer Republik unter General Kurt von Schleicher an.

In der ihm verbleibenden Zeit bis zum Rücktritt der Regierung von Schleicher machte sich von Braun vor allem für die Osthilfegesetzgebung stark, deren Zweck darin bestand, der infolge des Ersten Weltkriegs und der anschließenden räumlichen Abtrennung Ostpreußens vom Reich stark geschädigten Landwirtschaft in der Provinz Erleichterung zu verschaffen. Dabei halfen ihm seine umfassenden Kenntnisse der Stärken und Schwächen der Betriebe in Ostpreußen, die es vor dem Konkurs zu bewahren galt.

Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 zog sich der konservative Politiker und frühere Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) auf sein schlesisches Rittergut Oberwiesenthal zurück, das er bis zur Vertreibung bewirtschaftete. 1947 folgte von Braun seinen beiden Söhnen Wernher und Magnus in die USA, wechselte aber 1952 wieder nach Deutschland, wo er zunächst in Landshut und später in Oberaudorf am Inn lebte. Hier starb Magnus Freiherr von Braun senior vor 50 Jahren am 29. August 1972.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Was uns gelingt, kann auch anderen gelingen“

Ein junges Ehepaar verwandelte seine anfängliche Abneigung in Liebe zu Oberschlesien und vermittelt Interessierten sein Wissen

Das oberschlesische Kohlebecken hat viel mehr zu bieten als nur die Bergbau- und Hüttenlandschaft. Denn bereits Goethe sah in diesem „zehnfach interessanten Land ein sonderbar schönes, sinnliches und begreifliches Ganzes“.

Ähnlich sehen es Beata und Paweł Pomykalski. Die Eheleute lieben die postindustrielle Kulturlandschaft Oberschlesiens und beschreiben sie in ihren Büchern und in ihrem polnischsprachigen Internetblog „Adventum“. Doch es war eine Liebe erst auf den zweiten Blick, sagt Beata Pomykalska. Sie muss sich heute fast schämen, denn obwohl sie so viele Jahre in Oberschlesien lebt, wusste sie wenig über die Region. So ginge es den meisten, sagt sie: „Wir wissen nichts über seine interessanten Objekte, die Geschichte oder das industrielle Erbe, das wir heute noch nutzen, obwohl wir täglich an solchen Bauwerken achtlos vorbeigehen.“ Dies wollten die Pomykalskis ändern. Schritt für Schritt haben sie sich die Region erschlossen.

Und sie geben ihr Wissen weiter. Im Oberschlesischen Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, einer Organisation, die der Deutschen Minderheit nahesteht, fanden sie Partner, die ihre Ideen umsetzen. Neben einer Buchreihe zur Geschichte oberschlesischer Industriemagnaten bieten die beiden seit Jahren Exkursionen auf den Spuren der Familien Schaffgotsch, Henckel von Donnersmarck oder Ballestrem. „Der Schlesische Adel war der einzige europaweit, der den Status von Industriemagnaten erlangte“, sagt Pawel Pomykalski. „In anderen Industrielandschaften wie im Saarland oder im Ruhrgebiet gab es kaufmännisches Kapital, ein Kapital der Banken. Die oberschlesische Industrie erwuchs jedoch aus dem Kapital der Adligen, die die Rohstoffe ihrer Landgüter entdeckten und förderten ...“.

Oberschlesisches Versailles

Am 19. August führt das Tandem zu Schlössern und Palästen der Großindustriellen – unter anderem zu Schloss Neudeck [Świerklaniec], der Residenz des Adelsgeschlechts Henckel von Donnersmarck. Die Schlossanlage mit Park gehörte zu den größten und prächtigsten im ganzen Reich. Der Volksmund nannte die Anlage Klein Versailles oder oberschlesisches Versailles. Heute besteht die Anlage nur noch aus dem Schlosspark und dem Kavalierspalast, in dem Kaiser Wilhelm II. einst mehrfach nächtigte. „Die Familie Henckel von Donnersmarck prägte sich als Gründer des Bergbaus und der Hüttenindustrie in das Gedächtnis der Oberschlesier ein – bis zur Zäsur von 1945, als die Geschichte verbannt wurde. Deshalb müssen wir den Menschen heute vieles erklären“, bedauert Paweł Pomykalski.

FOTO: WAGNER

Erklärt Oberschlesien: Paweł Pomykalski (l.) vor der Hindenburger Philharmonie für Arbeiter, die 1911 durch Guido Henckel von Donnersmarck gestiftet wurde

Das Erklären übernehmen die Eheleute gerne. Dabei beschränken sie sich nicht nur auf die Schönheit der Bauwerke, sondern verweisen auch darauf, wie sehr das Erbe der Adelsfamilien mit der Region verwachsen ist. „Wir sehen die Region oft durch das Prisma vieler Vorurteile, dass es hier nur Gruben und Halden gibt. Die Wahrheit ist, dass wir sehr viele Industriedenkmäler haben und erst lernen müssen, wie wir sie für andere Zwecke nutzen könnten“, sagt Beata Pomykalska. Sie führt die Exkursionsteilnehmer gerne in die Mariä-Himmelfahrtskirche in Beuthen [Bytom]. In der dortigen Krypta befindet sich das Familiengrab derer von Henckel von Donnersmarck.

Begeisterung wirkt ansteckend

Die Begeisterung und die Liebe zu Oberschlesien der Eheleute wirkt ansteckend, ihre polnischsprachigen Exkursionen finden stets ihr Publikum. Sie möchten den Teilnehmern den mühsamen Weg zur Erschließung der Region, den auch sie gegangen sind, erleichtern. „Uns ist es gelungen, den Weg von der anfänglichen Abneigung gegenüber dieser Region und ihrer Wahrnehmung als schmutzigen Industriemoloch zu Ende zu gehen. Dieser Pfad endete mit unserer großen Liebe und Faszination für Oberschlesien. Und wenn es uns gelungen ist, warum sollte es anderen nicht auch so gehen? Wir möchten dabei helfen“, sagt Paweł, der sich freut am 19. August auch durch den Stammsitz der Familie Ballestrem in Plawniowitz [Pławniowice] durch die Schlossanlage, das Kavaliershaus, die Bibliothek und den Gutshof zu führen.

Chris W. Wagner

POMMERN-FORSCHUNG

Adolf Gustav Stubenrauch aus Golz

Namhafter Geschichtsforscher Pommerns

VON MARTIN STOLZENAU

Adolf Gustav Stubenrauch stammte aus dem Kreis Dramburg, vollbrachte als Archäologe und Restaurator in Stettin besondere Leistungen für die Aufarbeitung der Geschichte Pommerns und macht sich damit einen Namen, an den man sich auch nach seinen Tod vor 100 Jahren noch erinnert. Er ordnete und katalogisierte die vorhandenen Sammlungen im Stettiner Schloss, war an speziellen Nachforschungen sowie Ausgrabungen beteiligt und erstellte ein erstes umfassendes „Verzeichnis der Denkmäler der Kunst und Architektur für Pommern“.

Der Geschichtsforscher wurde am 30. Juni 1855 in Golz geboren. Sein Geburtsort liegt fünf Kilometer südwestlich von Dramburg im Kreis Dramburg. Die Kreisstadt östlich von Stettin entwickelte sich im Mittelalter unter den Rittern von Golz aus Prenzlau im Auftrag der Markgrafen von Brandenburg zur Stadt mit dem Magdeburger Stadtrecht und gehört heute zur polnischen Woiwodschaft Westpommern.

Die Eltern von Stubenrauch bewirtschafteten das Familiengut Golz und ermöglichten ihrem Sohn einen weiterführenden Bildungsweg. Dabei besuchte der Junge das einst renommierte Gröningsche Gymnasium in Stargard und dann die Provinzial-Gewerbeschule in Stettin.

Virchow ebnete ihm den Weg

Es folgten nach dem Militärdienst die Tätigkeiten als Buchhalter sowie Amtssekretär in der Umgebung von Berlin, wo er von Rudolf Virchow empfangen wurde. Virchow stammte ebenfalls aus Pommern, war mit Stubenrauchs Vater befreundet und hatte als Mediziner Karriere gemacht. Er erlangte als Pathologe, Anthropologe und Prähistoriker mit der Begründung der Zellularpathologie Weltgeltung, brachte die moderne Pathologie auf den Weg und ermöglichte dem geschichtsinteressierten Sohn seines Freundes den „Kontakt zur Berliner Anthropologischen Gesellschaft“. Die Empfehlungen des berühmten Mediziners öffneten Türen.

FOTO: WIKIMEDIA

Adolf Stubenrauch 1892 – unterwegs auf dem Weg zur Arbeit

Der nächste Förderer des jungen Amtssekretärs mit historischen Neigungen hieß Hugo Lemcke. Das war ein Gymnasialprofessor und dann Rektor des Stettiner Stadtgymnasiums, der nebenbei als Vorsitzender der Gesellschaft für pommersche Geschichte und Altertumskunde fungierte und historische Forschungsarbeit betrieb. Dieser Mann war der zweite Weichensteller für Stubenrauch.

Lemcke vermittelte dem um 20 Jahre jüngeren Gesinnungsfreund 1890 die Stelle als Konservator im Museum der Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Altertumskunde in Stettin. Das entsprach den Interessen Stubenrauchs, bot endlich auch eine materielle Sicherheit und ermöglichte ihm die Heirat mit Marie Elisabeth Helene Fischer aus Stargard, die um 14 Jahre jünger war. Der Junghistoriker erschloss sich sein neues Aufgabenfeld, bildete sich autodidaktisch weiter und brachte Ordnung in die Sammlungen der Gesellschaft im Bogislawbau des Stettiner Schlosses.

Der nächste Arbeitsschritt bestand in der systematischen Erweiterung des Bestandes. Dank Stubenrauch verzehnfachten sich die Sammlungen. In diesem Zusammenhang arbeitete er mit anderen Historikern und Archäologen systematisch zusammen. Außer mit Lemcke gab es eine besonders enge Zusammenarbeit mit dem Geologen Müller. Das reichte von Nachforschungen zur Lage der legendären Stadt Vineta über Skelettgräber bei Dramburg und Fundstellen bei Streckenthin im pommerschen Kreis Greifenberg bis zu Grabungsaktivitäten in Wollin.

Bedeutendes Denkmäler-Verzeichnis

Stubenrauch veröffentlichte in zahlreichen Zeitschriften wie den „Monatsblättern“ sowie den „Baltischen Studien“ viele Artikel über seine Arbeiten und Forschungsergebnisse, schuf sein aufsehenerregendes Denkmäler-Verzeichnis und illustrierte alles mit eigenen Zeichnungen. Damit erlangte er über Pommern hinaus Bekanntheit.

Der Geschichts- und Landesforscher wurde 66 Jahre alt, starb am 23. April 1922 in Stettin und hinterließ außer seinem Lebenswerk als Historiker und seiner Witwe, die ihn um 28 Jahre überlebte, aus seiner Ehe drei Kinder. Danach veröffentlichte sein väterlicher Freund und Mitstreiter Lemcke in den Monatsblättern der Gesellschaft für pommersche Geschichte und Altertumskunde einen Nachruf, der die Leistungen des Verstorbenen würdigte. Später wurde seine Arbeit auch in der polnischen „Encyklopedia Pomorza Zachodniego“ mit einem Beitrag bedacht.

● DANZIG

Milchkannenbrücke eingeweiht

Die Milchkannenbrücke am Milchkannentor, das von den Danzigern einst liebevoll „Milchkannentor mit Sahnekännchen“ genannt wurde, überspannt die Neue Mottlau auf der Speicherinsel in Danzig. Es ist die Verbindung vom Langen Markt über die Grüne Brücke, die über die Mottlau führt, über die Speicherinsel zum Stadtteil Langgarten.

Die Bastei, zu der ein großer und ein kleiner Turm gehören, wurde im 16. Jahrhundert erbaut und im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt, ebenso die Brücke. In den 1980er Jahren wurden die Türme instandgesetzt, die Brücke jedoch neu gestaltet.

Die Speicherinsel, auf der Jahrzehnte nach dem Krieg noch die Ruinen der Speicher anklagend auf die vielen Besucher der Stadt schauten, wurde in den letzten Jahren dem ursprünglichen Stadtbild aus der Zeit vor 1945 angepasst, was allerdings nicht so unbedingt gelang.

Die neue Milchkannenbrücke, jetzt Stągiewny-Brücke, erinnert an die in den Jahren 1883 bis 1926 vorhandene Zugbrücke. Sie ermöglicht auch den weiteren Ausbau des Jachthafens. Unter Anwesenheit von Aleksandra Dulkiewicz, der Präsidentin von Danzig, wurde am 3. August eine feierliche Einweihung zelebriert. *BS*

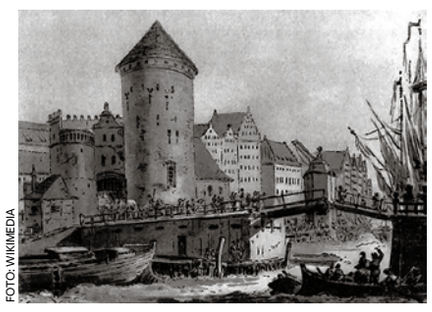


FOTO: WIKIMEDIA

Das Milchkannentor um 1790

DIE AKTE SIDONIA

Hexenverfolgung in Neustettin

Nicht nur Sidonia von Borcke wurde als Hexe verfolgt

„Zum Galgenberg ging der Schreckenszug hin. Zu befreien von Jammer die Stadt Neustettin. Seit fünfzehn Hundert Neunzig und zwei war’s mit neun und vierzig Hexen vorbei.“

Zahlreichen Hexenprozesse fanden in Neustettin insbesondere zwischen 1585 und 1592 statt. Max von Stojentin schreibt sogar von der Ausrottung ganzer Familien. Aktenbasiert nennt er eine Zahl von 22 Opfern für diesen Zeitraum von sieben Jahren, vermutet jedoch ein deutlich größeres Ausmaß der Tat und nennt dazu Indizien, festgehalten in „Kulturgeschichtliche Bilder aus den letzten 100 Jahren der pommerschen Selbstständigkeit“.

Lokalhistoriker im heutigen Neustettin weisen auf den Hügel neben dem Kriegsfriedhof als einen Ort der damaligen Hinrichtungen hin. In den 1970er Jahren wurde dort ein Funkmast errichtet. Trotz der vielen Änderungen besteht möglicherweise eine Ähnlichkeit in der Form des Hügels zwischen dem Galgenberg, wie es heute aussieht, und dem auf der entsprechenden Banknote zur Serie.

Die Notgeld-Serie aus dem Jahr 1921 stellt eine recht spezifische Form der Erinnerung an die Hexenprozesse in Neustettin dar. Wegen der Hyperinflation wurden damals lokal Geldscheine gedruckt. In Neustettin wurde für drei solche Scheine im Wert von jeweils 50 Pfennig die Geschichte der Hexenverfolgung aufgegriffen. Die bunten Cartoons zeigen drastische Szenen der Inhaftierung, Verurteilung und Hinrichtung auf dem Scheiterhaufen.

Alle drei Scheine der Hexenprozess-Notgeld-Serie der Stadt Neustettin sind 1921 erschienen und haben den Wert von 50 Pfennig. Auf der Rückseite befindet sich jeweils das Stadtwappen von Neustettin. Alle drei Scheine haben eine Größe von 90 mal 64 Millimeter. Auf jedem Schein befindet sich jeweils passend zur Graphik ein gereimter Spruch.

Pommersches Landesmuseum

FOTO: POMMERSCHES LANDESMUSEUM

● Die Akte Sidonia beleuchtet das Leben und Schicksal der Sidonia von Borcke, die immer noch die Menschen bewegt, und weitere Hexenverfolgungen (Siehe *PAZ* vom 11. September 2020)

Pommersches Landesmuseum

Exkursion: Vorpommersche Landpartie – Schlösser und Herrenhäuser

Sonnabend, 27. August 2022, 10–18 Uhr

Schlösser, Herrenhäuser, Gutsanlagen und die darin wohnenden Familien bestimmten die Kulturlandschaft Pommerns bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Exkursion zeigt u. a. anhand der Beispiele Ludwigsburg, Karlsburg und Broock einen kleinen Ausschnitt aktueller Entwicklungen und Projekte. An den Objekten selbst werden die zuständigen Personen vor Ort ihre Erfahrungen und Geschichten präsentieren.

55,00 € (inkl. Busfahrt, Führungen, Reiseleitung und Mittagessen) – Anmeldung im Pommerschen Landesmuseum bis spätestens 20. August

Di – So Mai – Oktober 10 – 18 Uhr
November – April 10 – 17 Uhr
Rakower Straße 9, 17489 Greifswald
www.pommersches-landesmuseum.de

Gesellschaft zur Förderung des Pommerschen Landesmuseums

Gefördert von: Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

● www.pommersches-landesmuseum.de

„Wasser predigen und selbst Wein trinken“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Wegen solcher klarer Artikel liebe ich die PAZ“

Klaus Müller, Berlin
zum Wochenrückblick: „Nein, nein, nein, nein, nein … nein!“ (Nr. 30)

Ausgabe Nr. 30

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VERORDNETE USA-HÖRIGKEIT

ZU: „NICHT NUR DEUTSCHE HABEN VERBRECHEN BEGANGEN“ (NR. 30)

Vor allem der Leserbrief eines Herrn Klaus Fleischmann ist hervorragend. Gottlob wieder einer, der – wie Sie bei der *PAZ* – die deutsche Geschichte kennt. So ähnlich hätte auch ich geschrieben, vielleicht nicht so lang, auch nicht so gekonnt. Jener Leserbrief und die meisten Beiträge sind für mich ein Beleg, dass die Lektüre der *PAZ* unverzichtbar ist.

Allerdings missfällt Ihre Putin-Karikatur auf Seite 24. Die passt zu den üblichen Medien, zu denen Sie gottlob nicht gehören. Die Putin-Schelte zeigt doch, dass man die Hintergründe des Ukraine-Kriegs entweder nicht kennt oder verschweigt. Das uns belastende Verhalten des russischen Präsident Wladimir Putin ist doch verständlich gegenüber einem Land, das kürzlich entschied, weitere Waffen an die Selenskyj-Ukraine zu liefern, offenbar nun 100 Panzerhaubitzen. Grüner Schwachsinn, die verordnete USA-Hörigkeit. Wir sind doch auf Russland angewiesen, nicht auf die ferne Biden-USA.

Peter Götz, Stuttgart

WOHLFEILE VERMIETERSCHELTE

ZU: KALTE DUSCHE FÜR MIETER (NR. 29)

Ich verstehe nicht, warum der Autor in die wohlfeile Vermieterschelte einstimmt. Dem Vermieter können die Wärmekosten vollkommen egal sein, es sind durchlaufende Posten, die er weitergibt und die ihn selbst nicht berühren. Reiner Altruismus ist der Versuch der Genossenschaft dennoch nicht: Ein überschuldeter Mieter, der seine Miete nicht mehr zahlen kann, ist auch nicht angenehm.

Warum soll denn die Warmwasserbereitung 24 Stunden täglich durchlaufen und Verluste verursachen, wenn alles schläft und niemand Wasser zapft? Zu etlichen Tageszeiten reicht lauwarmes Wasser, dem kein kaltes zugemischt werden muss, völlig aus, und für die Stoßzeiten wird ja weiter voll geheizt.

Ich wäre dankbar für einen Vermieter, der mir ohne Eigennutz mithilft, meine aus dem Ruder laufenden Kosten im Zaum zu halten. *Axel Berger, Köln*

GRÜNE BIBELWORTE

ZU: LINKS-GRÜNE DOPPELMORAL (NR. 29)

Es ist erfreulich, dass die *PAZ* zu den wenigen Zeitungen gehört, die es wagen, Fehler der Grünen beim Namen zu nennen. Warum diese trotzdem bei Wahlen zulegen, könnte zwei Gründe haben: erstens zu geringe Wahlbeteiligung konservativer Bürger und zweitens die massive Unterstützung durch den Mainstream-Journalismus, dessen einfacher Grundsatz lautet, alles, was die Grünen tun und sagen, sei gut.

Es scheint, als sei Links-Grün die neue Religion des Mainstreams. Deren Reporter fragen auch nicht, warum die „Klimaaktivisten“ in Berlin nicht vor den Botschaften demonstrieren, deren Länder am meisten zur Umweltverschmutzung beitragen. Dass der Plastikmüll im Meer zu 90 Prozent aus Asien und Afrika stammt, wird natürlich auch verschwiegen.

Grüne Spitzenpolitiker (und *:/_Innen) genießen eine schon religiöse Verehrung. Ihre Aussagen werden nicht hinterfragt, egal ob sie rechtlich fragwürdig sind oder physikalisch seltsam, beispielsweise wenn Robert Habeck meint, dass wir nicht zu wenig Strom haben, sondern zu wenig Wärme. Habeck hat bereits 2016 Putin angekündigt, die Gaslieferungen sukzessive zu reduzieren, wenn die Grünen an der Macht sind, und nun jammert man, wenn Putin diesem Herzenswunsch nachkommt.

Welche Empörung gab es, als Kanzler Kohl sagte, Deutschland sei kein kollektiver Freizeitpark. Kündigen aber Grüne/SPD massive Einschränkungen an, tut man so, als wäre die Krise ein Naturereignis. Ich bin gespannt, ob „wegen Corona“ Demoverbote kommen, damit niemand gegen steigende Preise und Armut auf die Straße gehen soll.

Die Grünen verkörpern wie kaum eine Partei die Bibelworte „Wasser predigen und selbst Wein trinken“. Baerbock jettet um die ganze Welt, wir aber sollen Heizen und Autofahren einschränken. Dabei beweist doch der ukrainische Präsident, dass man auch mit Videokonferenzen Politik machen kann. Sie wollen mehr Immigranten ins Land lassen, haben aber in grünen Wohnvierteln den Bau von Asylunterkünften verhindert. Ich kann auch nicht erkennen, dass es in grün regierten Ländern den Einwohnern besser geht als anderswo. *Dieter Frank, Neustetten*

ZELTPLATZ-ÄRGER

ZU: DAS BÖSARTIGE LAUERT ALLERORTEN (NR. 27)

Als Ostdeutscher muss ich dem Wochenrückblick recht geben, das Bösartige lauert tatsächlich überall. Der Autor schreibt: „Warum er (Herr Drosten, E.R.) sich dazu ausgerechnet Mecklenburg ausgesucht hat, bleibt unklar. Er hätte doch wissen müssen, dass hier, auf dem Territorium ‚Dunkeldeutschlands‘ (eine vom Bundespräsidenten geschätzte Wortschöpfung) nur Unverständnis für seine segensreiche Tätigkeit lauert. So ist er auf einem Zeltplatz doch tatsächlich als ‚Massenmörder‘ und ‚Transhumanist‘ bezeichnet worden, der ‚Kinder auf dem Gewissen habe‘.“

Als Entschuldigung für die Entgleisung des Autors könnte Unwissenheit gelten. Allerdings muss man sie bei einem Journalisten seines Formats wohl ausschließen. Sehr wahrscheinlich sind die Mecklenburger (zu denen ich nicht gehöre) wissentlich in die Pfanne gehauen worden.

Selbst der Laie weiß es: Solange noch Gas und Strom verfügbar und bezahlbar sind, müssen die Mecklenburger ihre Häuser noch nicht verlassen und auf ihre Zeltplätze ausweichen. Gegenwärtig wird man dort also nicht viele Einheimische treffen. Und in der Tat waren es keine Einheimischen, die Herrn Drosten übel beschimpft haben (was ich sehr bedaure), sondern Berliner, genauer West-Berliner. Und „Dunkeldeutschland“ werden wir infolge der „Energiewende“ wohl bald haben. Man weiß nur noch nicht genau, wann. Der Winter kommt mit Sicherheit.

Interessanterweise haut der Wetterprophet Kachelmann in die gleiche Kerbe wie die *PAZ*. Seine Äußerung zeugt ebenfalls von wenig Achtung für die Menschen der genannten Region: „Respekt für Christian Drosten und den Ansatz, auf einem Zeltplatz in Mecklenburg-Vorpommern Urlaub zu machen.“ Wenn jemand Migranten ebenso behandelte wie die Genannten die „Ossis“, was gäbe es für ein Geschrei. *Erwin Rosenthal, Greifswald*

GEDANKENLOS IN DIE ZUKUNFT

ZU: JUSTIZ VOR „SCHWIERIGEN RECHTSFRAGEN“ (NR. 28)

„Wenn es um die eigene Ideologie geht, ist den Aktivisten von Bündnis 90/Die Grünen alles recht. Selbst der Schulterschluss mit radikalen Kriminellen, die jegliche Haltung zu Demokratie und Rechtsstaat verloren haben, kommt ihnen gelegen“, so der Berliner CDU-Abgeordnete Christopher Förster.

Hat der Abgeordnete in den vergangenen Jahren etwas nicht mitbekommen? Das ist doch nicht neu. Nicht jeder Klimaschützer ist auch wirklich einer. Es sind viele, zu viele, dabei, die überhaupt nicht wissen, was das ist. Die sind nur dabei, um „Stimmung“ zu machen.

Da kam vor etwa vier Jahren anlässlich einer Demo die Frage auf, ob die Aktivisten denn Vorschläge hätten, wie man das Energieproblem lösen kann. Die Antwort darauf war, „es ist nicht unsere Aufgabe sich darüber Gedanken zu machen“. Das sind auch jene, die ja nicht nur in Sachen Klimaschutz unterwegs sind, sondern auch auf vielen anderen Demos.

Wichtig ist letztlich nur, dem Staat permanent falsche Politik vorzuwerfen. Wobei Die Grünen natürlich immer die richtige Politik machen.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

HAUSTIER I

Ein Luxusproblem auf vier Beinen

Ob Tierfutter oder Tierarzt – alles wird teurer. Hunde- und Katzenhalter werden von der Inflation zusätzlich hart getroffen

VON STEPHANIE SIECKMANN

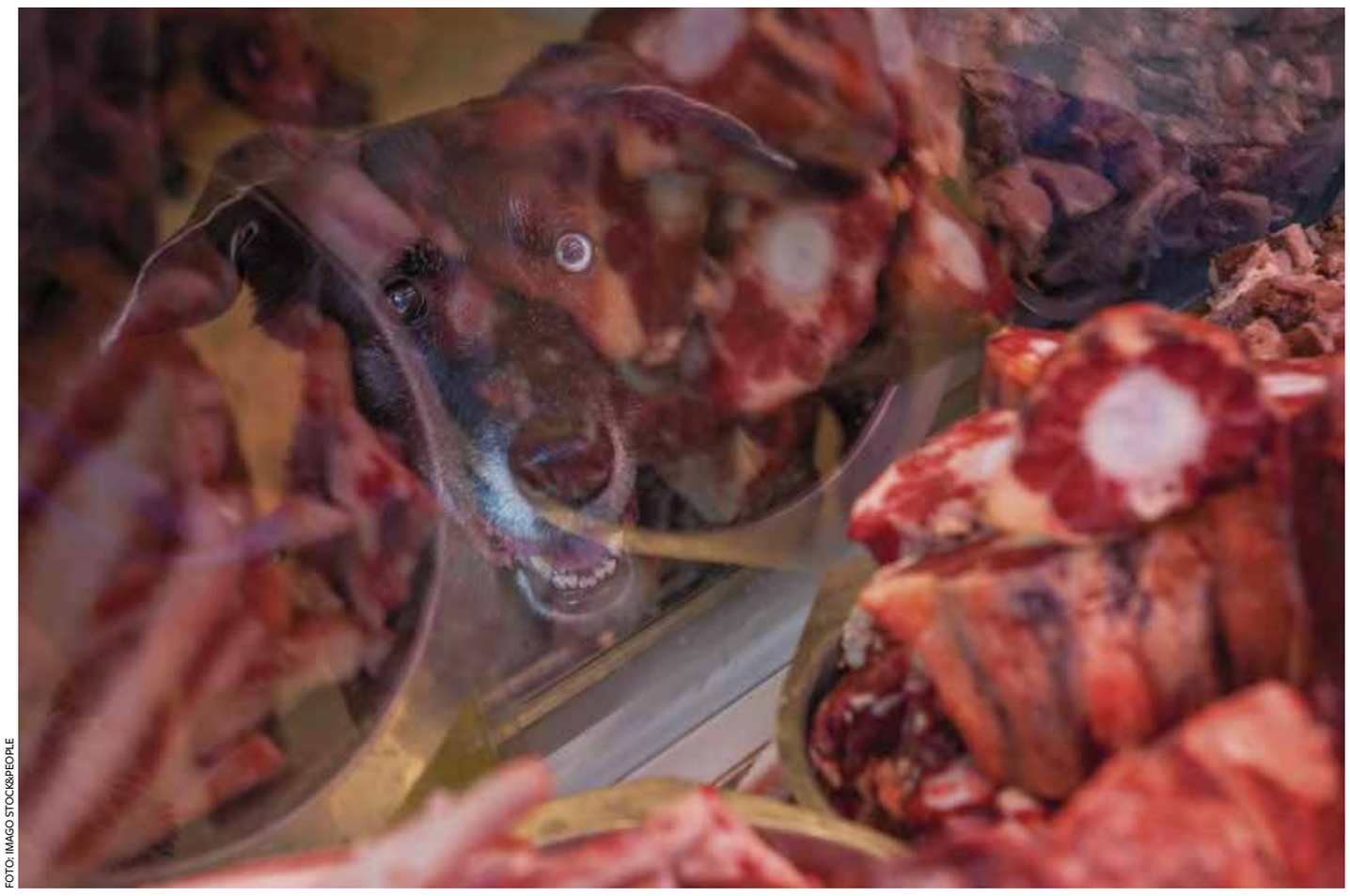


FOTO: IMAGO STOCK&PEOPLE

Gierige Blicke im Hunde-Schlaraffenland: Herrchen oder Frauchen werden sich das teure Tierfutter bald nicht mehr leisten können

Aktuell steigen die Preise für Energie unaufhaltsam an. Nicht nur in Deutschland, sondern auch im Rest von Europa, ja sogar weltweit. Anfang Juli wurde bekannt, dass sich der Gaspreis innerhalb von zwölf Monaten um 159 Prozent verteuert hat. Wenn bei Strom, Gas und Öl die Preise steigen, erhöhen sich in der Folge die Produktions- und Transportkosten. Die zwei Faktoren haben zwangsläufig unmittelbar Auswirkungen auf die Preise von Produkten. Brot und Butter, Fleisch, Obst und Gemüse sind davon betroffen. Aber auch Futtermittel für Haustiere.

Nahrung für Hunde und Katzen wird mit hohem Energie-Aufwand hergestellt. Dazu kommt die Verpackung, die ebenfalls gefertigt und transportiert werden muss. Deshalb ist das Futter für Mieze und Schnuffi mit Lebensmittel-Konserven vergleichbar, die aktuell ebenfalls eine enorme Preissteigerung erleben. Haustierhalter müssen deshalb nicht nur für die eigene Versorgung tiefer in die Tasche greifen, sondern auch für die Verpflegung ihrer Lieblinge. Das ist eine Herausforderung, die längst nicht alle Tierbesitzer auf Dauer meistern können. Ein Ende der aktuellen Preiseskalation ist zurzeit nicht absehbar. Und es kann durchaus schlimmer kommen.

Noch haben wir eine Energiepreiskrise und keine Energiekrise. Die liegt erst dann vor, wenn Gas, Erdöl und Strom tatsächlich nicht mehr ausreichen, um den Bedarf der Welt zu decken. Sollte das Gas in den nächsten Monaten aufgrund von Lieferengpässen und leeren Lagern knapp werden, steht die Futtermittelindustrie vor einem immens großen Problem. Nach Angaben des Industrieverbands Heimtierbedarf haben viele Hersteller in den vergangenen Jahren ihre Produktion auf die Nutzung von Gas umgestellt. Sollte ein Lieferstopp beim Gas Realität werden, würden demzufolge 75 Prozent der Betriebe ihre Produktion nicht aufrechterhalten können. Das Futter, das derzeit auf Lager liegt, soll dann angeblich nur für einen Monat bis maximal drei Monate ausreichen.

Tierarztkosten werden erhöht

Gibt es eine Futter-Alternative für Hunde- und Katzenbesitzer? Früher sind Reis und Kartoffeln, Nudeln, Möhren und anderes Gemüse im Napf von Bello und Kitti gelandet. Je nachdem, was bei Herrchen und Frauchen so auf dem Teller lag und später übrig war. Davon raten Futtermittelproduzenten und Tierärzte heute dringend ab. Die Gefahr, dass der vierbeinige Liebling davon krank würde, sei groß. Zum Wissen, das vor 50 Jahren noch nicht überall verbreitet war, gehört zum Beispiel: Stark gewürzte Speisen, Schokolade und andere Lebensmittel sind für Hunde und Katzen in der Tat eine gesundheitliche Gefahr.

Neben den gestiegenen Kosten für Futtermittel gibt es für Tierhalter weitere Faktoren, welche die Unterhaltung der Vierbeiner verteuern. So steigen die Preise für Zubehör wie Sicherheitsgeschirr oder Trageboxen, ferner den Hundefrisör, den Hundebetreuer, die Katzenpension, Trainer und Ausbilder – es gibt zahlreiche Dienstleistungen rund um das Haustier, die in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung erlebt haben. Vom Geschäft mit dem Haustier leben aktuell viele Menschen sehr gut. Auf das eine oder andere Angebot kann der Tierbesitzer verzichten. Anders sieht es beim Tierarzt aus.

Ein besonders wichtiger Dienstleistungsbereich wird für Tierhalter ab Oktober einen weiteren Kostenfaktor darstellen, der das Portemonnaie vermehrt belasten wird: Die Tierarztkosten werden sich ab dem Herbst deutlich erhöhen. Schuld ist die Neufassung der Tierärztegebührenordnung, die regelt, welche Leistungen zu welchem Preis abgerechnet werden dürfen.

Manche Positionen erhöhen sich um bis zu 50 Prozent. Statt neun Euro für die allgemeine Untersuchung einer Katze beziehungsweise 13 Euro für die allgemeine Untersuchung eines Hundes werden ab Oktober rund 23 Euro fällig. Der Preis für Impfungen wird sich in etwa verdoppeln, der für Röntgenaufnahmen rund die Hälfte teurer werden.

Doch jeder Tierarztbesuch ist individuell. Die Kosten setzen sich aus den Positionen der Gebührenordnung für Untersuchungen, Anwendungen und dem Einsatz verschiedener Medikamente zusammen. Der Faktor Zeit spielt ebenfalls eine Rolle. Bei der Abrechnung kann der Tierarzt aufgrund eines höheren Zeitaufwands den zwei- oder dreifachen Satz abrechnen.

Das Tierheim ist keine Alternative

Teuer waren die Besuche beim Tierarzt bislang auch ohne eine Anpassung der Preise. Zahlreiche Tierärzte haben die aktuell gültige Gebührenordnung durch die Verwendung des dreifachen Satzes ausgereizt und schon jetzt rund 50 Euro für die allgemeine Untersuchung des Gesundheitszustandes eines Hundes in Rechnung gestellt. In Zukunft können sie noch weitaus höhere Preise von ihren Kunden verlangen.

Besonders ältere Menschen mit kleiner Rente und sozial Schwache werden mit den steigenden Preisen im Bereich der Tierversorgung ein großes Problem bekommen. Der letzte Ausweg wird für viele Halter der Gang zum Tierheim sein, weil sie ihre Lieblinge nicht mehr versorgen können. Die Tierheime arbeiten aber schon jetzt an der Belastungsgrenze. Die Abgabe-Welle der Tiere, die in der Corona-Zeit angeschafft wurden, ebbt noch nicht ab.

Zudem haben auch die Heime unter den Folgen der Energiepreiskrise zu leiden. Zum einen müssen sie höhere Kosten für Futter und Tierarzt aufbringen. Zum anderen fließen die Spendengelder nicht mehr so reichlich, da die Gönner selbst den Gürtel enger schnallen müssen.

Die letzte Änderung der Tierarztgebührenordnung erfolgte im Jahr 1999 und ist damit mehr als 20 Jahre her. Die Aktualisierung der Preise ist deshalb ein durchaus verständlicher Wunsch. Die Maßnahme zielt unter anderem darauf ab, den Beruf des Tierarztes attraktiver zu machen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Gebührenanpassung für Hunde- und Katzenbesitzer jedoch eine finanzielle Katastrophe. Für viele Tierbesitzer wird der Vierbeiner in absehbarer Zeit zum Luxus, der kaum noch finanziert werden kann.

HAUSTIER II

Tierliebe allein reicht nicht

Hunde sind oft arm dran – Hundetrainer Steve Lautz erklärt, wie wir unsere vierbeinigen Freunde besser verstehen lernen

Dass das Problem in der Beziehung zwischen Mensch und Hund häufig am anderen Ende der Leine liegt, weiß man spätestens aus den TV-Sendungen des bekannten „Hundeprofis“ Martin Rütter. Ähnlich wie Kinder durchschauen Hunde genau, wenn es uns an Souveränität und Gelassenheit mangelt. Wie schafft man es, sein Haustier ohne Macht und Dominanz, aber auch ohne sich tyrannisieren zu lassen, zu einem folgsamen Freund zu machen? Diese Frage beantwortet der Hundetrainer Steve Lautz als Co-Autor in dem jüngst erschienenen Ratgeber „Mensch, Hund!“. In dem lehrreichen Buch erfahren Hundebesitzer viel über das eigene Tier, wobei man auf humorvolle Weise auch einiges über sich selbst erfahren kann. *PAZ*-Autorin Silvia Friedrich befragte Lautz nach der wechselvollen Beziehung Mensch/Hund.

An wen richtet sich das Buch „Mensch, Hund!“?
An Hundetrainer und Hundehalter, welche mehr über die Beziehung zwischen Menschen und Hund lernen wollen.

Im Buch geht es um das Zürcher Ressourcenmodell, kurz ZRM. Worum handelt es sich dabei?
Es ist eine super Möglichkeit, mit Menschen an ihren doch ganz eigenen und individuellen Problemchen zu arbeiten. Eine Möglichkeit, bei der das klassische Hundetraining einfach nicht ausreicht.

Ihre Schule hat im Namen den populären Tierpsychologen aus dem TV. Was hat es damit auf sich?
Wir haben vor knapp zehn Jahren die Ausbildung bei Martin Rütter gestartet und leiten seit über sieben Jahren eine Hundeschule unter seinem Namen in der Schweiz. Es war die erste Martin-Rütter-Hundeschule, die in der Schweiz geöffnet hat. Unser Team ist mittlerweile 13 Frau/Mann stark.

Trainieren Sie immer gemeinsam mit den Besitzern?
Ja, wir trainieren ausschließlich mit den Besitzern. Es heißt ja „Die Hundeschulen für Menschen“. Letzten Endes muss der Hundehalter ja lernen, wie er mit den Herausforderungen seines Vierbeiners umgehen kann.

Gibt es Klienten, die Sie ablehnen, sowohl von den Haltern her oder den Charakteren der Tiere?
Wir hatten in den über sieben Jahren erst einen Kunden, bei welchem wir das Training eingestellt haben. Der Kunde erzählte uns im ersten Training, er nutze ein Stromhalsband. Das Training fand bei mir statt, ich sagte ihm, Voraussetzung für das weitere Training wäre, er bringt mir zur zweiten Stunde das Stromhalsband mit, damit wir es vor Ort vernichten können.

Vera Bürgi/Maja Storch/Steve Lautz: „Mensch, Hund! Der ZRM®-Reiseführer für beste Freunde“, Hogrefe Verlag, Bern 2022, Paperback, 22,95 Euro

Das hat der Kunde nicht getan und wollte es auch nicht. Darauf haben wir das Training eingestellt. Es tut uns natürlich extrem um den Hund leid, aber so etwas können wir nicht unterstützen.

Trainieren Sie auch sogenannte Qualzüchtungen wie Möpse und French Bulldogs Falls, und wenn ja, wie gehen Sie mit deren „Behinderungen“ um?
Natürlich sind bei uns auch Halter solcher Rassen herzlich willkommen. Nicht jeder unterstützt diese Qualzuchten, der einen solchen Hund hat, viele haben auch solche Rassen aus dem Tierschutz und geben dem Hund eine zweite Chance. Aber selbstverständlich klären wir die Halter über diese Situation und die Problematiken auf.

Machen Sie Einzelcoachings oder wird immer mit einer (Hunde-)Gruppe trainiert?
Wir bieten Einzeltrainings, Kurse und Seminare an. Darüber hinaus auch für unsere bestehenden Kunden Urlaub mit Hund oder große geführte Wanderungen.

Haben Sie Haltern schon einmal empfohlen, ihre Tiere abzugeben?
Ja, leider mussten wir auch schon diesen schweren Schritt gehen.

Was sind aus Ihrer Sicht die schlimmsten Halter und Halter-Fehler?
Das sind Aussagen wie „der will nur spielen“ und „jaja, der bellt immer so, er muss ihrem Hund an der Leine erst einmal ‚Hallo‘ sagen“. Diese beiden stehen mit Abstand auf Platz 1 und 2.

Stimmt es, dass Hund und Halter sich im Laufe der Jahre (nicht nur optisch) annähern oder ist das nur eine Mär?
Dies stimmt. Man stimmt sich ja mit der Zeit aufeinander ein.

Welche drei Wünsche haben Sie in Bezug auf Tierhaltung am Beispiel Mensch-Hund und generell?
Erstens: Frühzeitig eine gute Hundeschule aufsuchen, zweitens: vor der Anschaffung den eventuellen Zeitaufwand im Auge haben, und drittens: Spaß mit und an seinem Vierbeiner haben.

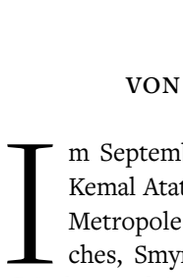
FÜR SIE GELESEN

Fachliche Beratung

Ursula Manunzio ist Sport- und Ernährungsmedizinerin, Beraterin für Rehabilitation und Prävention. Sie lehrt am Universitätsklinikum Bonn und hat dort eine „Sportmedizinische Ambulanz“ eingerichtet.

Ihr Ratgeber „Herzgesund. Richtig ernähren und trainieren für ein gesundes Herz“ richtet sich an Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die etwas für ihre Gesundheit tun möchten. Nach einem einführenden Kapitel über das Herz, seine Funktionen und Erkrankungen, gibt die Ärztin Anregungen für eine gesunde Ernährung und Bewegungsmöglichkeiten und schließt mit einem Vier-Wochen-Programm für einen herzgesunden Lebensstil ab.

Aus den zahlreichen Ratgebern zu diesem Thema sticht Manunzios Buch durch Übersichtlichkeit und eine ansprechende Aufmachung mit begleitenden Fotos heraus. *MRK*



Ursula Manunzio: „Herzgesund. Richtig ernähren und trainieren für ein gesundes Herz“, Humboldt Verlag, Hannover 2022, broschiert, 176 Seiten, 19,99 Euro

AUFGETAUCHT

FOTO: SHUTTERSTOCK/KONSTANTIN G

Das Märchen von Siegfried Lenz über Karlchen, der eine Schwimmblase haben möchte wie ein Fisch, wurde posthum veröffentlicht. Was den Band „Florian, der Karpfen“ lesenswert macht, sind die Liebeserklärungen an den ostpreußischen Schriftsteller Lenz, die Liebe des Autors zu seinen beschuppten Freunden und ein Autor, der von seiner petrischen Seite gezeigt wird. *Christiane Rinser-Schrut*

Siegfried Lenz: „Florian, der Karpfen“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2021, gebunden, 77 Seiten, 15 Euro

GESCHICHTE

Ein Tag, der Europa bis heute verändert hat

Der Historiker und Journalist Lutz C. Kleveman geht auf die ethnischen Säuberungen und den Genozid an den Armeniern ein, die als Blaupause für alle ethnischen Säuberungen des 20. Jahrhunderts dienen sollten

VON BODO BOST

Im September 1922 legten Soldaten Kemal Atatürks in der zweitgrößten Metropole des Osmanischen Reiches, Smyrna, in den Vierteln der Griechen und Armenier Feuer. Es war der letzte Akt des Armeniergenozids und der Auftakt eines gigantischen Bevölkerungsaustauschs, der Europa verändern sollte.

Der Brand von Smyrna jährt sich in diesem Jahr zum 100. Mal. Am 12. September 1922 fegte einen Tag lang eine 30 Meter hohe Feuerwalze durch die Gassen und Boulevards der mondänen Stadt. 100.000 Menschen drängten sich auf der Mole des Hafens von Smyrna. Mindestens 25 Kriegsschiffe der Franzosen, Briten und Amerikaner schauten tatenlos zu und retteten nur ihre eigenen Bürger. Dass es in Smyrna überhaupt noch Armenier gab, hatten sie dem preußischen General Otto Liman von Sanders (1855–1929), dem Helden von Gallipoli, zu verdanken, der es 1915 dem Gouverneur der Stadt untersagt hatte, Armenier zu deportieren. Nachdem die Deutschen die Türkei verlassen hatten, konnte der vormalige Adjutant Limans, Kemal Pascha, an der Spitze einer türkisch-nationalistischen Armee auch die letzten Armenier des untergehenden Reiches vernichten.

Auf der Smyrna vorgelagerten, bis heute griechischen Insel Chios, war bereits 1822 die griechische Bevölkerung ausgerottet worden, nachdem griechische Insurgenten nach dem Volksaufstand auf der Peleponnes sich dort gegen die Osmanen erhoben hatten. Die Erinnerung von 1822 wirkte bis 1922 nach und radikalisierte die Türken.

Nach 1900 erlebte Smyrna als Handelszentrum einen starken ökonomischen Aufschwung. Die Stadt beherbergte eine Vielzahl von Ethnien, neben Griechen, Armeniern, Juden und Türken auch die sogenannten Levantiner, die es nur dort gab. Es waren orientalisierte Westeuropäer und Amerikaner, die die Sitten des Orients angenommen hatten.

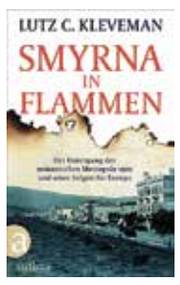
Aus Smyrna wurde Izmir

Nach der Niederlage der Osmanen 1918 wurde Smyrna die Hauptstadt eines neuen griechischen Imperiums, das bis Anatolien reichte, in dem die Pontos-Griechen lebten. Aber die griechische Befreiungsarmee unter General Venizelos, die zunächst von den Alliierten unterstützt worden war, hatte sich, 1921 in Anatolien auf sich allein gestellt, totgelaufen. Sie konnte ihre Landsleute in Smyrna nicht mehr verteidigen.

Die Armee unter Mustafa Kemal erhängte zunächst den Metropoliten der orthodoxen Kirche auf dem Marktplatz, danach zündete sie die Christenviertel an und drängte die Christen ins Meer, sie sollten als Rache für die „Megali Idea“ (Großgriechenland) büßen. Verschont wurden außer den Türken nur die Juden, die sich den Türken angeschlossen hatten. Atatürk setzte die Rezepte der gescheiterten Jungtürken fort. Sie bestanden aus ethnischen Säuberungen und einem völkisch-religiösen Monokulturalismus. Aristoteles Onassis erlebte das Grauen von Smyrna als Jugendlicher mit, er wurde wie Zehntausende andere durch die Initiative des US-Pastors aus New York, Asa Jennings, der sich als US-Offizier ausgab und so Kriegsschiffe und griechische Fährschiffe mobilisierte, gerettet.

Smyrna, das heute Izmir heißt, wo selbst im Stadtmuseum jeglicher Hinweis auf den Brand fehlt, wurde zur Generalprobe für das Konzept „ethnischer Säuberungen“ bis heute. Der Vertrag von Lausanne von 1923 unter der Regie des Völkerbundes gab ihnen den Namen „Bevölkerungsaustausch“ und machte Vertreibungen zum gängigen Mittel der Diplomatie. Darunter hatten auch nach 1945 die deutschen Vertriebenen zu leiden.

„Smyrna in Flammen“ von Lutz C. Kleveman erklärt auf eine fesselnde und detaillierte Weise Hintergründe und Gründe für die zahlreichen politischen, territorialen, ethnischen und kulturellen Konflikte, die die Region vom 19. Jahrhundert bis heute heimgesucht haben. Selbst bei der Flüchtlingskrise von 2015/16 stellt er einen allerdings gewagten Zusammenhang mit dem Brand von Smyrna her.



Lutz C. Kleveman: „Smyrna in Flammen: Der Untergang der osmanischen Metropole 1922 und seine Folgen für Europa“, Aufbau Verlag, Berlin 2022, gebunden, 381 Seiten, 24 Euro

RÖMISCHES REICH

Geschichte für Kinder erklärt

Frank Schwieger gibt anhand der Erzählung von einem elfjährigen Mädchen Einblicke in Gesellschaft und Alltag des Alten Roms

VON SILVIA FRIEDRICH

Ein solches Geschichtsbuch hätte sich mancher als Kind gewünscht. Spielerisch erfahren Kinder ab acht Jahren beim Lesen und Anschauen alles Wissenswerte über das Römische Reich.

Der Autor Frank Schwieger zeigt in „Julia im Alten Rom“, dass er es als Latein- und Geschichtslehrer wunderbar versteht, wie man Kindern – wie immer bei guten Kinderbüchern aber auch Erwachsenen – Geschichte plastisch vermittelt.

Mythologie und Christentum

Eingebettet in eine Geschichte, in der die elfjährige Julia, Tochter einer wohlhabenden römischen Familie, die Hauptrolle spielt, führt der Autor die Leser durchs Alte Rom. Das Geschehen ereignet sich im Jahre 64 nach Christus, als Kaiser Nero regierte. Julias Vater ist krank und das Mädchen macht sich auf die Suche nach einem Arzt, der ihm helfen kann.

Während ihres Gangs durch die Stadt erfährt man ganz nebenbei, woraus eine römische Familie bestand und wer dazu gehörte, nämlich die Sklaven. Eine Seite befasst sich mit der Erklärung, um wen es sich bei diesen unfreien Menschen handelte. Auch erfährt man, dass die Römer verschiedene Gottheiten anbeteten, und dass diesen Opfer gebracht wurden.

Die römische Mythologie darf natürlich auch nicht fehlen, sei es die Legende von Romulus und Remus, die von einer Wölfin erzogen worden sein sollen, oder die Unterwelt, die vom dreiköpfigen Höllenhund Cerberus bewacht wird. Julia geht zur Mitte des Alten Roms ins Forum Romanum mit seinen vielen Tempeln und prachtvollen Gebäuden. Und wenn man sich hier schon auf dem Marktplatz befindet, kann eine kurze Erklärung dazu, wie die römische Gesellschaft aufgebaut war, auch nicht schaden. Julias Weg führt auch durch das „Arme-Leute-Viertel“, die Subura. Hier ist es völlig anders als dort, wo das Mädchen wohnt: mehrstöckige Häuser, Enge und meist nur ein Zimmer waren die Regel.

Das Kind begegnet Christen, und somit erfährt man auch etwas über die Geschichte des Christentums und dessen Verfolgung durch die Herrscher Roms. Julia trifft auf ihrem Weg nicht nur Kaiser Nero, sondern auch Simon Petrus und den Arzt, der ihrem Vater helfen kann.

Am Ende gibt es noch eine „Kleine Chronik der Römischen Geschichte“ und eine Auflistung der historischen Personen im Buch. Museumstipps in Deutschland schließen dieses informative Kinderbuch ab. Mit Sicherheit ist dieses Buch eines der besten Kinderbücher, um jungen Menschen das Alte Rom nahezubringen.

Frank Schwieger/Anne Bernhardi: „Julia im Alten Rom“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2022, gebunden, 48 Seiten, 17 Euro

MEMEL

Eine Sommerreise ins Baltikum

In diesem Jahr fielen das Meeresfest und der 770. Geburtstag der Stadt zusammen

VON ULF PÜSTOW

Memel feierte das Meeresfest und das Stadtjubiläum: Die Bewohner und Besucher versammeln sich auf den Straßen der Stadt *Fotos: Püstow*

Vom 24. bis zum 31. Juli bin ich mit meiner Familie im Memelland gewesen. Es war meine erste Reise ins Baltikum und ich war sehr gespannt.

Quartier haben wir im Simon-Dach-Haus genommen, dem Haus der Deutschen im Memelland, auch, um mit den Menschen vor Ort besser ins Gespräch kommen zu können. Arnold Piklaps und Rasa Muiller vom Vorstand des Vereins der Deutschen im Memelland haben uns sehr herzlich aufgenommen und bei unseren Aktivitäten sehr gut unterstützt. Überhaupt hatte ich den Eindruck, dass das Simon-Dach-Haus in Memel eine ausgezeichnete Arbeit macht.

Der erste Weg führte uns durch die Stadt Memel, doch schon am zweiten Tag zog es uns auf die Kurische Nehrung, von der ich so viel gehört hatte. Thomas Mann bezeichnete die Kurische Nehrung einst als „Sahara des Nordens“ und von Wilhelm von Humboldt ist überliefert, dass er nach seinem Besuch von Nidden so erfüllt war, dass er erklärte, „die Kurische Nehrung ist so merkwürdig, dass man sie eigentlich ebenso gut als Spanien und Italien gesehen haben muss, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen sollte.“

Ausflug auf die Kurische Nehrung

Nidden ist heute ein gut vermarkteter Badeort mit vielen kleinen und größeren Holzhäusern, bunt bemalt und mit schönen Gärten. Gleichwohl lässt sich erahnen, was Thomas Mann und Wilhelm von Humboldt meinten, wenn man in Nidden ist beziehungsweise auf der Sanddüne bei Nidden steht.

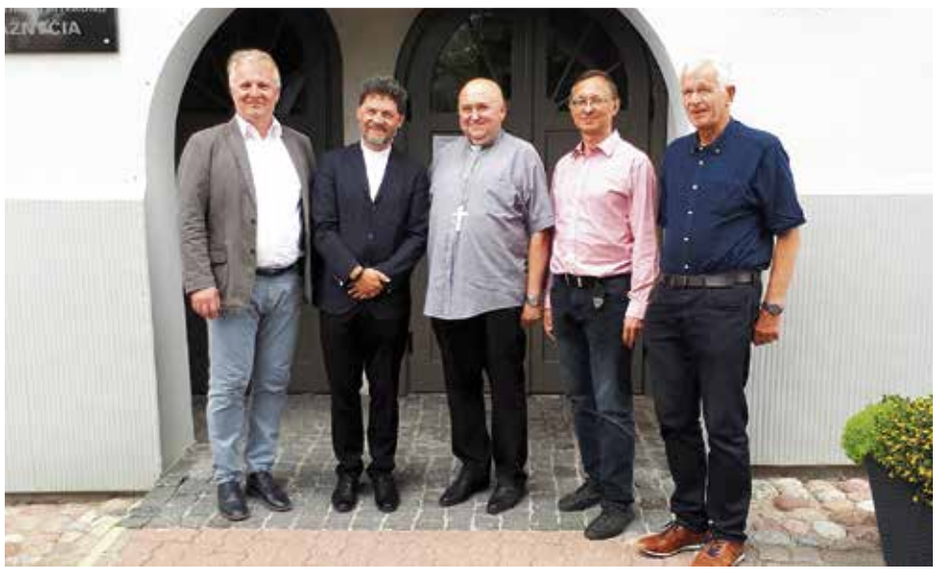
Das jährliche Meeresfest, das immer am letzten Juliwochenende in Memel gefeiert wird, fiel in diesem Jahr mit dem 770. Geburtstag der Stadt zusammen. Memel, oder Klaipeda, wie die Stadt heute heißt, hatte sich vorbereitet und für das Fest herausgeputzt. In der gesamten Altstadt sowie einem Teil des Hafens waren Stände, Bühnen und Attraktionen aufgebaut. Der Deutsche Verein lud seine Mitglieder sowie Interessierte ins Simon-Dach-Haus ein, wo ein Zelt aufgebaut war. Für mich eine gute Gelegenheit, mit den Mitgliedern des Deutschen Vereins ins Gespräch zu kommen, mich mit ihnen auszutauschen, mir ihre Geschichte sowie ihre Sorgen anzuhören. So bekam ich einen tieferen Einblick in das Vereinsleben der Memelländer.

Feiern mit dem Deutschen Verein

Am Freitag startete der Verein um 18 Uhr in das Meeresfest mit der Teilnahme am Umzug durch die Stadt, und ich durfte mit meiner Familie daran teilnehmen. Was für eine Ehre! Die Menschen am Straßenrand jubelten und winkten den einzelnen Gruppen zu, auch der Festumzugsgruppe der Memelländer, ohne Vorbehalte, wie ich meine. Die jungen Memelländer sangen absolut textsicher deutsche Volkslieder, Kinderlieder und modernes Liedgut, was mich sehr beeindruckte. So etwas kenne ich aus Treuburg, wo ich selbst auch Kreisvertreter bin, leider nicht.

Am Sonnabend nahm ich mit meiner Familie sowie einigen Mitgliedern aus dem Verein der Memelländer an einer Gedenkfahrt zu Ehren auf See gebliebener Seeleute und Marineangehöriger teil. Hans-Jürgen Müller, der Vorsitzende der Berliner Memellandgruppe, hatte uns eingeladen, an der Zeremonie teilzunehmen. Hierbei fährt ein Schiffskonvoi, geführt von einem Schiff der litauischen Marine, vom Hafen aus hinaus auf die Ostsee. Am Zielort angekommen überflog uns ein Hubschrauber und gleichzeitig gaben alle Schiffe ein akustisches Signal.

Vorbereitung auf den Festumzug: Die jungen Mitglieder des deutschen Vereins in Memel beim Meeresfest



Besuch der evangelischen Gemeinde: Ulf Püstow, Pfarrer Falk Klemm, Pfarrer Reinholdas Moras, Arnold Piklaps und Hans-Jürgen Müller (v.l.)

Gedenken an die Verstorbenen

In diesem Moment warfen wir im Gedenken an die Menschen, die auf See ihr Leben verloren hatten, Blumen ins Meer. Als Familienforscher und Mitglied im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge dachte ich nicht nur an die Seeleute und Marineangehörigen, sondern auch an die Angehörigen aus meiner Familie, die durch Krieg, Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren haben.

Mannheim, die Patenstadt von Memel, hatte mit Merlin Kull einen Repräsentanten geschickt, der am Meeresfest teilnahm. Ich hatte Gelegenheit, mit ihm im Simon-Dach-Haus zu sprechen und ihm die Aufgaben und Ziele der Landsmannschaft Ostpreußen zu skizzieren.

Zum Abschluss unserer Reise ins Memelland besuchten wir den Gottesdienst der evangelisch-lutherischen St. Johannis Gemeinde in Memel. Die Gottesdienste finden seit der Zerstörung des Gotteshauses im Zweiten Weltkrieg in einem umgebauten Wohnhaus in der Turgaus gatve 24 statt, unweit der freigelegten Fundamente der Kirche. Ohne eine konkrete Erwartung zu haben, sind wir aufs Äußerste überrascht worden von der Qualität des Orgelspiels sowie dem wohlklingenden Gesang der Gemeinde.

Neben der hiesigen Kirchengemeinde war zudem Pfarrer Falk Klemm aus Ehrenfriedersdorf im Erzgebirge anwesend, der von der EKD entsandt wurde, im August in Memel Gottesdienste in deutscher Sprache zu halten. Pfarrer Klemm war im letzten Jahr in gleicher Aufgabe in Lötzen in Masuren und im Jahr davor in Nidden auf der Kurischen Nehrung. Als Geschenk hatte er Liederbücher und zwei dringend benötigte Orgelbegleitbücher der EKD mitgebracht. Pfarrer Reinholdas Moras begrüßte Pfarrer Klemm, Hans-Jürgen Müller sowie mich, als Vertreter des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, aufs Herzlichste und gab uns Gelegenheit zu einem Grußwort an die Kirchengemeinde.

Gottesdienst in der St. Johannis Gemeinde

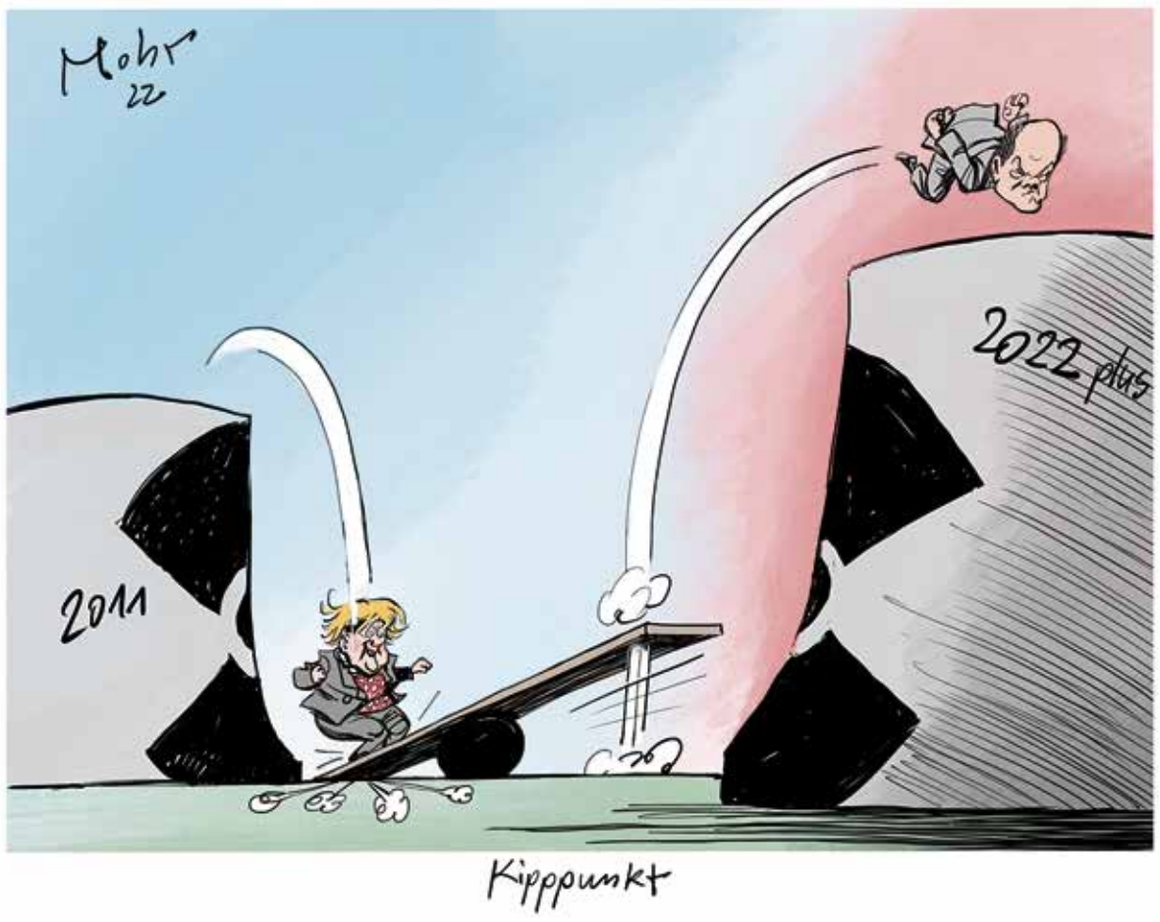
Nach dem Gottesdienst waren wir zum Kirchenkaffee mit der Gemeinde eingeladen. Von Pfarrer Moras erfuhren wir, dass er auf Grund seiner deutschen Wurzeln selbst Mitglied im Verein der Memelländer ist, bereits sein 40. Ordinationsjubiläum feiern konnte, seit 1993 Pfarrer in der Gemeinde in Memel ist und in diesem Amt seinem Vater nachfolgte, der zuvor in der Gemeinde als Pfarrer wirkte. Mit einem Schmunzeln im Gesicht erzählte er dann noch, dass er eigentlich gar nicht Pfarrer werden wollte und wie es dann doch dazu gekommen ist. Was für ein Abschluss für diese eine Woche in Memel und Umgebung voller Eindrücke, Erfahrungen und geistigen Geschenken!

Ich weiß noch nicht wann ich wiederkommen werde, aber dass ich wiederkommen werde, weiß ist sicher.

Die „Sahara des Nordens“: Die Düne bei Nidden begeisterte schon Wilhelm von Humboldt und Thomas Mann

AUFGESCHNAPPT

Kinder sind von Indianern fasziniert. Allerdings ist das Wort Indianer in unserer politisch korrekten Welt für problematisch erklärt worden. Das Paritätische Familienzentrum „Auf der Papenburg“ in Hannover hatte das übersehen. In einem Zuschussantrag für eine Ferienfreizeit für Kinder aus weniger wohlhabenden Familien, darunter viele mit Immigrationshintergrund, wurde das Wort Indianer gebraucht – was prompt zur Ablehnung der erbetenen 3000 Euro Förderung durch den Integrationsbeirat von Hannover-Ricklingen führte. Nach der Entscheidung des Beirats beklagte die Stadt, dass die Freizeit doch „die geschichtliche und zeitliche Einordnung des Themas“ zum Gegenstand habe, „ohne Fokus auf eine Ethnie und die Reproduktion von Klischees“. Seitens des Familienzentrums wurde sogar Verständnis für die Ablehnung der Förderung geäußert. Gute Nachricht bei allem Irrsinn: Die Kinder sind, anderweitig unterstützt, zu ihrer Freizeit gekommen – wie auch immer die Indianer jetzt dort genannt werden. *E.L.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

„Omertà“ an der Elbe?

Warum Cum Ex plötzlich so gefährlich wird, und wie der „Morbus Hamburg“ die ganze SPD bedroht

VON HANS HECKEL

Sagen wir’s mal so: Sie alle kennen das alte Kinderlied „Auf der ..., auf der ..., sitzt ’ne kleine Wanze“. Auch wenn ich Ihnen hier zwei Wörter verschwiegen habe, wissen Sie natürlich, dass es „Mauer“ und „Lauer“ sind, die fehlen. So ähnlich schält es sich Tag für Tag mehr auch im schon fast vergessenen Cum-Ex-Skandal heraus. Um das Schweigen von Kanzler Scholz, dem Hamburger Bürgermeister Peter Tschentscher und anderer mutmaßlich Beteiligter türmen sich neue Indizien, die immer konkretere Rückschlüsse darauf zulassen, was uns diese Leute wohl zu sagen hätten, wenn sie denn den Mund aufmachten.

Eigentlich dachten sie, dass sie den Kram erfolgreich aus der Welt geschwiegen hätten. Der Hamburger Bundestagsabgeordnete und begnadete Strippenzieher Johannes Kahrs hatte sich vor zwei Jahren schlagartig von allen Ämtern zurückgezogen. Mit ihm, so wohl die Hoffnung von Scholz und Co., möge auch „Cum Ex“ für immer im Gebüsch des Vergessens landen.

Hilfreich war hierfür die Tatsache, dass die Sache vordergründig so furchtbar kompliziert erschien, sodass sich der Normaldeutsche irgendwie kein griffiges Bild von dem Vorgang machen konnte und sich daher auch nicht recht aufregen wollte. Dabei ist es eigentlich ganz einfach: Eine Bank macht Steuerzahlungen beim Finanzamt geltend und bekommt daher Geld zurück. Der Trick: Sie hat diese Steuern in Wahrheit nie bezahlt und erhält die „Rück“-Zahlung aus der Steuerkasse also völlig zu Unrecht.

2009 hat die Hamburger Warburg-Bank auf diese Weise 47 Millionen Euro eingestrichen, was 2016 aufflog. Der glänzend vernetzte Kahrs soll für Warburg-Banker Christian Olearius daraufhin einen Kontakt zum damaligen Bürgermeister Scholz klargemacht haben, auch der damalige Finanzsenator und heutige Hamburger Bürgermeister Tschentscher soll eingebunden worden sein – und plötzlich ließ das Hamburger Finanzamt die Ansprüche gnädig verjähren.

Die Gespräche, die Verjährung – alles hat angeblich nichts miteinander zu tun, sagen Scholz und Tschentscher, und schweigen ansonsten eisern.

Für Aufregung sorgte nun aber der Fund von mehr als 200.000 Euro im Bankschließfach von Kahrs und ein Chat auf dem Mobiltelefon der Finanzbeamtin Daniela P., die dort einer Kollegin stolz berichtet, dass ihr „teuflischer Plan“ aufgegangen sei. Die Rückfrage, ob man verjähren lasse, bejahte P. – wenn nichts dazwischenkomme.

Und ob was dazwischengekommen ist. Wobei sich vielsagende Löcher auftaten. Laut WDR rieben sich die Ermittler die Augen, als sie in den E-Mail-Postfächern der Hamburger Finanzverwaltung zur fraglichen Angelegenheit so gut wie nichts fanden. Während in den Outlook-Kalendern etliche Termine mit Cum-Ex-Bezug gefunden worden seien, finde sich so gut wie keine E-Mail zu dem Thema. Merkwürdig. Ob da eifrig ausgemistet wurde, um Spuren zu verwischen? Dann hat Frau P. aber ganz schön schlampig auf- oder ausgeräumt und ihr Mobiltelefon dabei tragischerweise vergessen.

Übrigens: Die Hamburger Staatsanwaltschaft wies eine Anzeige des Hamburger Staranwalts Gerhard Strate gegen Scholz und Tschentscher wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung im vergangenen Frühjahr ab. Dass Scholz sich an den Inhalt des Gesprächs mit Olearius nicht erinnern könne, sei glaubwürdig, weil er damals viel zu sehr mit der Vorbereitung des G20-Gipfels 2017 in Hamburg beschäftigt gewesen sei, so die Staatsanwälte. Das werde ich mir für meine nächste Steuererklärung merken: Was, ich habe da was nicht bezahlt? Ach, wissen Sie, ich war doch dermaßen beschäftigt!

„Dann lügt er – ich kann es beweisen“

Der Linkspartei-Politiker Fabio de Masi soll Kahrs mal als „Kiez-Mafioso“ betitelt haben wegen dessen angeblich bemerkenswert guten Beziehung ins Rotlicht-Milieu. So berichtet es der heutige Chef-Ökonom der Gewerkschaft Verdi Dierk Hirschel. Der erzählt auch, dass es immer wieder einen auffälligen zeitlichen Zusammenhang zwischen der Vergabe öffentlicher Aufträge und Parteispenden an Kahrs’ SPD-Kreisverband Hamburg-Mitte gegeben habe.

Du meine Güte! Man weiß ja kaum noch, wo man hingucken soll: Rührt man das alles zusammen, entsteht das Bild eines durch und durch verrotteten Klüngels von neapolitanischer Anmut. Im Grunde gehört dieses Geflecht politisch enthauptet, sodass ein Bundeskommissar für einige Zeit die Macht in Hamburg an sich zieht, um den Laden mal gründlich auszumisten. Tja, nur käme so ein Kommissar ja dann von Olaf Scholz, dem Bundeskanzler, womit wir wieder am Anfang der Geschichte wären.

> Man weiß ja kaum noch, wo man hingucken soll: Rührt man das alles zusammen, entsteht das Bild eines Klüngels von neapolitanischer Anmut

Oder auch an ihrem Ende: Am 19. August muss Scholz vor den Hamburger Cum-Ex-Untersuchungsausschuss treten. Nach dem, was alles zwischenzeitlich herausgekommen ist, dürfte sein umfassender Erinnerungsschwund zum Olearius-Gespräch dann noch unglaubwürdiger rüberkommen als bislang schon. Zumal der Hinweis auf die Überlastung wegen des G20-Gipfels in der Rückschau auch nicht so richtig verfängt. Der war nämlich so lausig vorbereitet, dass es linken Extremisten aus aller Welt gelang, Teile der Hansestadt tagelang in Bürgerkriegszonen zu verwandeln.

Bürgermeister Scholz hatte vor dem Mammut-Treffen noch getönt, so ein G20-Gipfel sei ja auch nicht herausfordernder als ein Hafengeburtstag (großes Volksfest in der Stadt), den man ja auch jedes Jahr gestemmt kriege. Wie gesagt, es lief dann ein bisschen anders ab. Was auch heißt: Der heutige Kanzler hatte sehr wahrscheinlich viel mehr Zeit mit anderen Dingen als G20-Vorbereitungen verbracht, als es die Hamburger Staatsanwälte nahelegen.

Das meint auch der Journalist Oliver Schröm, der sich bislang am weitesten aus dem Fenster gelehnt hat. Dem „Tagesspiegel“ sagte er: „Wenn Olaf Scholz sagt, er könne sich an nichts erinnern, lügt der Bundeskanzler.“ Das könne er beweisen, und das werde er auch tun in seinem Buch „Die Akte Scholz. Der Kanzler, das Geld und die Macht“, das im Herbst erscheine.

Das wird interessant. Das Hamburger Schweigekartell jedenfalls erinnert täglich mehr an die „Omertà“, die strikte Schweigepflicht im Reich der italienischen Mafia, weshalb der Politiker de Masi mit seiner derben Etikettierung des Johannes Kahrs die Realität vielleicht sogar noch besser getroffen, als ihm selbst klar war.

Und da wird die Sache gefährlich, und zwar für die gesamte SPD. Manche fürchten schon, dass der Cum-Ex-Skandal, sollte er jetzt richtig Fahrt aufnehmen, die ganze Partei in den Abgrund reißen könnte. So wie schon andere einst große Parteien in europäischen Nachbarländern in jüngerer Zeit an ihrem eigenen Filz erstickt und verschwunden sind. Auf dem Grabstein der verblichenen SPD könnte dann stehen: Nach langer und stolzer Geschichte jäh dahingerafft vom „Morbus Hamburg“.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis hat der „Welt“ (4. August) verraten, was er vom milliardenschweren „Corona-Wiederaufbaufonds“ der EU hält:

„Dieser Fonds ist furchtbar – und dafür gebe ich Angela Merkel wirklich die Schuld. All die Milliarden werden verschwendet, denn die Mittel werden direkt an die Regierungen ausgezahlt und die verteilen sie dann an ihre Freunde. Das ist in Griechenland und Italien so, und teilweise sogar in Deutschland und Frankreich. Wirklich innovative Unternehmen, wie Start-ups oder kleine und mittlere Unternehmen bekommen nichts. Es wird alles in die Taschen der Oligarchen fließen.“

Brandenburgs Finanzministerin Katrin Lange (SPD) kritisiert den deutschen Ausstieg aus russischem Pipeline-Öl scharf und erhebt harte Vorwürfe gegen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und die EU. Im Deutschlandfunk (5. August) sagte sie:

„Die Entscheidung, aus (russischem) Öl mit Tankern auszusteigen, ist eine europäische Entscheidung gewesen. Aber auszusteigen aus Pipeline-Öl ist allein die Entscheidung der Bundesregierung gewesen. Insofern trägt man hier auch die volle Verantwortung, fachlich zuständig ist hier der Bundeswirtschaftsminister. Und wir haben hier eine Situation, in der völlig unklar ist, wie die Versorgung – insbesondere im Osten Deutschlands – stattfinden soll. Aus meiner Sicht hat dort die EU keine Folgenabschätzung gemacht. Für jeden Krötentunnel wird eine Folgenabschätzung gemacht “

Katrin Göring-Eckardt von den Grünen gibt bei „t-online“ (29. Juli) Einblicke, wie sich ihre Partei die Zukunft vorstellt:

„Unternehmen müssen prüfen, ob sie die Heizungen und Klimaanlagen in den Büros und Werkhallen drosseln können. Gleiches gilt für öffentliche Gebäude, Golfclubs oder auch Spaßbäder. Wir sollten uns bewusst machen: Die notwendigen Einschränkungen wegen des Krieges sind nur der Anfang ... Wir werden lernen müssen, Einschränkungen hinzunehmen.“

Roger Letsch macht auf seinem Blog „unbesorgt.de“ (7. August) einen Vorschlag zum Thema „Übergewinnsteuer“:

„Jeder Preisanstieg bedeutet auch unmittelbar einen Zugewinn für den Finanzminister, der mittels des größten Batzens des Steueraufkommens, der Umsatzsteuer, unmittelbar und proportional mehr einnimmt. Wie wäre es also statt mit einer Übergewinnsteuer zunächst mit einer Übersteuer-Steuersenkung?“

WORT DER WOCHE

„Wer von einer ‚Klimakatastrophe‘ redet, aber von der Atomenergie als Alternative und von der Bevölkerungsexplosion in Afrika und im Orient als Hauptproblem schweigt, ist ohnehin unseriös und verfolgt Interessen.“

Michael Klonovsky in seinem Netz-Tagebuch „acta diurna“ am 4. August